

Udo Grashoff

Selbsttötungen in der DDR  
und das Wirken des  
Ministeriums für Staatssicherheit

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-  
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

---

Geleitwort	2
1. Selbsttötung und politisches System	3
2. Das Wirken der Spezialkommissionen des MfS als politische Kriminalpolizei	9
3. Ideal und Wirklichkeit – Suizide von SED-Funktionären	21
4. Suizide von MfS-Mitarbeitern	32
5. Suizidversuche in MfS-Haftanstalten	40
6. Ungeklärte Todesfälle? Suizide politischer Häftlinge in der DDR	57
7. Selbsttötung als politischer Protest	66
8. Selbsttötungen während operativer Bearbeitung durch das MfS	97
9. Selbsttötung und inoffizielle Mitarbeit im MfS	108

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Leipzig der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt.

Die kursiv dargestellten Textstellen sind Abschriften und Zitate. Sie wurden in alter Rechtschreibung belassen. Sofern sie aus Unterlagen des MfS und anderer DDR-Behörden sowie der SED stammen, wurden orthografische und grammatische Fehler nicht korrigiert. Einige Namen wurden abgekürzt andere anonymisiert .

Der „neue sozialistische Mensch“, den die DDR sich vorgenommen hatte zu schaffen, sollte lebensfroh, gesund und tüchtig sein. Was und wer diesem Bild nicht entsprach, wurde weitgehend verschwiegen oder von der Öffentlichkeit ferngehalten. Ganz und gar nicht passten in dieses Bild Menschen, die im Leben nicht mehr weiter wussten und sich aus diesem Grund selbst töteten.

Neben dem Einsatz von Gewalt gegen andere ist eines der letzten Mittel, Protest und/oder Ohnmacht Ausdruck zu geben, immer wieder der Entschluss gewesen, dem eigenen Leben ein Ende zu setzen. Welche Überlegungen, Erfahrungen und Demütigungen dem vorausgingen, kann von den Hinterbliebenen in ihrer Gesamtheit nur erahnt werden. Gerade hier bleibt viel im Dunklen, werden Geheimnisse im wahrsten Sinne des Wortes mit ins Grab genommen. Gefühle von Verlassensein und Schuld, aber auch Zweifel quälen häufig nach langer Zeit noch die Angehörigen. In den Beratungsgesprächen der letzten Jahre haben sich immer wieder Menschen mit der Bitte um Unterstützung bei der Aufklärung des Schicksals verstorbener Familienmitglieder oder Freunde an die Landesbeauftragte gewandt. Es wurden aber auch erniedrigende oder ausweglos erscheinende Situationen im Zusammenhang mit politischer Verfolgung in der DDR geschildert, wo die Betroffenen so weit waren, sich selbst zu töten. Oft sind die Unterlagen staatlicher Organe unvollständig oder fehlen heute vollends. Häufig geben die Akten von Polizei und MfS auf die bedrängenden Fragen keine befriedigende Antwort. Diese erschütternden Lebensgeschichten waren der Anlass dafür, dem Thema „Selbsttötungen in der DDR“ nachzugehen und die Ergebnisse der Untersuchungen in die Reihe „Sachbeiträge“ aufzunehmen.

Udo Grashoff stellt menschliche Schicksale vor, wie sie sich in den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit wiederfinden. Dieses geschieht in dem Bewusstsein, dass es sich hierbei nur um einen Ausschnitt handeln kann. Die ausgewählten Beispiele zeigen, dass das politische Umfeld der Personen häufig einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Entschluss, das eigene Leben zu beenden, hatte. Sie ermöglichen einen Blick in ein Kapitel der DDR-Geschichte, welches bei weitem noch nicht genügend erforscht und vor allen Dingen vielen auch nicht bekannt ist. Aus diesem Grund ist dem Autor sehr zu danken, dass er dieses Thema für seine Dissertation gewählt hat und einen Teil seiner Recherchen in diesem Beitrag der Öffentlichkeit übergibt.

Edda Ahrberg  
Landesbeauftragte

## 1. Selbsttötung<sup>1</sup> und politisches System

Die DDR gehörte zu den Staaten, in denen überdurchschnittlich viele Menschen durch eigene Hand starben. Im weltweiten Vergleich der Suizidraten (d. h. der Anzahl von Suiziden pro 100.000 Einwohner pro Jahr) nahm der „erste sozialistische Staat auf deutschem Boden“ seit seinem Bestehen einen Spitzenplatz ein. Deutschland hatte insgesamt eine recht hohe Suizidrate, aber die Suizidraten der DDR waren stets noch höher als in der Bundesrepublik. Im Zeitraum 1952–58 betrug die durchschnittliche Suizidrate in der Bundesrepublik 25,9 bei den Männern und 12,4 bei den Frauen, in der DDR betrugen die Werte im selben Zeitraum 34,0 (Männer) und 20,6 (Frauen).

Was war die Ursache für diesen deutlichen Unterschied? Hat, wie in der Bundesrepublik spekuliert wurde, *der totalitäre Marxismus-Leninismus gerade in Verbindung mit der Tradition des preußischen Etatismus nach Art der DDR „erhebliche suicidogene Faktoren“*<sup>2</sup> erzeugt? Interpretiert man die hohe Selbstmordrate – analog zu den grundlegenden Arbeiten des französischen Soziologen Emile Durkheim – als Maß für soziale Pathologie, und macht man wie Durkheim die Gesellschaft für die Höhe der Selbstmordrate verantwortlich, dann ist es nur ein kleiner Schritt zu der Annahme, die Lebensbedingungen in der SED-Diktatur hätten Selbsttötungen in größerem Ausmaß verursacht. Aber so einfach, wie es die oft benutzte polemische Formulierung „in den Tod getrieben“ suggeriert, war und ist der Zusammenhang zwischen repressivem politischem System und individueller Verzweiflungstat nicht. Bereits in der Zeit des Mauerbaus Anfang der 1960er Jahre führten Sozialhygieniker aus DDR und Bundesrepublik darüber eine Debatte.<sup>3</sup> Diese wiederholte sich mit ganz ähnlichen Argumenten nach dem Ende der DDR 1990/1991.<sup>4</sup>

1 Unter Selbsttötung wird hier in Abgrenzung von tragischen Unfällen oder indirekter langfristiger Selbstzerstörung (wie z. B. Drogensucht) eine menschliche Handlung verstanden, die den eigenen Tod direkt intendiert und herbeiführt.

2 Michael Haller [Hg.], *Freiwillig sterben – freiwillig?*, Reinbek b. Hamburg 1986, S. 32f.

3 Selbstmord. Krankheit zum Tode, in: SPIEGEL 17 (1963) 5, S. 32–44; Rainer Cordes, Die Selbstmordversuche in der DDR im gesamtdeutschen und internationalen Vergleich, in: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 58 (1964), S. 985–992; Hans Harmsen [Hg.], Sozialhygienische Analyse der unterschiedlichen Selbstmordverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland, der „DDR“ und West-Berlin, Hamburg 1966.

4 H. Hoffmeister / G. Wiesner / B. Junge / H. Kant, Selbstmordsterblichkeit in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland, in: Münchner medizinische Wochenschrift 132 (1990) 39, S. 603–609 sowie dies.: Suizidalität in Ost und West: Stabile Unterschiede seit 1910, in: Münch. med. Wschr. 133 (1991) 45, S. 16–18.

---

In beiden Debatten zeigte sich, dass die Behauptung, in Diktaturen würden mehr Menschen Selbstmord begehen als in Demokratien, allein anhand der Statistiken nicht verifizierbar ist. Zwar war die Suizidrate in der DDR immer deutlich höher als in der Bundesrepublik – diese Tatsache wurde aber schon auf den korrespondierenden Territorien des Kaiserreiches beobachtet: Bereits im 19. Jahrhundert hatte man in Sachsen und Thüringen überdurchschnittlich hohe Selbstmordraten zu registrieren.<sup>5</sup> Damit wird die Beobachtung des französischen Suizidforschers Jean Baechler<sup>6</sup> bestätigt, dass die Selbstmordrate eine für bestimmte Ethnien und Regionen charakteristische Konstante ist, die sich nur sehr langfristig ändert.

Interessant ist, dass die Suizidraten in den 1970er- und 1980er-Jahren in beiden deutschen Staaten parallel verliefen und Ende der 1970er Jahre ein Maximum erreichten. Pro 100.000 Einwohner nahmen sich 1977 in der DDR 25,1 Frauen und 45,5 Männer das Leben; in der Bundesrepublik betrugen die entsprechenden Suizidraten 15,8 bei den Frauen und 30,2 bei den Männern. Bis zum Ende der 1980er-Jahre sanken die Zahlen der durch Suizid Verstorbenen wieder ab. Im Jahr 1989 betrugen die Suizidraten in der DDR 16,4 (Frauen) und 36,1 (Männer), während sie in der Bundesrepublik auf 10,0 (Frauen) und 23,5 (Männer) gesunken waren. Über die Ursachen dieser Entwicklung kann man nur spekulieren; politische Entwicklungen haben wahrscheinlich kaum eine Rolle gespielt.

Generell kann festgestellt werden, dass politisch motivierte oder durch Repressionen verursachte Suizide in der SED-Diktatur seltene Ereignisse waren; ihr Anteil an der hohen jährlichen Zahl von Suizidtoten in der DDR (zeitweise mehr als 6.000) lag im Bereich der Zufallsschwankungen und hat deshalb in den Statistiken keine Spuren hinterlassen, bis auf eine Ausnahme: Den Mauerbau. Anfang der 1960er-Jahre stieg die Suizidrate der DDR um fast zehn Prozent an; in den Jahren 1956–1960 betrug die durchschnittliche Suizidrate 28,8, in den Jahren 1961–65 betrug sie 31,6. Bemerkenswert ist, dass der Anstieg fast nur auf die drei Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und die Hauptstadt Berlin zurück ging. Das ist ein starkes Argument für einen Zusammenhang zum Mauerbau. Der Anstieg der Suizidrate kann zumindest teilweise aber auch eine Folge der Überalterung der DDR infolge der mächtigen Absetzbewegung von Millionen DDR-Bürgern in Richtung Westen gewesen sein, unter denen sich über-

---

5 Vgl. Peter Müller, Suizid in der DDR – Ausfluß politischer Repression?, in: Hans Günter Meyer [Hg.]: Soziologen-Tag in Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Berlin 1992, S. 1310–1316.

6 Jean Baechler, Tod durch eigene Hand, Frankfurt/M. 1982.

---

durchschnittlich viele junge Menschen befanden, deren Suizidwahrscheinlichkeit geringer ist als die von alten Menschen.

Erstaunlicher Weise wirkten sich andere gravierende Ereignisse wie z. B. der Volksaufstand am 17. Juni 1953 nicht statistisch aus, obgleich bekannt ist, dass sich nach der Niederschlagung des Aufstands verhaftete Demonstranten in Einzelfällen (Berlin, Bitterfeld) in der Untersuchungshaft das Leben nahmen.

Ähnliches ist im übrigen auch hinsichtlich der nationalsozialistischen Herrschaft zu konstatieren.<sup>7</sup> Weder die nationalsozialistische „Machtergreifung“ und die Errichtung des Konzentrationslagersystems 1933 noch die „Röhm-Affäre“ 1934 beeinflussten die Suizidrate spürbar. Lediglich die Pogrome der Reichskristallnacht sowie die Deportationen hatten massenhafte Suizide unter der jüdischen Bevölkerung, deren Suizidrate teilweise auf das Zehnfache anstieg, zur Folge. Eine Selbstmordwelle derartigen Ausmaßes gab es in der DDR nicht.

### Der Umgang mit Selbsttötungen in der DDR

Stärker als der Einfluss des politischen Systems auf die Suizidrate war der Einfluss des Suizidgeschehens auf die Politik der SED. So führte der Anstieg der Suizidrate nach dem Mauerbau zur Geheimhaltung der Suizidstatistiken; nichtsdestotrotz wurden diese aber weiterhin jährlich von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Berlin, in Auswertung der Befunde von Leichenschauärzten, Gerichtsmedizinern und kriminalpolizeilichen Untersuchungen, mit nahezu preußischer Gründlichkeit erstellt. Die Begründung für die Sekretierung der Daten war, dass man der Berichterstattung westlicher Medien über Suizide aus Verzweiflung über den Mauerbau den Boden entziehen wollte.

Im Gegensatz zu den Politbürokraten glaubten die mit dem Thema Suizid befassten Wissenschaftler der DDR, gute Argumente gegenüber den Kontrahenten in der Bundesrepublik zu haben. Die Tabuisierung der Daten bedeutete einen Rückschlag für die um das Jahr 1960 recht aktive epidemiologische Suizidforschung der DDR.

Erst gegen Ende der 1960er-Jahre wurde das Tabu wieder etwas gelockert. Vor allem Psychiater und Psychologen, die sich als Teil der interna-

---

7 Ursula Baumann, Suizid im „Dritten Reich“ – Facetten eines Themas, in: Michael Grüttner u. a. [Hg.]: Geschichte und Emanzipation, Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt/M. 1999, S. 482–516.

---

tionalen Bewegung zur Verhinderung von Suiziden engagierten, versuchten ein DDR-weites Programm zur Suizidprävention einzuleiten, das mit Unterstützung des DDR-Gesundheitsministers in Ansätzen auch realisiert wurde.

Anfang der 1970er-Jahre war für die medizinische Suizidforschung der DDR eine Art „Blütezeit“. Mehrere Tagungen und Kongresse fanden statt, zahlreiche Artikel über Ursachen und Motive suizidalen Verhaltens wurden in Fachzeitschriften abgedruckt. In den psychiatrischen Kliniken in Dresden und Brandenburg entstanden „Betreuungsstellen für Suizidgefährdete“. Einer der wichtigsten Suizidforscher der DDR, Prof. Karl Seidel (IMS „Fritz Steiner“), stellte seine Forschungsergebnisse auf den Kongressen der Internationalen Gesellschaft für Suizidprävention vor und stieg 1978 zum Leiter der Abteilung Gesundheitspolitik des ZK auf.

Die umfangreiche Forschung wurde von der SED also geduldet, und teilweise sogar (z. B. vom Bezirksarzt in Magdeburg) gefördert. In mehreren Orten entstand auch eine Kooperation von Suizidforschern und Kriminalpolizei. Maßgabe für alle Aktivitäten war aber immer, dass sie keine größere Öffentlichkeit erreichten und auf fachliche Kreise beschränkt blieben.

Parallel zu den Initiativen der Mediziner wurde das Thema Selbsttötung aber auch in der DDR-Gesellschaft häufiger diskutiert. Vor allem in der Gegenwartsliteratur, die ja teilweise die Funktion einer Ersatzöffentlichkeit erfüllte, etablierte sich Selbsttötung in den 1970er-Jahren schrittweise als literarisches Motiv. Auch diesen Prozess duldete die SED nicht nur, sondern unterstützte ihn teilweise aktiv, indem z. B. Günter Görlichs Roman über die Reaktionen auf den Suizid eines Lehrers „Eine Anzeige in der Zeitung“ zum offiziellen Vorbereitungsmaterial des VIII. Pädagogischen Kongresses erklärt wurde. Die positive Haltung der SED zu diesem Buch zeigt, dass die SED keine Probleme mit dem Thema Suizid an sich hatte, sondern lediglich die oft damit verbundene Kritik an den politischen Verhältnissen fürchtete.

Bis 1977 war es möglich, für Forschungszwecke die geheimen Suiziddaten zu nutzen. Dann verschärfte die SED nochmals, wiederum als Reaktion auf eine Politisierung des Suizidgeschehens, die Geheimhaltung. Im Sommer 1976 hatte sich der streitbare Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeit öffentlich selbst verbrannt; danach versuchten mehrere Ausreisewillige, ihrem Antrag durch Suiziddrohungen Nachdruck zu verleihen. Zur selben Zeit erreichte die Suizidrate der DDR ein Maximum (was allerdings außer einigen führenden SED-Funktionären niemandem bekannt war).

---

Was genau die Beweggründe waren, die das Politbüro Ende Mai 1977 veranlassten, das einzige Mal in seiner Geschichte das Thema Selbsttötung zu behandeln, geht aus den Akten nicht hervor; eindeutig fielen indes die Maßnahmen aus: die Suizidstatistiken durften ab dieser Zeit nicht einmal mehr für Forschungszwecke herausgegeben werden.

Die 1977 vom Politbüro verfügte Verschärfung der Tabuisierung hatte einen drastischen Rückgang der Forschungen zu suizidalem Verhalten zur Folge. Veröffentlichungen wurden verhindert und waren selbst innerhalb der Fachzeitschriften nur an entlegener Stelle möglich.

Aus Furcht vor „politischem Missbrauch“ behinderte die SED-Führung auch lange die von Psychiatern und Psychologen schon 1970 diskutierte Schaffung von suizidpräventiven Telefondiensten. Erst 1983 entstand in lokaler Eigeninitiative von SED-Bezirksleitung und Bezirksarzt des erste „Telefon des Vertrauens“ in Leipzig. Wenig später wurde in Dresden eine kirchliche „Telefonseelsorge“ aufgebaut, die von der SED angefeindet wurde, aber auf Grundlage der in der DDR gültigen Gesetze nicht verboten werden konnte. Erst danach forcierte die SED den landesweiten Ausbau der „Telefone des Vertrauens“, besondere Aufmerksamkeit fand der „Wettlauf“ zwischen staatlichem Telefondienst und der ebenfalls im Aufbau befindlichen „Kirchlichen Telefonseelsorge“ in Berlin. Die Vermutung liegt nahe, dass die Telefondienste vom MfS für politische Zwecke missbraucht wurden; bisher konnte dafür aber noch kein einziger Beweis ermittelt werden.

Da die SED-Spitze die Suizidstatistiken bis 1990 unter Verschluss hielt, bemerkte niemand, dass die Suizidrate im letzten Jahrzehnt der DDR bei den Männern um 13, bei den Frauen sogar um 26 Prozent sank. Dieser Trend muss auch bei der Diskussion der sog. „Wende-Selbstmorde“ beachtet werden. Eine ganze Reihe von Funktionären, darunter drei Sekretäre von SED-Kreisleitungen, drei Chefs von MfS-Bezirksverwaltungen und ein Minister nahmen sich 1989/90 das Leben.<sup>8</sup> Statistisch fiel das aber nicht ins Gewicht, da zur gleichen Zeit die allgemeine Suizidneigung sank. Im Jahr der friedlichen Revolution 1989 erreichte die Suizidrate den niedrigsten Wert seit Bestehen der DDR.<sup>9</sup>

---

8 Bisher konnten für den Zeitraum 30. Oktober 1989 bis Mai 1990 insgesamt 25 Selbsttötungen ermittelt werden, die unmittelbar durch die gesellschaftlichen Veränderungen motiviert waren.

9 Werner Felber, Das Suizidtabu in der ehemaligen DDR-Notizen, Erscheinungsformen, Auswirkungen, Gründe, in: P. Götze / M. Mohr [Hg.]: Psychiatrie und Gesellschaft im Wandel, Regensburg 1992, S. 147–163.

---

Was die Verlässlichkeit der Suizidstatistiken der DDR anbelangt, so ist diese kaum in Zweifel zu ziehen. Die Obduktionsrate von Suizidleichen war hoch; laut Statistiken der Kriminalpolizei lag sie z. B. im Bezirk Dresden bei ca. 50 Prozent. Die Suizidstatistiken blieben ab 1963 unter Verschluss, insofern bestand kein Anlass, sie intern auch noch zu fälschen, und es gibt auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solches auf zentraler Ebene versucht wurde. Eine beträchtliche Dunkelziffer gab es dennoch; so ermittelte eine Geheimstudie in der DDR-Hauptstadt Berlin, dass bis zu einem Viertel aller Suizide nicht gemeldet wurden<sup>10</sup>. Neuere Überprüfungen ermittelten im ehemaligen Bezirk Rostock eine Untererfassung von ebenfalls etwa 25 Prozent. Dunkelziffern dieser Größenordnung sind allerdings im internationalen Vergleich nicht außergewöhnlich.

Selbsttötungen sind trotz der intensiven Durcharbeitung der Akten des Staatssicherheitsdienstes in den letzten 13 Jahren ein dunkles Kapitel der DDR-Geschichte geblieben. Noch immer ist wenig über die Ursachen und Bedingungen suizidalen Verhaltens in der DDR bekannt.

Auch das Heranziehen von Motivstatistiken, die zeitweise von Kriminalpolizei oder medizinischen Einrichtungen erstellt wurden, kann die Frage nach den Ursachen der Selbsttötungen nicht verlässlich beantworten, denn die Statistiken spiegeln eher die Auffassungen, Vorurteile und Denkschemata ihrer Verfasser sowie das politische System, in dem sie leben, wieder, als dass sie die Sachlage genau und angemessen wiedergeben. Zudem sind bisher keine Statistiken der DDR bekannt geworden, in der Suizidmotive unter der Rubrik „politische Gründe“ verzeichnet sind.

Daher sollen im Zentrum dieser Broschüre konkrete Einzelfälle stehen. Sie sind ausgewählt aus ca. 900 Fällen, die der Verfasser gegenwärtig im Rahmen seiner Dissertation auswertet. Es geht dabei nicht um vereinfachende Deutungen oder eindimensionale Schuldzuweisungen. Statt dessen wird eine möglichst dichte Beschreibung angestrebt, um die jeweils individuelle Situation menschlichen Scheiterns heraus zu arbeiten und gleichzeitig Exemplarisches sichtbar zu machen. Dabei bleibt immer der Vorbehalt, dass die verfügbaren Informationen zumeist aus Akten des MfS stammen und in den seltensten Fällen nachprüfbar sind.

---

10 Rainer Leonhardt / Rolf Matthesius, Zu suizidalen Handlungen in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, Diss. Berlin 1977.

---

## 2. Das Wirken der Spezialkommissionen des MfS als politische Kriminalpolizei

Berlin, 29. Oktober 1962. Kurz vor Mittag entdeckte ein Mitarbeiter des „Hauses der Ministerien“ auf einer etwas abgelegenen Toilette eine Blutlache. Das Blut kam aus einer geschlossenen Kabine. Beim Öffnen der Tür fiel ein menschlicher Körper auf die Fliesen. Der Tote hatte keine Papiere bei sich und wies so schwere Kopfverletzungen auf, dass er nicht mehr zu erkennen war. Wie in einem solchen Fall üblich – es handelte sich um ein Gebäude der DDR-Regierung – untersuchten MfS-Mitarbeiter und Kriminalisten von der MUK (Abkürzung für Morduntersuchungskommission) gemeinsam den Fall. Sie identifizierten den Toten als einen 38-jährigen Wirtschaftsplaner. Angesichts der typischen „Stanzmarke“ an der rechten Schläfe bestand für die Kriminalisten kein Zweifel am Tod durch Nahschuss. Die Stasi-Mitarbeiter bestätigten diesen Befund. Auch die anschließende gerichtsmedizinische Obduktion förderte keine neuen Fakten zu Tage und bekräftigte, *daß ein Verbrechen durch dritte Hand ausscheidet und ein Selbstmord durch Erschießen vorliegt*<sup>11</sup>.

Einen Abschiedsbrief fanden die Ermittler nicht. So blieb das Motiv dieser Handlung zunächst unklar. Hauptmann Böhme von der MfS-Hauptabteilung IX vereinbarte mit den Kriminalisten, *daß die MUK Potsdam lediglich die objektive Seite prüft, während sie sich mit der subjektiven Seite befassen*.<sup>12</sup> Noch am Abend des selben Tages besuchte Hauptmann Böhme gemeinsam mit einem weiteren MfS-Mitarbeiter und dem Vorgesetzten des Toten die Ehefrau in ihrer Wohnung. Diese *war vollkommen fassungslos und konnte nicht begreifen, wie es zu diesem Selbstmord kam. Auf Grund des seelischen Zustandes sahen die Besucher von weiteren Maßnahmen in der Wohnung ab*.<sup>13</sup>

Die am nächsten Tag verfasste „Erstinformation“, die unter anderem an Walter Ulbricht, Erich Honecker und Willi Stoph geschickt wurde, konnte den Todesfall nicht zufriedenstellend aufklären. Der Tote stammte aus der Arbeiterklasse, war seit 1951 im zentralen Staatsapparat tätig, galt als Autorität. Seine Mitarbeiter schilderten ihn als qualifiziert, einsatzfreudig und konstruktiv. Diese Einschätzung teilten auch Mitarbeiter des MfS, zu denen er seit mehreren Jahren offiziell in Kontakt stand. Dem Staatssi-

11 BStU, MfS, ZAIG, Z 677, Bl. 2.

12 BStU, MfS, AS 185/66, Bl. 47.

13 Ebd. Bl. 42.

---

cherheitsdienst lagen auch keinerlei Hinweise auf moralische Schwächen oder Verfehlungen vor.

Einziger Hinweis auf ein Motiv: Am 15. Oktober 1962 klagte er über starke Herzbeschwerden und wurde ins Regierungskrankenhaus eingeliefert. Von dort aus telefonierte er mehrmals mit seiner Arbeitsstelle und drängte *mitunter sogar in undisziplinierter Art* auf eine rasche Entlassung, da er unbedingt arbeiten wollte. Ab 29. Oktober 1962 war er wieder gesund geschrieben. Sein erster Arbeitstag verlief, nach Angaben der Kollegen, völlig normal; es gab keinerlei Auseinandersetzungen. Daher vermutete das MfS: *Möglicherweise hatten sich am 29. 10. 62 auf seiner Arbeitsstelle Symptome dieser Herzbeschwerden eingestellt, die zu einer Depression und zum anschließenden Selbstmord führten.* Gestützt wurde diese Mutmaßung durch die Witwe, die nochmals befragt wurde. Die Herzbeschwerden, erinnerte sie sich, hätten ihrem verstorbenen Ehemann schon längere Zeit zugesetzt, weshalb er *nachts wiederholt über Herzbeschwerden klagte, die mit Angstzuständen verbunden waren.*<sup>14</sup>

War das schon die ganze Erklärung für die Selbsttötung? Das MfS gab sich nicht zufrieden und kündigte weitere Untersuchungen an. Die Ergebnisse dieser Nachforschungen fehlen jedoch in den Akten.

Der geschilderte Selbstmordfall ist in mehrfacher Hinsicht typisch für die in den Akten des MfS dokumentierten Todesfälle. So waren es in überwiegendem Maße Mitarbeiter des Partei-, Staats- und Sicherheitsapparats (und nur in geringem Maße operativ bearbeitete Personen), deren Selbsttötungen von der Hauptabteilung IX des MfS untersucht wurden. Die Art und Weise der Bearbeitung des „Vorkommnisses“ erfolgte nach einem stets ähnlichen Muster, insbesondere was die rasche Information der SED-Spitze und das arbeitsteilige Zusammenwirken von Kriminalpolizei und MfS betraf.

Abgesehen von wenigen *Ausnahmefällen zeigt die Praxis, daß bei Bekanntwerden unnatürlicher Todesfälle zuerst die Organe der Deutschen Volkspolizei verständigt werden und demzufolge am Ereignisort eintreffen*, wurde in einer an der juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche eingereichten Diplomarbeit konstatiert.<sup>15</sup> Die Einbeziehung des MfS hing

14 BStU, MfS, ZAIG, Z 677, Bl. 4.

15 Eberhard Fischer / Günter Schubert, Das operative Zusammenwirken der Spezialkommission und operativer Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit mit den Organen der Deutschen Volkspolizei bei der Aufklärung und Untersuchung unnatürlicher Todesfälle, Diplomarbeit Potsdam 1975. BStU, JHS 001, Nr. 375/75. Die folgenden Zitate Bl. 15f. und 29.

---

dann oft vom Verständnis der Volkspolizisten *für die sicherheitspolitischen Belange des Ministeriums für Staatssicherheit* ab. Beim Eintreffen der MfS-Mitarbeiter übernahmen diese oftmals die „Federführung“ der Untersuchung. Obwohl auch ausgebildete Kriminalisten in die MfS-Spezialkommissionen eingegliedert waren, sahen sich die MfS-Offiziere nicht in der Lage, *die zu bewältigenden Aufgaben bei der Aufklärung und Untersuchung unnatürlicher Todesfälle in vollem Umfang selbst wahrzunehmen.* Daher wurde die Spurensicherung der Kripo überlassen: *Die Organe der Deutschen Volkspolizei verfügen in den Mitarbeitern der Morduntersuchungskommission und der Abteilung Kriminalpolizei über Kader mit spezialisierten Kenntnissen und Fähigkeiten zur Aufklärung und Untersuchung unnatürlicher Todesfälle, die wesentliche Ermittlungsergebnisse in kriminalistischer Hinsicht erarbeiten können.* Dabei wurden die Polizisten von den MfS-Mitarbeitern teilweise als bloße „Erfüllungsgehilfen“ betrachtet – ein Umstand, der von den Autoren der besagten Diplomarbeit kritisiert wurde. Es müsse *klar sein, daß das operative Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei nicht deshalb eine so hohe Wertschätzung genießt, weil damit dem Ministerium für Staatssicherheit Arbeit abgenommen wird*; angestrebt würde vielmehr ein *parteiliches, ehrliches und kameradschaftliches Zusammenwirken.*

Die Autoren der Diplomarbeit schilderten ein in ihren Augen mustergültiges Beispiel: *Der Kriminaltechniker eines Volkspolizeikreisamtes war mit der Aufklärung und Untersuchung eines Suicides beauftragt und stellte dabei in der Kleidung der verstorbenen Person einen Abschiedsbrief fest, der auf eine inoffizielle Verbindung dieser Person zum Ministerium für Staatssicherheit schließen ließ. Deshalb wurde sofort die zuständige Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit verständigt. Dadurch war ein schnelles operatives Zusammenwirken gewährleistet und außerdem gesichert, daß der Abschiedsbrief den Angehörigen des Betroffenen sowie anderen an der Untersuchung des unnatürlichen Todesfalles beteiligten Angehörigen der Deutschen Volkspolizei nicht bekannt wurde.*<sup>16</sup>

Im Falle eines „operativ bedeutsamen“ Selbstmordes verfasste das MfS Informationsberichte, die an ausgewählte SED-Spitzenfunktionäre und auch an andere MfS-Abteilungen geschickt wurden. So etwas wie Datenschutz gab es hier nicht; alle Personen wurden mit Vor- und Familiennamen sowie Geburtsdatum genannt; auch waren zahlreiche Details aus dem Privatleben in den Berichten enthalten. Dafür unterlagen die „Informationsberichte“ des MfS der strengen Geheimhaltung.

16 Ebd., Bl. 42.



Die systematische Berichterstattung über Selbstmordfälle ist in den MfS-Akten seit Anfang der 1960er-Jahre nachweisbar. Das Ministerium für Staatssicherheit richtete zunächst, analog zur MUK der Polizei, „Morduntersuchungskommissionen des MfS“ ein. In der Berliner MfS-Zentrale wurde die Mordkommission ab ca. 1963 unter der Bezeichnung „Abteilung IX/7“ geführt. Die Zahl der von der Abteilung IX/7 untersuchten Selbstmorde stieg allmählich an. Waren es Anfang der 1960er-Jahre nur drei bis fünf, so belief sich die Zahl in den 1970er-Jahren auf durchschnittlich 13 Selbstmordfälle pro Jahr. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der IX/7 lag im Berliner Raum, in besonderen Fällen wurde die Abteilung aber auch in den Bezirken der DDR aktiv. Für die Mehrzahl der unnatürlichen Todesfälle waren dort allerdings die „Spezialkommissionen“ der jeweiligen MfS-Bezirksverwaltungen zuständig.<sup>17</sup> Untersucht wurden alle „unnatürlichen Todesfälle“, wozu neben Selbsttötungen auch Unfälle und Morde zählten; mehr als drei Viertel der unnatürlichen Todesfälle waren allerdings Selbsttötungen. Festzuhalten bleibt also, dass das MfS parallel zur Kriminalpolizei eine eigene Abteilung zur kriminalistischen Untersuchung von Todesfällen etablierte, die immer dann eingeschaltet wurde, wenn politische Aspekte eine Rolle spielten.

Die Kriterien, die einen Selbstmordfall *operativ interessant* werden ließen, wurden in einer Verordnung des Ministers für Staatssicherheit vom 18. März 1968 aufgelistet. Generell sollte das MfS vor allem bei nachgewiesener oder vermuteter *Feindtätigkeit* oder bei einem *Interesse des Gegners* in die Ermittlungen einbezogen werden.<sup>18</sup> Da sich dieses aber oft erst im Verlauf der Ermittlungen herausstellte, richtete sich die Entscheidung meist nach der Stellung der betreffenden Person im Herrschaftsgefüge der DDR. Laut Vorschrift sollte das MfS alle unnatürlichen Todesfälle untersuchen

- von Mitarbeitern der Sicherheitsorgane (MfS, NVA, VP, Zollverwaltung),
- von allen IM (gemäß Richtlinie 1/68),

17 Die Bildung geschah teilweise mit zeitlicher Verzögerung, so existierte die Spezialkommission im Bezirk Neubrandenburg erst ab 1970. Vgl. Egon Neubauer, Probleme des operativen Zusammenwirkens der Spezialkommission der Linie IX des MfS mit den Militärstaatsanwälten, den Kommandeuren der NVA, den gerichtsmedizinischen Sachverständigen und den Morduntersuchungskommissionen der Abteilung Kriminalpolizei der BdVP während der Aufklärung und Untersuchung von operativ bedeutsamen unnatürlichen Todesfällen in Dienststellen der Nationalen Volksarmee, Diplomarbeit Potsdam 1978. BStU, JHS 001, Nr. 228/78, Bl. 16.

18 BStU, MfS, HA IX, Nr. 18303, Bl. 9.

- von leitenden Funktionären des Staatsapparates oder gesellschaftlicher Organisationen.<sup>19</sup>

Zu den Mitarbeitern der Sicherheitsorgane zählten auch deren engste Angehörige, sofern sie im selben Haushalt lebten. Zunächst waren die Ermittlungen der Kriminalpolizei nur *unter Kontrolle zu nehmen*, um die *Sicherheitsinteressen des MfS* wahrzunehmen. *Bei operativer Notwendigkeit sind solche Todesermittlungssachen auf Weisung von der Linie IX zu übernehmen und zu bearbeiten.*<sup>20</sup>

Zudem gehörten auch unnatürliche Todesfälle von Ausländern und Todesfälle im Transitverkehr in den Verantwortungsbereich des MfS.

Neben den Angaben zur Person konnten auch spezifische Befunde am Ereignisort, wie z. B. Hinweise im Abschiedsbrief auf Motive wie *Angst vor einer Entlarvung einer Verbindung zu einem Geheimdienst* oder *demonstratives Verhalten als Reaktion auf staatliche Entscheidungen*, ebenso aber auch Unmutsreaktionen auf den Selbstmord in der Öffentlichkeit einen MfS-Einsatz auslösen.

Im Bezirk Cottbus waren laut einer MfS-internen Diplomarbeit im Jahr 1975 bei 21 Prozent der unnatürlichen Todesfälle die betreffenden Personen operativ erfasst, weshalb *ein operatives Zusammenwirken mit den Organen der Deutschen Volkspolizei notwendig gewesen wäre bzw. eine Untersuchung durch Spezialisten unseres Organs hätte erfolgen müssen.*<sup>21</sup> Im Jahr 1973 lag der Anteil der vom MfS erfassten Suizidenten bei elf Prozent. In welchem Umfang die MfS-Spezialkommissionen tatsächlich die Bearbeitung der Selbstmordfälle an sich gezogen haben, geht aus der Diplomarbeit nicht hervor; die Verfasser verwiesen lediglich auf *eine hohe Zahl von Beispielen ... , bei denen operative Dienstseinheiten erst nach Tagen oder überhaupt nicht vom Vorkommnis Kenntnis erhielten.*<sup>22</sup>

Stichproben in einigen MfS-Bezirksverwaltungen ergaben, dass hier pro Jahr ca. 5–10 Suizide untersucht und ausgewertet wurden. Die Berliner MfS-Abteilung IX/7 untersuchte durchschnittlich 13 Suizide pro Jahr. Bezogen auf die Menge der Suizidfälle der DDR, die zwischen 5.000 und 6.000 lag, haben die Spezialkommissionen damit lediglich bei schätzungsweise zwei bis drei Prozent der Suizide in der DDR die Ermittlungen geführt. Da die MfS-Akten nicht vollständig sind, ist diese Angabe nach

19 Fischer / Schubert, Bl. 10.

20 BStU, MfS, HA IX, Nr. 9305, Bl. 26.

21 Fischer / Schubert, Bl. 44.

22 Ebd., Bl. 47.



---

oben offen. Hinzu kommt, dass die Grenzen der MfS-Tätigkeit fließend waren. So finden sich in den Akten Beispiele, bei denen das MfS informiert wurde, sich aber nicht oder nur temporär in die Ermittlungen einschaltete.

So wurde das MfS am 14. April 1977 darüber informiert, dass ein Kreissekretär der Volkssolidarität erhängt in seiner Wohnung aufgefunden wurde. Bei dem Toten hatte die Polizei einen Abschiedsbrief entdeckt, aus dem hervor ging, dass er unter Depressionen litt, weil seine Frau vor kurzem verstorben war. Auf Grund dieser Information verzichtete die Spezialkommission der BV Magdeburg auf einen Einsatz.

Bei einem anderen Suizid am 12. Mai hingegen wurde zunächst ein Einsatzbefehl für zwei Mitarbeiter dieser Spezialkommission erteilt. Ein Pförtner eines Kulturhauses hatte sich in der Nacht zu Tode gestürzt. Gegen sechs Uhr morgens rückten die MfS-Kriminalisten aus, gegen elf Uhr war das Motiv geklärt: Der Mann, der als Trinker bekannt war, hatte eheliche Schwierigkeiten. Am Abend des Vortages hatte er zudem ein Schlüsselbund verloren; da er wegen einer ähnlichen Sache bereits einmal schwer gerügt wurde, beging er nun Suizid. Weil durch den Todesfall keine Interessen des MfS berührt wurden, überließen die Stasi-Mitarbeiter die weitere Bearbeitung der Kripo und brachen ihren Einsatz kurz vor Mittag ab.

Am 10. November 1981 übergoss sich in Graal Müritz ein Gastwirt mit Benzin und zündete sich an. Auch hier deutete alles auf unpolitische Motive hin; offenbar war der Mann unheilbar krank. Daher führte die Polizei die Ermittlungen in eigener Regie, während das MfS sich lediglich nach Abschluss der Untersuchung die Akte vorlegen ließ, um eine Einschätzung der Untersuchungsarbeit vorzunehmen.

Auch im Bereich der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei führte das MfS die Ermittlungen nicht selbst, ließ sich diese „Vorkommnisse“ aber melden, um die Ermittlungen zu übernehmen, wenn ein „operatives Interesse“ bestand. Ein Bericht der Hauptabteilung I vermerkte zum Beispiel, dass sich zwischen dem 1. Januar 1969 und dem 20. Februar 1970 insgesamt 35 Armeeangehörige das Leben nahmen; bei der Untersuchung der Todesfälle kamen viermal Spezialkommissionen des MfS *auf Grund nicht eindeutig geklärter Ursachen* zum Einsatz.<sup>23</sup>

Die Arbeit der Spezialkommissionen war, wie auch die der anderen MfS-Abteilungen, streng konspirativ organisiert. Das MfS versuchte, das Zusammenarbeiten mit der Kriminalpolizei am Tatort möglichst zu geheim zu halten: *Es muß davon ausgegangen werden, daß Ereignisse mit unnatürli-*

---

23 BStU, MfS, HA I, Nr. 13241, Bl. 253–260.

---

*cher Todesfolge meist sehr schnell und einem größeren Personenkreis bekannt werden. Gelangt zusätzlich noch die Information an die Öffentlichkeit, daß sich Organe des Ministeriums für Staatssicherheit an der Aufklärung und Untersuchung beteiligen, wird diesen Ereignissen auf Grund der spezifischen Stellung unseres Organs oftmals eine noch größere Aufmerksamkeit zugewandt. Sie werden in ihrer Bedeutung gewissermaßen „aufgewertet“, in die Zusammenhänge und Motive werden spekulative Vermutungen suggeriert, und in ihrer Gesamtheit rücken sie in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit.“<sup>24</sup>*

Ohne es zu wissen und zu wollen, beschrieben die im MfS tätigen Autoren dieser Zeilen recht treffend die Atmosphäre der SED-Diktatur, die durch Zensur, Geheimhaltung und Bespitzelung das Angstbild eines übermächtigen, geheimnisvollen und allmächtigen Apparats erzeugt hat, dessen bloßes Auftauchen bereits Anlass zu Befürchtungen und Spekulationen gab.

In den folgenden Kapiteln wird eine ganze Reihe von Fällen geschildert, die für das MfS „operativ interessant“ waren. Hierzu gehörten Selbsttötungen von SED-Funktionären, Ausreiseantragstellern, von jungen Menschen, die durch die Anwerbung als IM in schwierige Konflikte gerieten, hierzu gehörten weiterhin öffentliche Selbstverbrennungen, die als politische Protestaktionen angedroht und teilweise auch durchgeführt wurden. Nicht in jedem Fall erwiesen sich die Suizide als politisch motiviert. Nur bei wenigen Todesfällen konnte das MfS den Einfluss einer Feindtätigkeit, den es permanent suchte, auch tatsächlich nachweisen.

Symptomatisch für diese Situation ist, dass im Schulungsmaterial der Linie IX ein Fall geschildert wurde, bei dem ein Suizidant absichtlich eine falsche Fährte in Richtung Klassenfeind gelegt hatte: Am späten Abend des 18. November 1963 rückte die Hauptabteilung IX/7 aus, weil in einem Berliner Hotel die Leiche eines Mannes aufgefunden wurde. Der Tote lag gefesselt in einer Badewanne. *Zuvor hatte der Betroffene mehrere Schriftstücke an staatliche Organe abgesandt, die im Inhalt vorgaben, daß er auf Grund seiner beruflichen Stellung unter Druck eines imperialistischen Geheimdienstes geraten sei und dieser Morddrohungen im Falle einer Verweigerung zur Zusammenarbeit ausgesprochen habe.“<sup>25</sup>*

In Wirklichkeit aber hatte der Mann seine Ehefrau ermordet, befand sich seit mehreren Tagen auf der Flucht und war auch bereits zur Fahndung ausgeschrieben. Um seinem Tod den Anschein eines Mordes zu geben,

---

24 Fischer / Schubert, Bl. 54.

25 BStU, MfS, HA IX, Nr. 18221, Bl. 42.

---

hatte er sich selbst gefesselt (dabei aber die Hände freigelassen). Gestorben war er, wie bei der Obduktion nachgewiesen wurde, an einer Überdosis an Schlafmitteln, kombiniert mit Ertrinken.<sup>26</sup>

Neben der Untersuchung der Selbstmordfälle, der Herausarbeitung der Motive, Ursachen und begünstigenden Bedingungen, befasste sich das MfS auch mit den Folgen solcher Ereignisse. So wurden gezielt inoffizielle Mitarbeiter eingesetzt, die *durch ruhiges, sachliches und konsequentes Auftreten die Öffentlichkeit beruhigen, Informationen über die geführten Diskussionen sammeln und gegen negative Diskussionen konsequent einschreiten* sollten. Zudem gehörte zum geheimdienstlichen Repertoire des MfS auch der *Komplex des bewußten Verbreitens von Informationen, die vom tatsächlichen Sachverhalt und den Ermittlungsergebnissen ablenken. Damit wird verhindert, daß die echten Zusammenhänge in der Öffentlichkeit bekannt werden und der Gegner über diese Informationsquelle Kenntnis erhält. Dabei muß es sich um gut durchdachte Legenden handeln, die jedweder Nachprüfungen standhalten.*<sup>27</sup>

Legenden dienten vor allem der Verschleierung jeglicher Bezüge zum MfS. Es sollte der Eindruck erweckt werden, das MfS habe nichts mit der Sache zu tun. Folgende Begebenheit ist in den Akten dokumentiert:

Anfang Oktober 1972 kam es in einem Berliner Mietshaus zu einer Schießerei zwischen einem MfS-Mitarbeiter und einem Volkspolizisten. Die beiden Männer hatten vorher gemeinsam gezecht und waren stockbetrunken. Anlass für den Schusswechsel bildete der Streit um eine Frau. Zunächst schoss der MfS-Mann dem Polizisten in den Bauch, dann verletzte dieser den Kontrahenten ebenfalls. Als dem Stasi-Mitarbeiter klar wurde, was er getan hatte, hielt er sich die Pistole an den Kopf und drückte ab.

Nach Abschluss der kriminalistischen Spurensicherung schickte das MfS am 10. Oktober 1972 zwei Offiziere *unter der Legende, vom VEB Malerei ... zu sein* in das Haus, um Decken und Wände vom Keller bis zum Boden zu renovieren. Dabei hatten sie natürlich den Auftrag, die Meinungen der Mieter zu erkunden. *Insgesamt ist die Meinung im Haus nach Unterhaltung mit den Mietern ..., daß es sich um einen Täter handelt, der in ... einen Angehörigen der DVP niedergeschlagen hat und dessen Dienstwaffe an sich nahm, mit der er dann im Hause schoß. Eingeschätzt werden muß, daß nicht bekannt ist, daß der Schußwechsel zwischen Angehörigen der bewaffneten Organe statt fand.* Auch sonst, berichteten die MfS-Mitarbeiter, hätten die Mieter den Schock gut verarbeitet und sich in keiner

26 BStU, MfS, AS 186/66, Bl. 100–104.

27 Fischer / Schubert, Bl. 57 (grammatikalischer Fehler im Original).

---

Weise ängstlich oder misstrauisch verhalten, im Gegenteil: *Sie waren uns gegenüber sehr hilfsbereit und öffneten ohne Vorbehalte ihre Wohnungstüren.*<sup>28</sup>

Allerdings geriet die Legende am 11. Oktober durch einen unerwarteten Besuch in Gefahr. Ein Mieter hatte nämlich schon vor dem Auftauchen der Maler einen Brief an die Kommunale Wohnungsverwaltung geschrieben und die Instandsetzung des Hauses gefordert. Nun stand also ein Mitarbeiter der KWV<sup>29</sup> vor der Haustür und fragte, *ob hier in dem Haus ein Schußwechsel statt gefunden hat.* Die als Maler verkleideten Stasi-Leute stellten sich ahnungslos: *Da wir mit der Renovierung schon sehr weit waren sagten wir, daß wir davon nichts wüßten. Er verließ daraufhin wieder das Haus.*

Am 16. Oktober bestätigte die MfS-Hauptabteilung VII, zu welcher der Tote gehörte, den Plan für die Beisetzung des MfS-Offiziers. Verantwortlich für die Gesamtausgestaltung war die Hauptabteilung Kader und Schulung, sie legte fest, dass die Beerdigung mit militärischen Ehren erfolgen sollte. Alles wurde minutiös geplant, bis hin zu den Texten auf den Trauerschleifen. Niemand sollte erfahren, dass sich ein MfS-Mitarbeiter des versuchten Mordes schuldig gemacht hatte, bevor er sich selbst erschoss.<sup>30</sup>

28 BStU, MfS, HA VII, Nr. 165, Bl. 273–276.

29 Kommunale Wohnungsverwaltung.

30 BStU, MfS, HA VII, Nr. 165, Bl. 403–406.

BSU  
000026

## P r o b l e m e

in Zusammenhang mit der Untersuchung von Todesermittlungssachen und Schußwaffendelikten in den Organen des MfS

1. Todesermittlungssache Major [REDACTED], geb. am [REDACTED] 1934
  - Am 28. 9. 1983 beging der [REDACTED] unter Verwendung seiner persönlichen Dienstwaffe auf seinem Grundstück in [REDACTED] Suizid. Er war Mitarbeiter der Hauptabteilung XIX/7.
  - [REDACTED] wurde durch Mitarbeiter seiner Dienst Einheit gegen 15.05 Uhr in seinem Bungalow aufgefunden. Sie sahen bei ihm eine Kopfverletzung und eine in Zimmer liegende Pistole und verständigten ihren Dienstvorgesetzten, Oberstleutnant [REDACTED]. Dieser gab die Weisung, den Bungalow von außen zu sichern. Es wurde unterlassen, einen Arzt zu holen, der möglicherweise Maßnahmen zur Erhaltung des Lebens hätte einleiten können oder den Tod festgestellt hätte.
  - Der Einsatzbefehl an die Hauptabteilung IX/7 erging am 28. 9. 1983 um 15.15 Uhr, jedoch konnte die Einsatzgruppe erst um 16.15 Uhr das Objekt verlassen, da es nicht möglich war, die genaue Adresse des Grundstückes festzustellen. Letztendlich erfolgte die Anfahrt, es handelt sich um Grenzgebiet, mittels Kurier, den die Hauptabteilung XIX entsandte.
  - Die Einsatzgruppe war dann um 17.00 Uhr vor Ort und erst um 17.30 Uhr traf ein Arzt des BfV vor Ort ein.
  - Nach den Gründen befragt, warum kein Arzt geholt wurde, wurden operative Gründe genannt, die nicht näher erläutert wurden.
2. Am 18. 12. 1983 gegen 14.00 Uhr kam es in Kreis [REDACTED] unter Beteiligung der Mitarbeiter des MfS der BVfS Erfurt, Major [REDACTED] und Hauptmann [REDACTED] zu einem schweren Jagdunfall, bei dem Major [REDACTED] schwer verletzt wurde: er ist zwischenzeitlich seinen Verletzungen erlegen.
  - Der Einsatzbefehl für eine Untersuchungsgruppe der Hauptabteilung IX/7 wurde am 19. 12. 1983 um 9.45 Uhr erteilt. Vor dem Einsatzbefehl lagen trotz komplizierter Lage vor Ort keine Informationen vor, obwohl der Bereich Disziplinar bereits am 18. 12. 1983 nach Bekanntwerden des Vorkommnisses einen Mitarbeiter nach Erfurt entsandt hatte.

Dokument 1: Das MfS als Kriminalpolizei: Bericht über praktische Probleme bei der kriminalistischen Untersuchung von Selbsttötungen  
(Quelle: BSU, MfS, HA IX, Nr. 91, Bl. 26-29)

000027

2

- Bei Eintreffen der Einsatzgruppe in Erfurt mußte festgestellt werden, daß noch umfangreiche Nacharbeiten am Ereignisort, insbesondere ballistische Vermessungen, notwendig waren, um die Rechtslage zu klären.
  - Die für diese Arbeiten notwendigen Mitarbeiter der Technischen Untersuchungsstelle des MfS trafen am 30. 12. 1983 gegen 9.00 Uhr vor Ort ein, so daß in Zusammenhang mit der Ereignisortuntersuchung mindestens 36 Stunden Zeitverlust eintraten.
  - Der Mitarbeiter des Bereiches Disziplinar der Hauptabteilung Kader und Schulung verließ bereits am 19. 12. 1983, abends, Erfurt, ohne daß die Rechtslage geklärt war.
3. Am 26. 12. 1983 gegen 22.20 Uhr wurde der Offiziersschüler [REDACTED] geboren am [REDACTED] 1963, am Posten [REDACTED] der neuen BVfS Berlin mit einer Schußverletzung im Kopfbereich aufgefunden. Entsprechend den Mitteilungen des [REDACTED] bestand zunächst der Verdacht eines tödlichen Angriffs auf den Posten mit möglicher Schußwaffenanwendung durch den Posten oder durch eine fremde Person.
    - Die Meldung des Schußwaffendelikttes, einschließlich der Verletzung des Offizierschülers wurde am 26. 12. 1983 gegen 22.50 Uhr dem OGH der BVfS Berlin durch den nachhabenden Offizier mitgeteilt.
    - Der Einsatz der Spezialkommission der Linie IX der BVfS Berlin erfolgte nicht, es erging auch kein Einsatzbefehl an die Hauptabteilung IX/7.
    - In der Zeit von 23.00 Uhr des 26. 12. bis 04.00 Uhr des 27. 12. 1983 arbeitete die diensthabende Gruppe der Kriminalpolizei des PdVP Berlin vor Ort und führte alle notwendigen Ereignisortuntersuchungen, Zeugenvernehmungen usw. durch.
    - Als durch die diensthabende Gruppe die Übergabe der Dienstwaffe des Offizierschülers verlangt wurde, wurde das abgelehnt und die Übergabe aller bisher erarbeiteten Materialien der GVP an das MfS verlangt. Die GVP stellte daraufhin ihre Arbeit ein. Die notwendigen Kräfte des MfS wurden in dieser Zeit weisungsgemäß von Leiter der K3 Lichtenberg, Genosse Oberstleutnant KRAUSE, geführt.
    - Der Einsatzbefehl an die Hauptabteilung IX/7 erging am 27. 12. 1983 um 9.15 Uhr. Auch in diesem Fall waren umfangreiche Nacharbeiten am Ereignisort notwendig.
    - Bezeichnend für den mangelnden und qualitativ ungenügenden Informationsfluß in dieser Sache ist, daß der Mitarbeiter Disziplinar der Abteilung Kader und Schulung der BVfS Berlin Genosse [REDACTED] am 27. 12. 1983 von seinem Dienstvorgesetzten

die Weisung erhielt, sich zum Objekt [REDACTED] zu begeben, da es dort eine Raserei gegeben habe, bei der sich ein Schuß gelöst hätte, Personen seien jedoch nicht verletzt worden.

4. Am 1. 1. 1984 versuchte der Mitarbeiter der Hauptabteilung VII, Hauptmann [REDACTED] geboren am [REDACTED] 1946, mittels Schlaftabletten in seinem Grundstück in [REDACTED] Suizid zu begehen.
- Am 1. 1. 1984 um 19.10 Uhr erhielt der Diensthabende der Hauptabteilung IX/7, Oberstleutnant LEHMANN, durch den COM der Hauptabteilung IX eine Vorinformation, daß ein Mitarbeiter des MfS in [REDACTED] Selbstmord begangen hat. Der Name des Mitarbeiters konnte nicht genannt werden.
- Um 19.20 Uhr erfolgte der Einsatzbefehl für die Hauptabteilung IX/7 über den COM der Hauptabteilung IX unter Nennung des Namens [REDACTED] und der absoluten Versicherung, daß es sich um einen vollendeten Suizid handele. Weiter wurde informiert, daß Disziplinär und der Militärstaatsanwalt sich gleichfalls vor Ort begeben.
- Die Einsatzgruppe der Hauptabteilung IX/7 traf gegen 20.10 Uhr in [REDACTED] ein und mußte dort feststellen, daß es sich um einen versuchten Suizid handelte: Hauptmann [REDACTED] war um 19.57 Uhr mit der GPH des Krankenhauses Königs Musterhausen medizinisch versorgt und ins Krankenhaus gebracht worden. Er befand sich außer Lebensgefahr. Nach den Feststellungen im Bungalow des [REDACTED] hatte er Leginal und Faustan eingenommen.
- Zum Hergang des Ereignisses konnte festgestellt werden: Hauptmann [REDACTED] verließ am 1. 1. 1984 gegen 11.00 Uhr seine Wohnung, um private Erledigungen zu tätigen. Er wollte gegen 13.30 Uhr zurück sein. Als er zu diesem Zeitpunkt und auch später nicht zurückkehrte, informierte die Ehefrau den Dienstvorsetzten des [REDACTED] Major [REDACTED]. Dieser traf gegen 15.30 Uhr in der Wohnung in Begleitung des Referatsleiters [REDACTED] ein. Bei der Durchsicht der persönlichen Sachen des [REDACTED] fand man einen sogenannten Abschiedsbrief des [REDACTED] in dem er in Zusammenhang mit dienstlichen Schwierigkeiten und persönlichen Problemen von einem Suizid sprach. In einem Umschlag waren die persönlichen Dienstdokumente, wie Dienstausweis usw. hinterlegt. Von diesem Sachverhalt wurde der Genosse Oberst KROGER, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung VII, in Kenntnis gesetzt. Dieser wies wiederum den in der Nähe von [REDACTED] wohnenden Oberstleutnant [REDACTED] an, auf dem Grundstück des [REDACTED] zu prüfen, ob sich dessen Fahrzeug dort befindet.

Gegen 17.50 Uhr wurde an Oberst KROGER gemeldet, daß sich das Fahrzeug auf dem Grundstück befindet, und es erging die Weisung, eine Außensicherung vorzunehmen und abzuwarten. Die Genossen [REDACTED] und [REDACTED] begaben sich nach [REDACTED]. Sie waren in Besitz eines Zehrschlüssels für den Bungalow, unternahm jedoch keinen Versuch, den Bungalow zu öffnen. Um 19.35 Uhr erschien weisungsgegemäß der Militärstaatsanwalt, Genosse Oberstleutnant MÜLLER, MOStA Berlin, vor Ort. Er öffnete den Bungalow und fand [REDACTED] mit einem Schlafentzug bekleidet, in Bett liegend, vor. Es waren deutliche Zeichen des Lebens vorhanden. Durch Oberstleutnant MÜLLER wurde die GPH Königs Musterhausen informiert, die 19.57 Uhr eintraf.

  
Lehmann  
Oberstleutnant

### 3. Ideal und Wirklichkeit – Suizide von SED-Funktionären

*Verwerflich und eines partei- und klassenverbundenen Genossen unwürdig* – ein SED-Instrukteur zwischen Kreisleitung und Staatssicherheit

In der Wahrnehmung der SED-Bezirksleitung Magdeburg muss der 1. Mai, der „internationale Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse“, im Jahr 1955 ein unheilvolles Datum gewesen sein. Kurz vor und nach dem Feiertag trafen mehrere Vorkommnismeldungen über Suizide bzw. Suizidversuche verantwortlicher Genossen ein.<sup>31</sup> Im Kreis Haldensleben erhängte sich ein Parteisekretär, in Kalbe erschoss sich ein Mitarbeiter der SED-Kreisleitung. Zwei weitere Funktionäre, darunter der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Tangerhütte, drehten den Gashahn auf, wurden aber noch rechtzeitig gerettet. War diese Vorkommnis-Häufung zufällig? Die SED-Bezirksleitung schickte die Parteikontrollkommission des Bezirkes in die betroffenen Orte, um die jeweiligen Ursachen und Motive für die Selbstmordhandlungen herauszufinden.

In besonderem Maße beschäftigte die Bezirksparteikontrollkommission (BPKK) der Fall des 36-jährigen Kaderinstrukteurs L. in Kalbe/Milde. Ernst

<sup>31</sup> Landeshauptarchiv Magdeburg, LHASA, Rep. P 13, SED-BL MD, IV/2/4/56.

---

L. war Arbeiter, seit 1947 SED-Mitglied und arbeitete zunächst in der SED-Kreisleitung einer anderen Stadt beim Objektschutz, bevor er den Posten als Kaderinstrukteur in Kalbe annahm. Er erhoffte sich einen ruhigen Posten, denn aufgrund seiner latenten Tbc-Erkrankung fühlte er sich nicht mehr voll leistungsfähig. Sein Vorgänger verbrachte, wie er gesehen hatte, die meiste Zeit im Büro; im Kontrast dazu übernahm Ernst L. den Posten aber zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Anfang 1955 sollten Kandidaten für die neue Kreisleitung nominiert werden, was für ihn bedeutete, im Kreis umher zu fahren und vierzig Kaderakten zusammen zu holen; als Fahrzeug stand ihm dafür nur ein Fahrrad zur Verfügung (und das bei meist sehr widriger Witterung). Seine Unzufriedenheit steigerte sich noch dadurch, dass er täglich sah, wie die Kreissekretäre mit dem Auto umher gefahren wurden.

Es war jedoch nicht nur die Fahrerei, die ihm zu schaffen machte, Ernst L. war auch inhaltlich mit seiner Arbeit überfordert. Bereits bei der Übernahme des Postens sagte seine Frau, ihr Mann sei *viel zu dumm* für den Einsatz als Kaderinstrukteur. Nach gut zwei Monaten glaubten auch die Kollegen in der SED-Kreisleitung, dass L. seinen Aufgaben nicht gewachsen war, denn er fragte sie bei jeder Kleinigkeit um Hilfe und Rat. Das wiederum lag aber auch daran, dass er nur schlecht eingearbeitet wurde: als die zentrale Anleitung für Kaderfragen erfolgte, war er krank, zudem wurde, in einer Phase intensiven Arbeitsanfalls, seine technische Mitarbeiterin abgezogen, da man sie als Schöffin am Gericht brauchte. Zudem musste L. auch noch liegen gebliebene Arbeiten seines Vorgängers erledigen. L. war zunehmend deprimiert, ließ sich für mehrere Wochen krank schreiben. Einmal betrank er sich so sehr, dass er deswegen zu spät zur Arbeit kam. Als besonders verwerflich sahen es die Genossen an, dass er dabei mit Großbauern gezecht hatte, mit Klassenfeinden also. Er wurde verwarnet, nahm diese Maßregelung sehr ernst, kam seitdem immer pünktlich und betrank sich nicht mehr. Dennoch schmolz seine Hoffnung, dass die Partei eine sichere Bank für ihn und seine Familie sein könnte. Ein Antrag, seine kränkelnde Tochter in der Kreisleitung als Telefonistin unterzubringen, wurde abgelehnt. Bereits im Februar 1955 beschloss das Sekretariat der Kreisleitung hinter seinem Rücken, ihn wegzudelegieren – zum Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS). Der Leiter der dortigen Kreisdienststelle suchte einen Wachmann, und zwar einen erfahrenen, klassenbewussten Genossen. Eigentlich war der 2. Sekretär befugt, L. diesen Beschluss mitzuteilen; er zögerte das aber hinaus, weil er noch keinen Nachfolger für L. hatte; die zum Nachrücken vorgesehene Genossin hatte aus familiären Gründen abgelehnt.

Statt dessen nahm der Leiter der SfS-Kreisdienststelle L. vor dem Gebäude der SED-Kreisleitung zur Seite und kündigte ihm an, dass er schon

---

bald beim SfS anfangen könne; L. müsse keine schwere Arbeit leisten, sagte der Stasi-Offizier. Dann tat sich lange Zeit nichts. L. fragte zweimal in der Kreisdienststelle nach, wurde jedoch immer vertröstet, *so schnell ginge das nicht*. Nachfragen beim 2. Sekretär der Kreisleitung führten ebenfalls zu keinem Erfolg, weshalb L. glaubte, er sollte abgeschoben werden. Das Sekretariat der SED-Kreisleitung beschloss unterdessen, bis zur Klärung der Nachfolge von L. nichts zu unternehmen; allein das SfS hielt sich nicht daran, holte eine Beurteilung (die sehr positiv ausfiel) ein und begann auf eigene Faust Nachforschungen über das Privatleben von L.

Dass die Intensität der Nachforschungen über eine routinemäßige Kaderüberprüfung hinaus ging, blieb L. nicht lange verborgen. Bekannte und Nachbarn erzählten, es wäre jemand bei ihnen gewesen und hätte sich ausführlich nach ihm erkundigt. Das ungute Gefühl, das sich bei L. einstellte, war berechtigt, denn der Kreischef des Staatssicherheitsdienstes wollte mit den Nachforschungen den *Verdacht der Agententätigkeit* prüfen. Begründet wurden die Ermittlungen damit, dass L. eine Liste aller potentiellen Kandidaten für die neue SED-Kreisleitung in seiner Aktentasche aufbewahrte, was er laut Geheimhaltungsvorschrift nicht durfte. Dass dieser Verdacht völlig überzogen war, wurde auch dem SfS schnell bewusst; dafür ermittelten die MfS-Mitarbeiter jedoch andere belastende Momente. So hatte L. insgesamt 332 Mark Schulden (damals etwa ein Monatslohn eines Arbeiters), vor allem bei Gastwirten. Die Schulden kamen zum Teil dadurch zustande, dass er gutmütiger Weise die Zeche für andere mit bezahlte. Zudem schuldete er seinem Vermieter (einem Großbauern) 100 Mark. Das SfS sah hier ein potentiell einfallstörendes Feindes. Zudem hätte L. seine *schwankende* Haltung in der Bemerkung offenbart, Großbauern, die ihr Soll erfüllten, wären doch eigentlich in Ordnung. Nicht klassengemäß verlief auch der Lebensweg seiner Tochter, die einen Mittelbauern geheiratet hatte. Schließlich ermittelten die Stasi-Mitarbeiter auch noch eine moralische Verfehlung; im April 1955 hatte L. eine Nacht mit einer Genossin verbracht.

Am 28. April 1955 rief L. ein letztes Mal beim SfS an, aber der Leiter der Kreisdienststelle war nicht zu sprechen. Am Morgen des nächsten Tages erschoss sich L. im Gebäude der SED-Kreisleitung. Als Erster traf der Chef des SfS am Tatort ein und fand auf einem Stuhl einen Abschiedsbrief: *Wenn Ihr diese Zeilen liest, ist ein Stein ins Rollen gekommen. Ein kurzes schnelles Ende ist besser als ein langsames aber sicheres Ende ...* Es folgten Details aus der Tätigkeit der letzten Wochen, die klar zeigten, dass L. sich permanent überfordert und allein gelassen fühlte.

Der Stasi-Chef des Kreises unterzog die Ehefrau von L. einer „Befragung“, ohne ihr den Tod ihres Mannes mitzuteilen. Sie verneinte die Frage, ob es

---

ehelichen Streit gegeben habe. Der Staatssicherheitsdienst schloss daraus, dass L. sich durch seinen „Lebenswandel“ selbst in die für ihn ausweglose Situation gebracht hatte. Als Motiv käme, so der SfS-Bericht, vor allem die Angst vor den laufenden Ermittlungen in Frage, von denen L. Kenntnis hatte. Offenbar war ihm bewusst geworden, *daß er sich unter diesen Umständen als Mitarbeiter der Kreisleitung und als Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit unmöglich gemacht hat*, war sich das MfS sicher.

Anderen Genossen erschien der Selbstmord nicht so leicht erklärlich, denn L. galt als freundlicher, hilfsbereiter und klassenverbundener Genosse. Spürbare Auseinandersetzungen mit ihm hatte es nicht gegeben. Aus Mangel an möglichen Motiven vermutete der Sekretär für Agitation und Propaganda sogar „Feindarbeit“ als Ursache für den Todesfall. Der Vorsitzende der Kreiskontrollkommission schrieb in seiner Stellungnahme: *Mir ist es bisher immer noch unverständlich, wie er zu der letzten Handlungsweise greifen konnte, denn dieser Genosse hatte bisher noch keine überspitzte Kritik erfahren, wie es schon mehreren Mitarbeitern des Parteiapparates in den letzten Jahren zu Teil wurde*. Offenbar hatten andere Genossen schon härtere Attacken lebend überstanden.

Der Vorsitzende des Rates des Kreises sah die *Hauptursache des Selbstmordes* darin, *daß Genosse L. selbst von sich aus nicht das Vertrauen gegenüber den Genossen der Partei hatte* – ein angesichts des Misstrauens, dass L. entgehen gebracht wurde, ein zynischer Vorwurf.

Die Bezirksparteikontrollkommission kam hingegen nach mehrwöchiger Untersuchungstätigkeit in Kalbe zu dem realistischen Schluss, dass L. *Angst hatte, wieder ohne Beschäftigung und als Rentner leben zu müssen*. Verständnis für den Entschluss, sich deshalb das Leben zu nehmen, zeigte die Kommission aber nicht: *Der Selbstmord des Gen. L. ist verwerflich und eines partei- und klassenverbundenen Genossen unwürdig*, hieß es unmissverständlich.

Andererseits forderten die Parteikontrolleure aus Magdeburg in ihrem Schlussbericht: *Die Partei muss aber trotz der falschen Handlung des Gen. L. einige ernste Lehren daraus ziehen, besonders die Genossen der KL Kalbe/Milde*.

*Das 23. Plenum unserer Partei hat eingehend zu der Leitung der Kaderarbeit durch die Parteiorgane Stellung genommen und es muß Schluß gemacht werden mit einer solchen Behandlung der Kader, wie es im Fall des Gen. L. geschah*.

Die SED-Kreisleitung Kalbe sollte, befand die BPKK, für längere Zeit besonders kontrolliert werden; Mitarbeiter der Bezirksleitung sollten bis auf Weiteres an allen Beratungen teilnehmen.

---

Zudem müsste der Selbstmordfall auch in allen anderen Kreisleitungen des Bezirkes ausgewertet werden, um die Kaderarbeit zu verbessern.

Die Verurteilung des Selbstmordes eines Funktionärs, meist noch verbunden mit dem Vorwurf, er hätte *dem Ansehen der Partei Schaden zugefügt*, war für die SED der 1950er Jahre ebenso typisch wie das damit gekoppelte „Aber“, die Frage nach der Verantwortung. Hätte das Partei-Kollektiv nicht die Pflicht gehabt, den verzweifelte Genossen vor seinem „Fehler“ zu bewahren?

Die Äußerungen der SED-Funktionäre lagen damit, ganz ähnlich wie die der evangelischen Kirche jener Zeit, im Spannungsfeld von moralischer Verurteilung von Selbsttötungen auf der einen Seite und Frage nach einem eigenen Schuldanteil auf der anderen Seite des Spektrums. Weil sich die SED als moralische Instanz verstand und ihren moralischen Anspruch in den eigenen Reihen (bei den „kleinen“ Genossen an der Basis) mit besonderem Nachdruck durchzusetzen suchte, blieb es nicht aus, dass die Forderungen nach ehelicher Treue, absoluter Ehrlichkeit, aufopferungsvoller Arbeit, vorbildhaftem Leben, Verzicht auf Westfernsehen und Kontakte zu Westverwandten u. ä. in Einzelfällen Konflikte erzeugten, aus denen manche SED-Mitglieder dann keinen Ausweg mehr sahen.

### ***Da er den Genossen nicht mehr unter die Augen treten kann – Parteikarriere und Ehebruch***

Am Abend des 23. September 1968 entdeckte ein Volkspolizist eine männliche Person, die bewusstlos auf einer Fernverkehrsstraße im Bezirk Frankfurt/Oder lag.<sup>32</sup> Er zog den Mann von der Fahrbahn und veranlasste die Einlieferung in das zuständige Kreiskrankenhaus. Zuvor durchsuchte der Polizist noch die Kleidung des Bewusstlosen und fand zwar keinen Personalausweis, aber einen verschlossenen, an eine Frau adressierten Brief.

Die von der VP ermittelten Personalien ergaben, dass der Betreffende, im folgenden Gernot Petermann genannt, 42 Jahre alt war, zum zweiten Mal verheiratet, vier Kinder aus erster Ehe, und, was das wichtigste war, er war Parteifunktionär und seit kurzem politischer Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung. Nachdem die Volkspolizei der Bezirksleitung das mitgeteilt hatte, veranlasste diese, dass Genosse Petermann noch am selben Tag in das Bezirkskrankenhaus überführt wurde. Dort stellten die Ärzte fest, dass er 47 Schlaftabletten eingenommen hatte und sich inzwischen außer Le-

---

32 BStU, MfS, AS 34/70, Bl. 3–5; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1587, Bl. 1–3.

---

bensgefahr befand. Um das Motiv des Suizidversuches genauer zu klären, wurde die Abteilung IX der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder aktiv. Die MfS-Ermittler fanden heraus, dass sich die Lebenssituation des Genossen in relativ kurzer Zeit krisenhaft verschärft hatte. Gernot Petermann wurde im August 1968 *aufgrund guter Leistungen* als Lehrer an eine Sonderschule der SED berufen. – *Mitte September 1968 wurden der Schulleitung dieser Sonderschule Hinweise bekannt, daß [Petermann] ein intimes außereheliches Verhältnis haben sollte und es kam zu mehreren Aussprachen mit ihm, in denen er dieses ableugnete.*

Am Vormittag des 20. September jedoch, in einer erneuten Auseinandersetzung in der Parteigruppe, gab er das außereheliche Verhältnis zu. Gernot Petermann hatte seine Liebschaft bis dahin perfekt organisiert; nicht nur, dass er das Verhältnis lange verleugnete – seine jetzige Ehe, so berichtete das MfS, verlief *an sich harmonisch*, obwohl er seine Geliebte schon seit drei Jahren kannte. Die moralische Verwerflichkeit mochte in den Augen der SED-Funktionäre dadurch verschärft worden sein, dass es sich bei der Geliebten um eine *leichtlebige Person* handelte.

Die Genossen der Sonderschule kündigten daraufhin an, ein Parteiverfahren gegen ihn einzuleiten. Am Nachmittag des selben Tages reiste Petermann planmäßig zu einem Qualifizierungslehrgang nach Brandenburg. Bei der Abreise sagte ihm der Schulleiter, *daß er eventuell vorzeitig von diesem Lehrgang zurückgerufen und als Lehrer abgelöst werden muß.* Genau dieses leitete der Direktor danach umgehend in die Wege; am 23. September wurde Petermann *wegen seines parteischädigenden Verhaltens* mit sofortiger Wirkung von dem Lehrgang zurückgerufen. Nach seiner Rückkehr erfuhr er vom stellvertretenden Schulleiter, *daß gegen ihn ein Parteiverfahren durchgeführt und er als Lehrer der Sonderschule abgelöst wird.* Eine Stunde danach wurde Gernot Petermann bewusstlos aufgefunden.

Laut einem für Erich Honecker bestimmten MfS-Bericht vom 25. September hatte Petermann in seinem an die Ehefrau gerichteten Abschiedsbrief (der sich nicht in den MfS-Akten befindet) geschrieben, dass er *aus dem Leben scheiden will, da er ein Verhältnis mit einer anderen Frau hat und deshalb den Genossen nicht mehr unter die Augen treten kann.* Ein weiterer Bericht der Abteilung IX vom 27. September fasste den Abschiedsbrief so zusammen, dass Petermann es nicht ertragen konnte, *seine Frau dadurch zu verlieren und mit Schimpf und Schande von der Schule gejagt zu werden.*

Offensichtlich haben die Verfasser der Berichte je nach Adressat die Sachlage etwas anders nuanciert. Erschien es im ersten Bericht so, als

---

bekenne sich Petermann schuldig, so klangen im zweiten Bericht deutlicher die Vorwürfe an die Schulleitung und die eigene Partei durch.

Vor allem in den 1950er- und 1960er-Jahren trat die SED als kompromisslose moralische Instanz gegenüber Parteimitgliedern auf; in dieser Zeit galten z. B. Ehescheidungen noch verbreitet als Makel. In den 1970er-Jahren schien sich der Zwang zu moralischer Unfehlbarkeit etwas zu lockern. Dennoch gab es auch später noch Selbsttötungen von Parteifunktionären, nachdem die Betreffenden gegen die moralische Vorbildfunktion, die sie glaubten erfüllen zu müssen, verstoßen hatten.

### Ein Parteisekretär zwischen Überforderung und Scham

Am 17. Mai 1976 traf beim MfS die Information über die Selbsttötung eines hauptamtlichen Parteisekretärs eines Großbetriebes im Bezirk Magdeburg ein.<sup>33</sup> Das löste einen Soforteinsatz der Spezialkommission aus. Beim operativen Zusammenwirken mit der Kriminalpolizei war das MfS vor allem darum bemüht, dass der Fall kein Aufsehen erregte, denn am 18. Mai sollte in Berlin der IX. Parteitag der SED beginnen. Laut einer handschriftlichen Notiz verhinderte das MfS ein *offensives Vorgehen d. K. und leitet gedeckte Maßn. ein.*

Über alle bekannt gewordenen Einzelheiten wurde die MfS-Hauptabteilung IX sofort telefonisch informiert. Zunächst suchte man in der Biografie des Funktionärs nach Anhaltspunkten für ein Suizidmotiv. Der Mann war 1952 Volkspolizist geworden, hatte als GI (Geheimer Informator) mit dem MfS zusammen gearbeitet, bis er hauptamtlicher Parteisekretär wurde. Als SED-Funktionär trat er meist defensiv auf. *Er nahm sich alles zu Herzen und äußerte sich nicht zu seinen Problemen*, hieß es in einem Bericht. Statt dem „Klassenfeind“ offensiv entgegen zu treten, hinterließ der 46-Jährige einen deprimierten Eindruck, besonders in der letzten Zeit. Ein schweres Leberleiden mochte dazu beigetragen haben, aber genügte das als Motiv, sich das Leben zu nehmen?

Unmittelbar vor dem Tod fand eine Betriebsfeier statt, bei der kräftig getrunken wurde. Was bei dem Trinkgelage möglicherweise vorgefallen ist, bleibt unausgesprochen. In den Akten heißt es lediglich, der Parteisekretär hätte danach zu seiner Ehefrau gesagt, dass er sich schäme für sein Verhalten am Vortag. In dem Abschiedsbrief, den er vor seinem Suizid schrieb, hätte er ebenfalls zum Ausdruck gebracht, dass er sich schämen würde. *Es ist aber nicht eindeutig in welchem Zusammenhang er das ge-*

---

33 BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. IX, Nr. 1259, Bl. 120, 137, 147f.



---

meint hat, hieß es in einer Meldung an die MfS-Abteilung IX. Der Abschiedsbrief selbst befindet sich nicht in den Akten. In der Folgezeit konnte das MfS keine neuen Anhaltspunkte herausfinden. Lediglich eins schien nach den geführten Ermittlungen sicher zu sein, dass *die Selbst-Tötung des ... nicht im Zusammenhang mit dem IX. Parteitag der SED* stand.

### ***Ich bin ein Lump geblieben – Karriere mit gefälschter Biografie***

An einem Herbsttag des Jahres 1976 fuhr Walter Q., Direktor in einem Produktionsbetrieb, in einen kleinen Ort bei Berlin, setzte sich ans Seeufer und schluckte eine Überdosis Tabletten. Einen Tag später wurde seine Leiche gefunden. Die Ehefrau, die vier Tage später verhört wurde, sah sich außer Stande, eine unmittelbare Ursache für die Selbsttötung zu nennen. *Als einzigen Hinweis auf eine aktuelle Notlage ihres Mannes verwies sie auf eventuelle Probleme oder Belastungen in seinem Arbeitsgebiet, die ihr Mann ihr verschwiegen haben könnte*, hieß es im Protokoll.

Ein Teil der Biografie von Walter Q. liest sich wie eine Erfolgsgeschichte einer ehrgeizigen Führungskraft. Laut Lebenslauf wurde Q. im Jahr 1924 geboren. Nach Kriegsdienst und Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft stieg er zum Mitarbeiter in einem Ministerium der DDR auf. 1956 trat er in die SED ein, wurde leitender Mitarbeiter in einem Werk für Haushaltgeräte, promovierte, schrieb Fachbücher, reiste ins westliche Ausland, galt als international anerkannter Wissenschaftler und wurde mit dem Nationalpreis der DDR 1. Klasse ausgezeichnet.

Ein anderer Teil der Biografie gelangte erst nach und nach ans Licht. Walter Q. gehörte als junger Mann (von April 1941 bis Mai 1945) der Waffen-SS und für zwei Wochen auch dem SD an. Möglicherweise kam er in diesem Zusammenhang auch in den Besitz von falschen Papieren. Die erste Ehefrau von Q. schilderte ihn als einen Karrieristen, *der für gutes Geld bereit war über Leichen zu gehen*. Gleichzeitig hätte er *ständig unter seiner Vergangenheit gelitten, soll sich verfolgt gefühlt haben und war der Meinung, daß das Ministerium für Staatssicherheit mit verschiedensten Mitteln und Methoden bemüht war, ihm Kriegsverbrechen (Erschießungen) nachzuweisen*.<sup>34</sup>

Als seine erste Ehefrau ihm im Jahr 1956 damit drohte, seine SS-Zugehörigkeit bekannt zu machen, floh er nach Westberlin. Von dort holten ihn zwei SED-Funktionäre, unter Zusicherung von Straffreiheit, wieder in die DDR zurück. Er musste aus dem Ministerium ausscheiden, wurde dafür aber als Werkleiter eingesetzt.

34 BStU, MfS, AS 30/77, Bl. 44.

---

Die erste Ehe, aus der ein Sohn hervor ging, wurde geschieden. Kurz darauf heiratete Walter Q. erneut; diese Ehe blieb kinderlos. Auch jetzt spaltete sich sein Leben – in einen offiziellen und einen inoffiziellen Teil. Offiziell war er verheiratet und führte eine, wie seine Ehefrau gegenüber den Vernehmern angab, *harmonische* Ehe. Was sie nicht wusste: In einem Internatszimmer, von ihm „Studio B“ genannt, sowie einer weiteren Wohnung traf sich Q. mit zahlreichen anderen Frauen. Auch die Tatsache, dass er ein weiteres uneheliches Kind gezeugt hatte, blieb der Ehefrau unbekannt. Lediglich einmal kam es zu Auseinandersetzungen, in deren Folge Q. vorübergehend zu einer anderen Frau zog.

Walter Q. erscheint in den Akten des MfS als *betrogener Betrüger*. Das MfS nutzte seinen ausgeprägten Hang zum Fremdgehen aus, indem es eine Inoffizielle Mitarbeiterin zur gezielten Bearbeitung von Q. *einschleuste*. Bevor Walter Q. jedoch vom MfS *operativ bearbeitet* wurde, diente er selbst zwischen 1961 und 1968 als Inoffizieller Mitarbeiter, danach als GMS. Ab 1973 nahm ihn das MfS ins Visier, weil seine Spitzelberichte sich als *unehrlich* erwiesen: Er verschwieg *ausgedehnte Trinkgelage während seiner Reisen ins kapitalistische Ausland mit Vertretern kapitalistischer Firmen* und das *Erhalten von Post in Westdeutschland*. Da auch die Biografie von Q. zahlreiche zwielichtige Angaben enthielt, weckte das beim MfS den Verdacht, dass er *von einem Geheimdienst unter Ausnutzung der Kenntnis seiner faschistischen Vergangenheit angeworben wurde*. Hinzu kam, dass Q. auch fachlich mangelhaft arbeitete, Schäden verursachte und z. B. in einer westlichen Fachzeitschrift einen Artikel publizierte, dem man entnehmen konnte, dass bestimmte Export-Produkte der DDR minderwertig waren.

Mit konspirativen Mitteln sorgte das MfS dafür, dass Q. im Jahr 1975 beim Bewerbungsverfahren für eine Professur als *nicht geeignet* abgelehnt wurde, was für den ehrgeizigen Mann einen schweren Rückschlag bedeutete. Als Ende Januar 1976 ein Zulieferbetrieb jede Menge Ausschuss lieferte, war für ihn die Grenze des Erträglichen erreicht: Er versuchte, sich die Pulsadern aufzuschneiden – um die Schnittwunde dann aber gleich selbst wieder zu verbinden. Nach dem offiziell als *Nervenzusammenbruch* deklarierten Suizidversuch wurde Q. zum „Direktor für Sonderaufgaben“ herabgestuft und sollte ab Januar 1977 in einem Verlag als Lektor anfangen, mit deutlich weniger Gehalt und in einer untergeordneten Stellung. Seine Sekretärin sah darin die Ursache für die Verzweiflung ihres Chefs und gab *die fehlende berufliche Anerkennung während des letzten halben Jahres und das Fehlen der beruflichen Perspektive* als einziges vorstellbares Suizidmotiv an.

---

Anders als beim ersten Suizidversuch handelte es sich diesmal auch nicht um eine spontane Kurzschlusshandlung: Bereits fünf Tage vor seinem Suizid hatte Walter Q. in einem Abschiedsbrief an seine Ehefrau geschrieben: *Ich bin ein Lump geblieben. Weine mir keine Träne nach. Anders habe ich es nicht verdient. Mein Leben habe ich mir selbst verpfuscht. Dir edlen Menschen habe ich besonders weh getan. Es soll niemand mit mir mitgehen. Verscharrt mich wie einen Hund. So wie ich es verdient habe.*<sup>35</sup>

### **Gealtert, vereinsamt, entlassen – letzte Kampfesgrüße einer Parteiaktivistin**

Am 19. Juni 1984 wurde eine langjährige Mitarbeiterin des ZK der SED von ihrem Vorgesetzten davon in Kenntnis gesetzt, dass die Abteilung, in der sie bisher beschäftigt war, aufgelöst bzw. einer anderen Abteilung angegliedert werden sollte. Sie selbst sollte vorzeitig in Rente gehen; durch ihre VdN-Rente wäre sie materiell gut abgesichert. In welcher Form ihr das mitgeteilt wurde, geht aus den MfS-Akten nicht hervor; der stellvertretende Kaderleiter des ZK ließ jedoch (in einem Gespräch mit einem MfS-Mitarbeiter eine Woche später) keinen Zweifel daran, dass man sie loswerden wollte. Es war mehrfach zu Schwierigkeiten gekommen, da die Genossin *in ihrer Entwicklung ... stehengeblieben ist*. Zudem hätte man Hinweise darauf, dass sie *zum übermäßigen Alkoholgenuß neigt*. Am 21. Juni fand eine Aussprache statt, deren Resultat die sofortige Beurlaubung der Genossin war. Bis zum 27. Juni sollte eine endgültige Entscheidung gefällt werden.

Am 22. Juni saß die Genossin zu Hause, trank reichlich Alkohol und schrieb mehrere Briefe, die sich an die Partei und an ihre Söhne richteten.

*Nachdem ich konsequent, aber vergeblich, mir ... nahestehende Menschen zu erreichen versucht habe, spürte ich (obwohl ich bis heute für jedermann der „seelische Müllablageplatz“ und Ratgeber war) geworden war, daß ich gern allein bin und es nach meiner 29ger Tätigkeit niemanden gibt, dem mein Nichtvorhandensein weh tun würde, ist für mich Schluß, hieß es in einem Brief. Für mich am bittersten war, daß alle, die mich als Kommunist und Fachmann kannten, keinen Ton zu meiner Verteidigung fanden, stand in einem anderen Brief.*

Aus den zum Teil unvollständigen, bruchstückhaften Sätzen sprach vor allem eine abgrundtiefe Kränkung über die Abschiebung; gleichzeitig rang sie aber auch um ihr Idealbild der Partei und der Genossen. Die Maßnah-

<sup>35</sup> Ebd., Bl. 19.

---

*men könnten auch auf Mißverständnis beruhen*, räumte sie ein, und zur Tatsache, dass niemand für sie Partei ergriff, schrieb sie: *Das kleine Kollektiv der HA hatte zwar rein menschlich das Bedürfnis, dessen bin ich sicher, konnte aber seine Zukunft nicht aufs Spiel setzen.*

Ebenso wie von den Genossen fühlte sie sich auch von den eigenen Söhnen, die ihrem Beispiel nicht gefolgt und lediglich einfache Produktionsarbeiter geworden waren, unverstanden und im Stich gelassen. So verbrachte sie die letzten Stunden allein, grüßte das ferne Idol, den SED-Generalsekretär Erich Honecker, mit einem letzten, vertraulichen *Dir, lieber Erich, den ich nach wie vor achte u. verehere, wünsche ich, daß Du nicht hintergangen wirst*, und schrieb an die Söhne mit unverkennbarem Trotz: *Meine lieben Jungs! Ich habe ein erfülltes und interessantes Leben gehabt. ... Ihr wißt, daß ich mit meinem Leben zufrieden und in meinem Beruf glücklich war. Auch wenn es anders gekommen ist, die Partei und d. Kommunismus sind richtig und werden siegen*. Weiterhin riet sie den Söhnen in einem belehrenden Ton, die Rede ihres Vaters, die dieser vor Lenin gehalten hatte, zu lesen.

Indem die einsame Genossin ihr Ideal ein letztes Mal beschwor, fühlte sie sich auch ein letztes Mal verbunden mit ihren Eltern. Ihr Leben sah sie als Fortführung des Lebens ihres Vaters, eines führenden Funktionärs der Arbeiterbewegung. Ihr ganzes Leben wurde von der Partei bestimmt. Als dreijähriges Mädchen emigrierte sie nach Hitlers Machtergreifung gemeinsam mit ihren Eltern in die Sowjetunion, wo sie in die Schule ging und eine Elektrikerlehre absolvierte. Im Jahr 1955 kam sie mit ihrer Mutter in die DDR und nahm sofort eine Tätigkeit beim ZK der SED auf. Im Verlauf ihrer Tätigkeit reiste sie auch in das nichtsozialistische Ausland sowie zu den Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW).

Einer ihrer Abschiedsbriefe endete: *In der Überzeugung, daß unsere (meine) Sache (Sozialismus/Kommunismus die beste ist und immer menschlicher wird, verabschiede ich mich nach der Losung meines Vaters und meiner Mutter mit „Rot Front“.*

Am 26. Juni fand sie einen ihrer Söhne. Er kam, weil er mit ihr sprechen wollte, *da sie in den letzten Tagen ihm gegenüber arbeitsbedingte Probleme angedeutet hatte*. Zudem war sie bei seinem letzten Besuch am 22. Juni betrunken und hatte Selbsttötungsabsichten angedeutet. Nachdem sein Klingeln ohne Reaktion blieb, öffnete er die Tür mit dem Zweitschlüssel und sah seine Mutter mitten im Wohnzimmer hängen, ihr Kopf in einer Schlinge, einem Gürtel, der am Lampenhaken befestigt war. Die unverzüglich gerufene dringliche medizinische Hilfe konnte nur noch den Tod feststellen.

---

Auf dem Fernseher lag ein letzter, auf den 23. Juni datierter Zettel: *Am schlimmsten ist, daß es niemanden gab, der ein gutes Wort für mich gefunden hätte. Von Liebe und Achtung schon gar keine Rede (nicht einmal von den Söhnen).*

*P. S. Verdient habe ich es nicht.*<sup>36</sup>

#### 4. Suizide von MfS-Mitarbeitern

Der Umgang mit Todesfällen von MfS-Mitarbeitern wich von der in der DDR üblichen Praxis (Leichenschau eines Arztes, Spurensicherung und Zeugenbefragung durch Kriminalpolizei, Obduktion durch Gerichtsmedizin) insofern ab, als das MfS sofort nach Bekanntwerden der Selbsttötung eines Mitarbeiters die Untersuchung vollständig übernahm. Statt des ansonsten praktizierten operativen Zusammenwirkens mit der Kriminalpolizei führten die Spezialkommissionen (in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Kader und Schulung) die Ermittlungen inklusive der kriminaltechnischen Arbeit allein. Sie standen unter hohem Erfolgsdruck. Während im zivilen Bereich bei vielen Selbstmordfällen, in der Größenordnung von zehn bis zwanzig Prozent, das Motiv unklar blieb, galt für die Tätigkeit der Spezialkommissionen die Forderung: *Für jeden Suicid muß das Motiv ermittelt werden.* Dafür sollten Verbindungen, Freizeitbeschäftigungen, Lebensgewohnheiten, Lektüre und Fernsehprogramme eingehend geprüft werden. Auch den in Abschiedsbriefen angeführten Motiven sollte misstraut werden, denn der Mitarbeiter *kann ins Blickfeld des Gegners geraten sein.*<sup>37</sup>

Ganz ohne Kontrolle anderer Instanzen durfte aber auch das MfS die Untersuchungen nicht abschließen. So wie bei „normalen“ Selbstmordfällen nur eine staatsanwaltliche Abschlussverfügung die Ermittlungen der Kripo beenden konnte, war diese Aufsichtspflicht (in diesem Fall durch den Militärstaatsanwalt) auch für die Stasi vorgeschrieben, was dem MfS sichtlich unangenehm war. Trotz der unzweifelhaften Staatstreue des Militärstaatsanwalts zeigte sich das MfS auch gegenüber ihm bemüht, die Konspiration zu wahren, wovon interne Anweisungen zeugen wie *er ist kein Mitarbeiter oder nur Einblick in Probleme geben, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Todesfall stehen.*

Dem Militärstaatsanwalt oblag es zudem, über eine Obduktion der Leiche zu entscheiden. Die Leichenöffnung fand bevorzugt im Gerichtsmedizini-

---

36 BStU, MfS, HA IX, Nr. 806, Bl. 4–8, 18–25, 29.

37 BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. IX, Nr. 00225, Bl. 1.

---

schen Institut der Militärmedizinischen Akademie der NVA statt; bei Obduktion in einem anderen gerichtsmedizinischen Institut sollten *operativ zuverlässige Gerichtsmediziner*<sup>38</sup> eingesetzt werden.

#### Mord unter Legende

Am 2. September 1986 klingelte bei einer Dienststelle der MfS-Abteilung VI (Tourismus, Paß- und Kontrolleinheit) gegen 22.30 Uhr das Telefon. Ein Mitarbeiter, Dienstrang Hauptmann, teilte seinem Genossen mit, dass *er soeben seine Frau erschossen habe*. Er forderte den Kollegen auf, die Kinder aus der Wohnung zu holen. Dann verabschiedete er sich mit den Worten *Mach's gut* und legte auf.

Zwanzig Minuten später standen drei MfS-Mitarbeiter vor der Wohnungstür des Anrufers. Die Tür war zugeschnappt, aber nicht verschlossen. Nachdem sie die Tür mittels Werkzeug geöffnet hatten, bot sich ihnen ein grauenvolles Bild. Auf einer Doppelbettcouch lagen zwei Leichen, deren Köpfe jeweils mit einem Kopfkissen bedeckt waren. Beide starben, wie die Obduktion ergab, durch Kopfschuss.

*Für die Vorgesetzten, das Dienstkollektiv und andere nahestehenden Personen des ... kam eine derartige Handlungsweise völlig unerwartet und ohne jegliche Vorwarnung,* hieß es in der Untersuchungsakte. Der MfS-Hauptmann war gegen 21.50 Uhr, also eine knappe Stunde vor seiner Tat, auf der Arbeitsstelle erschienen, um die Nachtschicht anzutreten. Gewohnheitsgemäß wurde ihm zum Dienstantritt eine Dienstpistole, Typ „Makarow“ ausgehändigt. Kurz darauf gab er vor, noch einmal schnell nach Hause zu müssen; angeblich hätte er seinen Ausweis vergessen. Mit Hilfe dieser „Legende“ gelang es ihm, in den Besitz eines Tötungswerkzeugs zu kommen, um seine Frau und danach sich selbst zu erschießen. Seine Tat war keine Kurzschlusshandlung, sondern eiskalt geplant. Auf der Suche nach einem Motiv fanden die MfS-Mitarbeiter in der Wohnung vier Abschiedsbriefe, die an Eltern, Verwandte sowie an einen Genossen des MfS gerichtet waren. *Aus diesen geht übereinstimmend hervor, daß er sein Familienglück zerstört sah und für ihn das Leben keinen Sinn mehr hatte. Er brachte zum Ausdruck, daß er weder seine Frau noch das während ihrer Ehe angeschaffte materielle Eigentum einem anderen Mann überlassen werde.*<sup>39</sup>

Bis zum August 1986 war für den MfS-Hauptmann die Welt noch in Ordnung. Seine Arbeitskollegen erlebten ihn als unauffällig und freundlich,

---

38 BStU, MfS, HA IX, Nr. 9305, Bl. 24f.

39 BStU, MfS, HA IX, Nr. 12945, Bl. 18.

---

seine Ehe galt als glücklich, zumindest empfand er sie so. Das änderte sich schlagartig, als er im August 1986 einmal früher vom Dienst nach Hause kam und seine Ehefrau mit ihrem Geliebten überraschte. Dadurch kam heraus, dass das Verhältnis der beiden bereits ein Jahr bestand; sie hatten die Dienstschichten des Ehemannes für ihre Liebesnächte genutzt. Schon im Frühjahr 1986 hatte die Ehefrau den Entschluss gefasst, sich scheiden zu lassen, es aber immer wieder herausgezögert, mit ihrem Mann darüber zu sprechen. Erst nach der schockierenden Offenbarung machte sie ihm klar, dass er keine Chance mehr hätte und sie am 9. September die Scheidung einreichen würde. Daraufhin bemerkten Familienangehörige wie auch Mitarbeiter der Diensteinheit, dass der Ehemann sich *in einer depressiven Stimmungslage* befand. Trotzdem blieb er bis zum Schluss selbstbeherrscht und nach außen hin ungerührt. *Bei einer Familienzusammenkunft anlässlich der Schuleinführung seiner Tochter im Zeitraum vom 30. 8. bis 1. 9. 1986 war für keinen der zahlreich anwesenden nahen Verwandten erkennbar gewesen, daß sich ... in einem schweren psychischen Konflikt befand und zu diesem Zeitpunkt offenbar den Tatentschluß – wie aus den Abschiedsbriefen geschlußfolgert werden kann – bereits gefaßt hatte.*<sup>40</sup>

Sogenannte „erweiterte Selbstmorde“, bei denen die Täter einen anderen Menschen (zumeist gegen dessen Willen) mit in den Tod nehmen, waren kein Spezifikum des MfS. Die psychoanalytische Selbstmord-Deutung Sigmund Freuds geht sogar davon aus, dass jeder suizidalen Handlung ein Mordimpuls zugrunde liegt, der jedoch nach erfolgter Aggressionsumkehr gegen die eigene Person gerichtet wird. Ausgangspunkt für erweiterte Selbstmorde waren meist familiäre Konfliktsituationen; in dieser Hinsicht ist der geschilderte Fall für das MfS repräsentativ, Suizide von MfS-Mitarbeitern waren oft durch Scheidungs- und andere zwischenmenschliche Konfliktsituationen motiviert.

Wenn erweiterte Selbstmorde im Bereich von Polizei, Armee und Geheimdienst relativ häufig zu verzeichnen waren, so lag das weniger daran, dass in diesen Bereichen häufiger Mordimpulse erzeugt wurden, als vielmehr an der leichteren Verfügbarkeit einer Schusswaffe. Dass beim Wachpersonal Selbsttötungen besonders häufig auftraten, könnte darüber hinaus daran liegen, dass der Wachdienst teilweise auch einen Auffang-Job für an spruchsvolleren Aufgaben gescheiterte, gesundheitlich angeschlagene oder aus disziplinarischen Gründen gemäßregelte MfS-Mitarbeiter darstellte.

40 BStU, MfS, HA IX, Nr. 927, Bl. 1.

---

## Harte Landung – das Schicksal eines jungen Wachsoldaten des MfS

Am Nachmittag des 4. Februar 1988 erschoss sich ein Wachsoldat der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt. Die zwanzig Minuten später eintreffende Spezialkommission fand den Soldaten auf dem Wachturm in stabiler Seitenlage vor, seine Uniformbluse war aufgerissen – beides zeugte von vergeblichen Wiederbelebungsversuchen. Die Spezialisten stellten Suizid durch absoluten Nahschuss fest.

Bei den Nachforschungen zum Motiv stellte das MfS bald fest, dass zwischenmenschliche Konflikte, eine gescheiterte Liebesbeziehung, finanzielle oder gesundheitliche Probleme den Suizid nicht motiviert hatten; allem Anschein nach hatte der Dienst im MfS den Suizid ausgelöst.

Der Soldat, der erst ca. vier Monate im MfS eingesetzt war, stammte aus gesicherten sozialen und familiären Verhältnissen und hatte einen nahezu mustergültigen Lebenslauf. Die 10. Klasse schloss er mit „Auszeichnung“ ab, das Abitur mit „Sehr gut“. Bei seinen Mitmenschen hinterließ er den Eindruck eines ehrgeizigen Einzelgängers, der *in seinem Kontaktverhalten stets unpersönlich* blieb, dabei aber *im Vergleich zu Gleichaltrigen in Fragen menschlicher und politischer Reife um eine Entwicklungsstufe voraus* wirkte. In der POS war er FDJ-Sekretär der Schule, an der EOS stellvertretender FDJ-Sekretär. Dort stand er *wegen seiner vorbildlichen schulischen und gesellschaftlichen Leistungen stets an der Spitze und im Mittelpunkt des FDJ-Kreisverbandes*. Mehrere Medaillen und Urkunden sowie Auszeichnungsreisen honorierten das parteiliche und staatskonforme Verhalten. Bereits an der POS hatte er sich für eine Offizierslaufbahn in der NVA verpflichtet, mit der Hoffnung, Militärflieger zu werden. Dann wurde jedoch bei einer medizinischen Untersuchung festgestellt, dass er dafür nicht geeignet war. Daraufhin wollte der Jugendliche überhaupt nicht mehr Offizier werden und zog seine Verpflichtungserklärung zurück. Er blieb auch im Verlauf mehrerer Aussprachen dabei, und wollte nun ebenfalls nicht mehr, wie von ihm als Vorzeige-Jugendfunktionär erwartet wurde, Kandidat der SED werden.

Angesichts der Tatsache, dass der Traum vom Fliegen an der Gesundheitsprüfung zerschellt war, fand der junge Mann schließlich eine aus heutiger Sicht fragwürdige Alternative: Er verpflichtete sich im März 1987 als Berufssoldat des Staatssicherheitsdienstes. Dabei hatten ihm wohl, sind sich *Angehörige seines Dienstkollektivs* nach dem Suizid sicher, *übersteigerte Erwartungen für seine persönliche Karriere* vorgeschwebt. Nach seinem Dienstbeginn beim MfS sei es ihm, der es gewohnt war, im Mittelpunkt zu stehen, nicht gelungen, sich in die militärische Hierarchie einzu-

---

ordnen. Einerseits sei er zwar, wie schon an der Schule, vorbildlich und korrekt aufgetreten, und hatte auch gleich mit Eintritt in das MfS seine Bereitschaft zur Aufnahme als Kandidat der SED erklärt. Andererseits empfand er *die sich aus den verschiedenen Dienstgraden und Dienststellungen ergebenden unterschiedlichen Rechte und Pflichten als Ungerechtigkeiten*. Sein Einsatz als Wachposten ödete ihn an, was der Abschlussbericht des MfS so formulierte: *Der Wach- und Sicherungsdienst, dessen Bedeutung, auch die Notwendigkeit seiner exakten Durchführung, er mit Sicherheit politisch anerkannte, war für ihn persönlich, so muß eingeschätzt werden, unter seinem intellektuellen Niveau*. Er reagierte auf die permanente Unterforderung, die er als Demütigung empfand, mit depressiven Verhaltensweisen: *Vor-sich-hingrübeln* und *geistige Abwesenheit*.

In dieser Situation genügte ein an sich geringfügiger Anlass, um den Entschluss zum Suizid auszulösen. Während des Wachdienstes am 4. Februar schickte ihn der Postenführer in das Außenrevier, um dieses zu säubern. *Er genierte sich, insbesondere in Uniform mit Abfalleimer dieses Außenrevier aufzusuchen*. Möglicherweise hatte er Angst, einer seiner Bekannten könnte ihn in dieser – für ihn peinlichen – Situation sehen. Noch am selben Tag erschoss er sich auf dem Postenturm.

Einen Abschiedsbrief hinterließ er nicht. Im Abschlussbericht schätzte das MfS ein, dass der junge Mann seit seiner Einstellung im MfS in *zunehmenden Maße in eine Konfliktsituation geraten ist, da ihm die Erfüllung der aus seinem Dienstverhältnis erwachsenen Pflichten zuwider gewesen sei*. Da er jedoch, *ohne seine wahre Einstellung zu offenbaren, keine Möglichkeiten erkannte, aus dieser Konfliktsituation herauszukommen, löste dies bei ihm eine Kurzschlußreaktion aus, in deren Ergebnis er Selbstmord durch Erschießen beging*.

Damit wies das MfS die Schuld allein dem jungen Mann zu, sein *Dominanzstreben bzw. übersteigerte[s] Selbstwertstreben* hätte ihn in die Konfliktsituation manövriert. Mögliche eigene Schuldanteile des MfS kamen hingegen nicht einmal in Ansätzen zur Sprache.

### **Stärker auf die „seelischen“ Veränderungen achten – Suizidprophylaxe im MfS**

*Genossen! Analysiert man all die uns schadenzufügenden Vorkommnisse der Vergangenheit, drängt sich die Frage auf, was sind denn das für Genossen, was sind das für Tschekisten, wie haben wir denn mit ihnen mit*

---

*welchen Ergebnissen erzieherisch gearbeitet. Aus welchen Motiven und Lebensauffassungen erklären sich solche gesellschaftlichen Fehlverhaltensweisen*<sup>41</sup>, hieß es in einem Referat, das vermutlich der Chef der Bezirksverwaltung Leipzig im Jahr 1986 gehalten hat. Nachdem suizidale Handlungen von MfS-Mitarbeitern bis Mitte der 1980er Jahre kein Thema waren, „entdeckte“ das MfS nun das Problem der Suizide in den eigenen Reihen.

In der Bezirksverwaltung Leipzig begingen in den Jahren 1985/86 vier MfS-Offiziere Selbstmord, hinzu kamen zwei angedrohte und ein versuchter Suizid. Die daraufhin durchgeführten Untersuchungen förderten zu Tage, dass neben psychischer Erkrankung (ein Fall) und Eheprobleme (zwei Fälle) vor allem *Unzufriedenheit in der Arbeit, verbunden mit dem Gefühl des Alleinseins, den zum Teil fehlenden Verständnis, Ausbleiben der Hilfe und Unterstützung durch Dienstvorgesetzte, des Stellens hoher Forderungen ohne ausreichende politisch-ideologische Motivierung, fehlende Kollektivbeziehungen, mangelndes Vertrauen zu Dienstvorgesetzten und des „Belächelns“ und „Verhöhnens“ von charakterlichen Eigenarten suizidale Absichten*<sup>42</sup> gefördert hatten.

Angesichts dessen lautete die Forderung der Bezirksverwaltung: *Wir müssen viel stärker auf die „seelischen“ Veränderungen achten, hinter denen sich oftmals persönliche Sorgen, Probleme, eigene Krankheit oder Krankheitsfälle in der Familie, ja selbst Konflikte im dienstlichen Bereich verstecken können*.<sup>43</sup> Das hätte *nichts mit Schnüffelei, primitiver Neugierde oder Eindringen in die persönliche Intimsphäre der Mitarbeiter zu tun*.<sup>44</sup>

Vertrauensvolle Gespräche mit Kollegen sowie die in der Volkspolizei üblichen regelmäßigen Hausbesuche des Vorgesetzten könnten Konflikte ans Licht bringen, hieß es. Vor allem aber setzte das MfS auf die Erziehung der Mitarbeiter, um solche *gesellschaftsfremden Fehlverhaltensweisen* zu vermeiden: *Ein Mitarbeiter des MfS muß eine solche charakterliche moralische Haltung besitzen, muß eine solche tschekistische Persönlichkeit sein, daß er gegen alle Versuchungen gewappnet, daß er unbestechlich, unantastbar und damit unangreifbar ist*.<sup>45</sup>

41 BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung, Nr. 01329, Bl. 18.

42 Ebd., Bl. 8. Alle grammatikalischen Fehler im Original.

43 Ebd., Bl. 2.

44 Ebd., Bl. 3.

45 Ebd., Bl. 18.

---

Die Forderung nach Wachsamkeit *beim Erkennen und Feststellen solcher neurologisch-psychiatrischer Krankheitsbilder, insbesondere depressive Zustände, sinkender Lebensmut, Einbildung von Krankheiten usw.*<sup>46</sup> zeigte nicht nur den erweiterten Blickwinkel der MfS-Mitarbeiter im Hinblick auf seelische Vorgänge, sie deutete auch eine partielle Entschuldung der „Versager“ als Folge der Anwendung der Krankheitstheorie des Suizids an: *Wir müssen bei solchen Erscheinungsbildern immer davon ausgehen, daß es sich um kranke Menschen handelt, die in erster Linie in die fachärztliche medizinische Betreuung gehören. Alle dienstlichen und disziplinarischen Maßnahmen und Entscheidungen sind unter diesem Aspekt zu sehen.*<sup>47</sup>

*Die Suizidproblematik ist als ein menschliches Phänomen zu betrachten, forderte in gleicher Weise die am 11. März 1986 erlassene Anweisung Nr. 6/86 des Zentralen Medizinischen Dienstes des MfS. Es bedarf der vertrauensvollen Zusammenarbeit des erst- bzw. weiterbehandelnden Arztes mit dem Leiter der Diensteinheit und dem Leiter der Abteilung Kader bzw. Kader und Schulung ..., um die Suizidalität rechtzeitig zu erkennen und durch gemeinsames Handeln Suizidversuchen und Suiziden vorbeugend entgegenzuwirken.*<sup>48</sup>

Das Interesse des MfS an den seelischen Konflikten der Mitarbeiter war vor allem durch Sicherheitsbedenken motiviert: *Schwankende, labile und unzuverlässige Mitarbeiter stellen Unsicherheitsfaktoren dar und beeinflussen Gesamtstabilität und Zuverlässigkeit des Kaderbestandes.*<sup>49</sup> Das Hauptziel der Suizidprophylaxe im MfS bestand darin, *zu verhindern, daß durch solche labilen und anfälligen Mitarbeiter der Gegner bei uns eindringen kann.*<sup>50</sup>

Wie viele MfS-Mitarbeiter sich das Leben genommen haben, ist nur grob abzuschätzen. Interne Statistiken des MfS konnten bisher nicht aufgefunden werden. Über die Sachrecherche ist im Zeitraum 1985–1988 eine Zahl von bis zu zwölf Suiziden von MfS-Mitarbeitern pro Jahr ermittelbar, was (bei etwa 91.000 hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern) eine im DDR-Vergleich sehr niedrige Suizidziffer von etwa 13 ergeben würde. Diese Angabe ist jedoch eine Minimalschätzung.

46 Ebd., Bl. 7.

47 Ebd.

48 BStU, MfS, BdL / Dok., Nr. 008345, Bl. 1–3.

49 BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung, Nr. 01329, Bl. 1.

50 Ebd., Bl. 19.

---

### **Unberechtigtes Führen einer Dienstwaffe**

Hatte die Spezialkommission ihre Untersuchung des Todesfalls beendet, wurden die Ermittlungsergebnisse als Akte zusammengefügt, in einem Bericht zusammen gefasst und in einer Sonderablage der MfS-Hauptabteilung Kader und Schulung, dem sogenannten „Kaderorgan“, archiviert.

Nicht nur die vollendeten Suizide, sondern auch alle Suizidversuche wurden an das Kaderorgan gemeldet. Dort wurde dann über Maßregelungen, *kadermäßige Konsequenzen* bis hin zur Entlassung aus dem MfS entschieden.

Ein Beispiel: Mit Wirkung vom 9. Januar 1968 schied ein 21-jähriger Unterfeldwebel aus dem Wachregiment des MfS aus. Der Grund war ein Vorfall, der sich wenige Tage vor Weihnachten 1967 bei einem Bankett des Bataillons ereignete. Bei dem Bankett wurde der MfS-Wachsoldat damit konfrontiert, dass sich seine ehemalige Verlobte mit ihrem neuen Freund küsste. Gegen 22.30 Uhr holte er sich aus dem Panzerschrank eine Pistole, fuhr damit zur Wohnung der Verlobten und drohte ihr, als sie spät nachts vom Bankett kam, sich zu erschießen, falls sie nicht zu ihm zurück kommen würde. Der Frau gelang es, den Ex-Verlobten zu beruhigen, so dass er noch in der selben Nacht in die Dienststelle zurück fuhr und die Pistole wieder in den Panzerschrank legte.

Damit blieb die Sache beinahe folgenlos. Aber der Vater der Ex-Verlobten informierte die Dienststelle von dem Vorfall. Daraufhin wurde der Betreffende am 3. Januar aus dem Urlaub zurückbeordert. Bei der durch den Politstellvertreter der Wachkompanie geführten Untersuchung ergab sich, dass der MfS-Wachsoldat eine widersprüchliche Person war. In seiner Akte standen zwei Strafen wegen Trunkenheit bzw. Schädigung des Ansehens des Wachregiments in der Öffentlichkeit siebzehn Belobigungen gegenüber. Bereits vor dem Weihnachtsbankett wurden mit ihm Aussprachen geführt, weil er nicht nur seine Ex-Verlobte, sondern noch eine weitere junge Frau geschwängert hatte. Der neuerliche Vorfall, der als *unberechtigtes Führen einer Dienstwaffe mit der Äußerung einen Selbstmord zu begehen* eingestuft wurde, führte zur *Ablösung des ... von der Funktion des Hauptfeldwebels und Arretierung.*<sup>51</sup> Im Arrest verbrachte er nur wenige Tage, dann entließ ihn das MfS.

51 BStU, MfS, HA I, Nr. 13846, Bl. 202f.

## 5. Suizidversuche in MfS-Haftanstalten

Wie häufig Suizide bzw. Suizidversuche in den Stasi-Gefängnissen waren, ist nicht ermittelbar, da es nur eine bruchstückhafte Aktenüberlieferung und keine vollständigen Statistiken gibt. Im Februar 1985 beispielsweise stellte die für den Strafvollzug zuständige MfS-Hauptabteilung XIV fest, dass *die Versuche der Verhafteten, sich dem Strafverfahren durch Suizide zu entziehen bzw. anderweitig die Ermittlungshandlungen zu beeinträchtigen, eine zunehmende Tendenz aufweisen*.<sup>52</sup> In den letzten drei Monaten hätten sich drei Suizidversuche ereignet, die jedoch ebenso wie eine Vorbereitung zum Suizid verhindert wurden.

Die Suizidrate von Untersuchungshäftlingen ist auch in westlichen Demokratien sehr hoch, allein daher kann vermutet werden, dass sich in den Untersuchungshaftanstalten der MfS-Bezirksverwaltungen zahlreiche Suizidversuche ereignet haben. Andererseits war die Überwachung der Häftlinge durch das MfS sehr intensiv, am Tag „klickte“ der Spion, durch den die Wachleute die Zelleninsassen beobachteten, aller fünf bis zehn Minuten – nachts etwas seltener, dafür aber unter Einschaltung der Beleuchtung. Diese Bewachung wurde bei Suizidgefahr noch verschärft. Als beispielsweise ein Wachmann der UHA Leipzig entdeckte, dass ein Untersuchungshäftling versuchte, *mit den Fingernägeln die Blutadern am Handgelenk zu verletzen*, wurde die Zelle *durchgehend beleuchtet und verschärft kontrolliert*.<sup>53</sup>

Unter diesen Bedingungen konnten Suizidversuche nur selten „erfolgreich“ sein. Im Oktober 1965 berichtete die Hauptabteilung XIV der Bezirksverwaltung Leipzig: *In den letzten Jahren wurde durch die Wachsamkeit und Einsatzbereitschaft der Genossen jeder Selbstmord- und Ausbruchsvorversuch rechtzeitig erkannt und verhindert*.<sup>54</sup> Für die Verhinderung eines Suizidversuchs wurden den Bewachern Prämien von 100 bis 150 Mark gezahlt *für gute Wachsamkeit*.

Das rechtzeitige Einschreiten war oft auch deshalb möglich, weil dem MfS-Personal schon vorher bekannt war, dass sich der Häftling in einer verzweifelten Stimmung befand. Ein Beispiel: Das MfS beobachtete bei einem Verhafteten unmittelbar nach seiner Verurteilung *ein ausgeprägtes depressives Verhalten*, zudem wurde bei der Briefkontrolle festgestellt, dass er in einem Schreiben an seine ebenfalls verhaftete Ehefrau Suizidab-

52 BStU, MfS, BV Halle, Abt. XIV, Nr. 1334, Bl. 109.

53 BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XIV, Nr. 00180/01, Bl. 113.

54 BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XIV, Nr. 00006/01, Bl. 24.

sichten äußerte. *Auf der Grundlage dieser Information wurden für den ... verstärkte Kontrollmaßnahmen festgelegt. In der Zeit zwischen 22.30 Uhr und 22.37 Uhr unternahm der Verhaftete den Versuch, sich mit seiner Trainingshose an der Heizung zu strangulieren. Durch das sofortige taktisch richtige Handeln des Sicherungs- und Kontrollpostens gelang es, den Suizidversuch zu unterbinden. Die eingeleiteten Maßnahmen der Ersten Hilfe führten zum Erfolg*.<sup>55</sup>

Angesichts der geglückten Verhinderung des Suizids forderte das MfS, *die Sicherungs- und Kontrollposten sowie andere Angehörige der Dienst Einheit mit den für ihre vorbeugende Sicherungs- und Kontrolltätigkeit notwendigen Informationen über sicherheitsrelevante Verhaltensweisen von Verhafteten auszurüsten*.<sup>56</sup> In der Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder wurde bereits in den 1960er-Jahren umfangreiches Anschauungsmaterial erarbeitet, um Selbstmorde zu verhindern. Als geeignete Mittel wurden Zellenkontrolle und Durchsuchung angeführt; eine psychologische Betreuung zog man nicht in Betracht.

Die Dienstanweisung für die Haftanstalt der Staatssicherheit in Leipzig aus dem Jahr 1958 verlangte von den Bewachern, den inhaftierten „Klassenfeinden“ keinerlei Mitleid entgegen zu bringen. Die Gefangenen waren korrekt zu behandeln, aber das Verhältnis zu ihnen sollte sein *wie das zu einem Gegenstand, der zwar gepflegt werden muß, aber außerordentlich gefährlich ist*.<sup>57</sup> Diese Art der Behandlung setzte sich bis in die Vorkommnis-Berichte fort, in denen nie auf das Motiv der Verzweiflungstat eingegangen und statt dessen nur der äußere Ablauf des Suizidversuches geschildert wurde.

Suizidversuche galten als Verstöße gegen die Haftdisziplin. *Es ist untersagt, sich körperliche Selbstbeschädigungen zuzufügen*, legte die Hausordnung für Untersuchungshäftlinge der MfS-Haftanstalt in Erfurt fest. Ein Verstoß gegen diese Festlegung der Hausordnung führte zum Anlegen einer *Fesselungsjacke*<sup>58</sup> oder von Handschellen. Gerettete Suizidanten bekamen oft eine Injektion des Beruhigungsmittels *Faustan*; das war in der hauptsächlich medikamentös orientierten Medizin der DDR eine weit verbreitete Behandlungsmethode. Insgesamt unterschied sich der Umgang

55 BStU, MfS, BV Halle, Abt. XIV, Nr. 1334, Bl. 67.

56 Ebd., Bl. 110.

57 BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XIV, Nr. 00030.

58 Andrea Herz / Wolfgang Fiege, Untersuchungshaft und Strafverfolgung beim Staatssicherheitsdienst Erfurt/Thüringen. I. Die MfS-Haftanstalt Andreasstraße 37 (1952/54–1989), Erfurt 2000, S. 40.



---

mit Suizidversuchen im Machtbereich des MfS von dem bei der Volkspolizei nur graduell; wichtigster Unterschied war die intensivere Bewachung.

Da sich die Untersuchungshaft unter konspirativen Bedingungen vollzog, gab es keine vom MfS unabhängige Instanz, an die sich der Inhaftierte wenden konnte. Um eine Verbindungsaufnahme zur Außenwelt zu verhindern, befanden sich die Betroffenen oft in Isolierhaft; der einzige Gesprächspartner war in dieser Situation der Vernehmer.

Zusätzlich setzte das MfS Inoffizielle Mitarbeiter in den Zellen ein. Die IM erfüllten einerseits die Aufgabe, die suizidale Stimmung abzufangen und im Ernstfall einen Suizid zu verhindern; gleichzeitig nutzte das MfS die verzweifelte Lage von Gefangenen aus, um sie mittels der IM auszuhorchen bzw. selbst zur Spitzeltätigkeit zu drängen.

Bereits veröffentlicht ist der Fall eines 17-jährigen Lehrlings aus Halle, der nach einer couragierten Unterschriftensammlung gegen die Biermann-Ausbürgerung inhaftiert und zur inoffiziellen Mitarbeit gezwungen wurde.<sup>59</sup> Erst durch einen Suizidversuch gelang es ihm, die für ihn unerträgliche Situation zu beenden und, gemeinsam mit einer Pastorin, eine Lösung zu finden.

Oft waren solche Suizidversuche kein eindeutiges Hinstreben zum Tod, sondern ein Hilfeschrei, eine Verzweiflungstat, die auch die Hoffnung auf Rettung und auf Besserung der unerträglichen Situation mit einschloss.

Durch die totale Kontrolle wurde der Suizidversuch in der MfS-Untersuchungshaft, statt das entwürdigende System von Desorientierung, Isolierung und permanenter Überwachung zu durchbrechen, selbst Teil der Ausweglosigkeit; der verhinderte Versuch einer Flucht in den Tod verschärfte oft noch die Ohnmachtserfahrung des Inhaftierten. Wie weit die Demonstration der totalen Kontrolle durch MfS-Mitarbeiter in Einzelfällen gehen konnte, hat Jürgen Fuchs beschrieben. Offenbar gehörte auch das absichtsvolle *Hinterlegen von Glas, um „Suizid zu testen“*, zu den praktizierten Demütigungen in MfS-Haftanstalten.<sup>60</sup>

Dass Suizidversuche vom MfS als Machtproben angesehen wurden, brachte die Diplomarbeit des Hauptmanns der BV Magdeburg, Erich Lange, im Jahr 1973 deutlich zum Ausdruck: *Es sind Feinde der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Personenkreis handelt bewußt aus innerer Überzeugung heraus gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat und*

59 Vgl. Edda Ahrberg, „Mit gestutzten Flügeln“. Jugend in der DDR, Magdeburg 1996, S. 139–160 sowie Udo Grashoff, Erhöhter Vorkommnisanfall, Halle 2001, S. 9–13.

60 Klaus Behnke / Jürgen Fuchs [Hg.], Zersetzung der Seele, Hamburg 1995, S. 75.

---

*den Sozialismus. Diese Inhaftierten verkörpern die bürgerliche Ideologie und versuchen auch in der Haft, durch ihr Verhalten dem imperialistischen System nützlich zu sein.*

*Daraus resultiert die hohe Verantwortung der Angehörigen des Wach- und Sicherungsdienstes in den Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit für die Durchsetzung des sozialistischen Rechts gegenüber den Inhaftierten im Untersuchungshaftvollzug. Es darf keinem der Inhaftierten gelingen, sich durch geeignete Mittel und Methoden dem Strafverfahren und der gerechten Bestrafung zu entziehen.*<sup>61</sup>

*Und wenn sich ein Verbrecher, ein verkommenes Subjekt deshalb etwas antut, weil er merkt, daß wir ihn erkannt haben und mit aller Konsequenz gegen ihn vorgehen, gab Generaloberst Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, den Tschekisten mit auf den Weg, dann ist das tausendmal besser, als wenn es ihm gelingt, seine verbrecherischen Absichten zu verwirklichen oder uns weiter anderen schweren Schaden zuzufügen.*<sup>62</sup> Dieses Zitat, gesprochen auf der Dienstkonferenz am 24. Mai 1979, und dann in schriftlicher Form in allen Diensteinheiten des MfS verbreitet, um unverzüglich und gewissenhaft alle notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, bedarf keiner Kommentierung.

### Ein aufrechter Mensch, der langsam zerbricht

Das Schicksal von Reinhard L., das mit mutigem oppositionellem Engagement begann und nach MfS-Haft, Nervenlinik und Ausreiseantrag mit dem Sprung vor eine S-Bahn endete, soll im Folgenden exemplarisch für die oft schwer zu analysierende Verquickung von Inhaftierung, MfS-Verhören, Psychiatrisierung und allgemein-menschlichen Lebensproblemen skizziert werden.

Der studierte Ingenieur, Jahrgang 1946, lebte Mitte der 1970er-Jahre in der DDR-Hauptstadt Berlin. Private Fotos zeigen einen sportlichen, lebenslustigen Mann, dessen Hobby der Tauchsport ist. Mitte der 1970er-Jahre trug er einen Vollbart, blickte ernst in die Kamera. Von seinen damaligen Bekannten wird er als stiller, eher verschlossener Mensch geschildert, der in den oppositionellen Kreisen, in denen er sich engagierte,

61 Erich Lange, Psychologische Probleme des politisch-operativen Wach- und Sicherungsdienstes der Abteilung XIV unter Berücksichtigung des Verhaltens der Untersuchungshäftlinge, Diplomarbeit Potsdam 1973. BStU, MfS, JHS, MF VVS 160-254/74, Bl. 10.

62 BStU, MfS, BdL/Dok. Nr. 006828, Bl. 91.

---

weniger als Ideengeber denn als hilfsbereiter, solidarischer Mitstreiter in Erscheinung trat. Neben seiner beruflichen Tätigkeit arbeitete er in verschiedenen alternativen Kulturprojekten mit. So engagierte er sich im Publikumsbeirat des „Eintopp“, einer alternativen Veranstaltungsreihe im Haus der jungen Talente in Berlin, die von der Liedermacherin Bettina Wegner organisiert wurde. Der Publikumsbeirat war gegründet worden, um dem ständigen Verbotsdruck etwas entgegen zu setzen. Reinhard L. hatte eine angenehme Stimme, er wirkte vertrauenswürdig und moderat, vor allem deshalb wurde er Sprecher des Beirats. Die Veranstaltungsreihe, die zunächst in einem Jugendklub als „Kramladen“ weitergeführt werden konnte, wurde im Sommer 1976 (unter dem Vorwand, der Klub sei baufällig) verboten. Bei Treffen in Privatwohnungen beratschlagten einige Unterstützer der Veranstaltungen (unter ihnen Reinhard L.), was man tun könnte, um das endgültige Aus noch abzuwenden.

In diese Zeit fiel die öffentliche Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz in Zeitz, dessen politischer Protest im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ als Tat eines Geistesgestörten diffamiert wurde. Bei einer Zusammenkunft beschlossen die jungen Leute, einen Protestbrief an Erich Honecker zu schreiben. Die Idee und der Text stammten von Rupert S.; Reinhard L. stellte seine Adresse als Absender zur Verfügung. Etwa dreißig Unterschriften kamen zusammen für den Brief, aber das MfS verhinderte die Übergabe an Erich Honecker und verhaftete am 14. September 1976 drei Unterzeichner des Briefes.

Für Rupert S. ist die Auswahl der Verhafteten bis heute unerklärlich.<sup>63</sup> Er selbst wurde im Folgenden wegen staatsfeindlicher Hetze zu vier Jahren Haft verurteilt, wobei der Brief selbst keine Rolle spielte. (Offenbar lieferte er nur einen Vorwand, um Rupert S. zu verhaften und wegen seiner zahlreichen oppositionellen Aktivitäten verurteilen zu können.) Rupert S. hatte zu dieser Zeit einen kleinen Kreis von Oppositionellen um sich geschart, die zielgerichtet gegen die DDR agieren wollten. Insofern erschien ihm seine eigene Verhaftung plausibel. Weniger klar war das bei dem zweiten Verhafteten, und ganz unklar bei Reinhard L., den Mitglieder des oppositionellen Kreises übereinstimmend als „Randfigur“ beschreiben. Das hatte auch damit zu tun, dass die polit-ökonomisch orientierten Hauptakteure der Gruppe die Positionen von Reinhard L., der sich vor allem für ökologische Fragen interessierte, als nebensächlich betrachteten. Andererseits interessierte sich Reinhard auch weniger für die revolutionären Ideen des „harten Kerns“; von den konspirativen Absprachen erfuhr er so gut wie nichts.

---

63 Brief von Rupert S. an den Autor vom 10. 3. 2001.

---

Monika P., eine Angehörige des „harten Kerns“, wurde im Widerspruch zu ihrer wichtigen Position in der Gruppe am 14. September nicht verhaftet. Sie war durch die scheinbar willkürlichen Verhaftungen „erschüttert“, sah darin eine versteckte Botschaft des MfS, dass es letztlich jeden treffen könnte.<sup>64</sup> Nach der Wohnungsdurchsuchung bei Rupert S. wurde auch sie vom MfS geholt, verhört, freigelassen, von der Straße weg wieder verhaftet, wieder verhört usw. Sie wurde mit Strafdrohungen unter Druck gesetzt, sollte Namen verraten, was sie nicht tat. Um standhaft bleiben zu können, hatte sie sich die Strategie zurecht gelegt, in den Verhören zu reden – aber nur über Dinge, von denen sie wusste, dass sie belanglos waren.

Anders Reinhard L. Er schwieg. Wochenlang holten ihn die MfS-Vernehmer nahezu täglich zum Verhör, konfrontierten ihn mit immer genaueren Details und Vorwürfen, aber er blieb in seiner Aussageverweigerung unerschütterlich. Ein MfS-Offizier berichtete Monika P. davon, dass Reinhard L. überhaupt keine Aussagen gemacht hatte, und kommentierte das mit dem zynischen Spruch: „Wer sich nicht biegt, der bricht.“ Genau das geschah, im Dezember 1976 versuchte Reinhard L., sich in der MfS-Untersuchungshaft das Leben zu nehmen. In den Wochen danach wurde er im Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf medizinisch behandelt.

Unterdessen wurde, im Februar 1977, der „Brief junger Marxisten an Erich Honecker“ auch in der Bundesrepublik bekannt: *Das „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“ – zu dessen Gründungsmitgliedern auch Heinrich Böll und Heinrich Albertz gehören, hat am Freitag gemeldet, daß es demnächst in der DDR zu Prozessen gegen drei der Briefschreiber – Rainer L ..., Rudi ... und Ruprecht ... – kommen wird, die seit September in Untersuchungshaft sind.*<sup>65</sup>

Während die beiden Mitverhafteten zu Haftstrafen verurteilt und nach Verbüßung eines Teils der Haftzeit in die Bundesrepublik entlassen wurden, fand gegen Reinhard L. kein Prozess statt. Dafür wurde er am 27. April 1977 in die psychiatrische Klinik in Uchtspringe eingewiesen. Claudia W., eine damalige Freundin von Reinhard L., erkundigte sich bei einem (inzwischen verstorbenen) Therapeuten der Nervenklinik Uchtspringe, und dieser teilte ihr mit, dass die ärztliche Diagnose „Schizophrenie“ gelautet hatte.<sup>66</sup>

Ehemalige Freunde von Reinhard betonten demgegenüber, dass er, zumindest vor seiner Verhaftung, nicht psychisch krank war. Monika P., aus-

---

64 Brief von Monika P. an den Autor vom 12. 5. 2001.

65 Gerhard Horstmeier im Sender Freies Berlin, 22. Februar 1977.

66 Protokoll des Telefonats mit Claudia W. mit dem Autor am 16. 5. 2001.

---

gebildete Psychologin, ist sich sicher, dass sie bei Reinhard L. *keine Zeichen von Paranoia, Wahnideen, Störungen der Wahrnehmungs- und Gedächtnisfunktion bzw. Anzeichen von Suizidalität an ihm wahrgenommen* hat. Rupert S. ist zwar aufgefallen, dass Reinhard L. *an psychischen Problemen litt*; allerdings sind psychische Probleme noch keine Schizophrenie.

Damit kann angenommen werden, dass die psychische Krankheit in der MfS-Untersuchungshaft ausgebrochen ist. Ein amtlicher Briefwechsel, den die Schwester von Reinhard L. zur Verfügung stellte, zeigt jedoch, dass die Diagnose „Schizophrenie“ allein vom Psychiater des Haftkrankenhauses vertreten und von Fachkollegen angezweifelt wurde. Am Ende einer Kontroverse der Psychiater Rogge (Haftkrankenhaus) und Ochernal stand die Entlassung von Reinhard L. aus Uchtspringe. Ein Schreiben der Klinik stellte am 21. Juni 1977 unmissverständlich fest: *Herr L. ist in jeder Hinsicht psychisch gesund.*

Handelte es sich demnach bei der Einweisung von Reinhard L. um einen Fall von Psychiatriemissbrauch? Schon rein formal war die Einweisung nicht korrekt, sie geschah allein auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens des Haftkrankenhauses, ohne vorherige Konsultation mit dem Fachkrankenhaus Uchtspringe (die gesetzlich vorgeschrieben war). Zu bemerken ist allerdings, dass dieser Verfahrensfehler von den beteiligten Ärzten selbst zur Sprache gebracht wurde und letztlich zur Entlassung des Patienten führte.

Die Diagnose des Psychiaters des Haftkrankenhauses, wenngleich fachlich zweifelhaft, entfaltete dennoch in der Folgezeit unheilvolle Wirkungen. Der Generalstaatsanwalt hatte dem Betrieb, in dem L. beschäftigt war, bereits im Frühjahr 1977 mitgeteilt, das Verfahren sei wegen Unzurechnungsfähigkeit niedergeschlagen worden. (Tatsächlich erfolgte die Einstellung des Ermittlungsverfahrens, weil Reinhard L. sich *keiner Straftat im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen der DDR schuldig gemacht*<sup>67</sup> hatte.) Die wahrscheinlich in der Kaderakte vermerkte Fehlinformation führte dazu, dass Reinhard L. keine seiner Qualifikation entsprechende Arbeitsstelle fand. Im Juli 1977 nahm er notgedrungen eine Stelle als Dreher in einem Berliner VEB an, nebenbei begann er zu fotografieren. Zwei Jahre später kündigte er und versuchte, sich als Fotograf selbstständig zu machen. Eines seiner Fotos schaffte es auf die Titelseite des Kirchenblattes „Frohe Botschaft“, aber seinen Lebensunterhalt konnte er vom Fotografieren nicht bestreiten. Deshalb begann er, als Filmvorführer zu arbeiten.

---

67 Schreiben des Rechtsanwalts Günter Krüger vom 23. 05. 1977, im Besitz der Schwester von R. L.

---

Während sein Leben somit oberflächlich wieder in geordneten Bahnen verlief (er fand in dieser Zeit auch eine neue Lebenspartnerin), war es doch von einem schmerzhaften Bruch überschattet, einem radikalen Bruch mit den ehemaligen Freunden und Mitstreitern. Demonstrativ ging er ihnen aus dem Weg, witterte überall Verrat. Wenn einstige Freunde an der Wohnungstür klingelten, öffnete er nicht. Seiner Bekannten Claudia W. sagte er: *Ich will nichts mehr mit dir zu tun haben, auch du hast mich bei der Stasi verraten.* Davon war er überzeugt, niemand konnte ihn vom Gegenteil überzeugen. (Und teilweise war seine Handlungsweise sogar berechtigt; unter anderen wies er eine ehemalige Freundin, von der er nicht wusste, dass sie sich als IM verpflichtet und die Gruppe verraten hatte, mit dem Hinweis ab, er lege keinen Wert auf weiteren Kontakt.)

Sein Verdacht gegenüber Claudia W. hingegen beruhte auf einem konkreten Erlebnis in der MfS-Haft. Die Vernehmer hatten ihn mit Aussagen aus einem Gespräch konfrontiert, das er mit ihr in einer Privatwohnung geführt hatte. Neben Claudia W. war nur noch deren Schwester im Raum gewesen. Das MfS hielt Reinhard L. vertrauliche Details vor, woraufhin er annahm, dass er von der Freundin an die Stasi verraten wurde (deren Schwester verdächtigte er nicht, sie hielt er – zu Recht – für integer).

Erst später wurde klar, dass er Claudia W. auf Grund eines tragischen Irrtums verdächtigt hatte: Das vertrauliche Gespräch, das die MfS-Vernehmer Reinhard L. vorgehalten hatten, wurde von dem Mieter der darüber liegenden Wohnung im Auftrag des MfS abgehört.

Auch von dem ebenfalls inhaftierten Rupert S. fühlte sich Reinhard verraten. Rupert S. hatte im Herbst 1976 über einen Zellen-IM erfahren, dass es Reinhard L. sehr schlecht ging und er nicht mehr sprach. Der Zellen-IM bewirkte, dass Rupert S. eine Art Aussagegenehmigung verfasste, um Reinhard, der ohnehin nur wenig über die umstürzlerischen Pläne wusste, von der möglicherweise selbst auferlegten Schweigetaktik zu entlasten. Der gut gemeinte Versuch scheiterte; wenig später versuchte Reinhard, sich das Leben zu nehmen.

So blieb als Langzeitwirkung der Verhaftung vor allem das zerbrochene Vertrauen in die Mitmenschen, der Verlust des großen und vitalen Freundeskreises. In dieser Situation sah Reinhard L. nur noch eine Möglichkeit, seine Lebensziele zu verwirklichen: Im Juli 1980 stellte er sich mit einem Schild an die Autobahn, das die Aufschrift „Hamburg“ trug. Wegen dieses politischen „Vorkommnisses“ wurde er erneut inhaftiert. Eine Tante, die in der Bundesrepublik wohnte, wandte sich an den Bundeskanzler und bat um Hilfe. Auch das Brüsewitz-Zentrum und Rechtsanwalt Vogel wurden in den Fall eingeschaltet und bewirkten, dass Reinhard L. im Oktober 1980 nach Hamburg übersiedeln konnte.

29

BSU  
000032

Hat des Stadtbezirks Berlin-  
Abt. Inneres

Berlin, den 26.3.1980

Betr.: Antrag auf Ausreise aus der DDR

Diesen Antrag zu stellen fällt mir schwer und leicht zugleich, - schwer, weil ich damit in Kauf nehmen müßte, Freunde und Verwandte auf abschbare Zeit oder niemals wiedersusehen, - leicht, weil ich das Unrecht meiner Inhaftierung und deren Folgen nicht mehr verdränge und unter diesen Umständen nicht länger unangepaßt und deformiert in diesem Lande leben kann, weil ich wieder ich selbst sein will und einen schöpferischen beruflichen Neubeginn mit der Fotografie erreichen möchte.

Ich wurde in diesem Land vor 33 Jahren geboren, wuchs hier auf, lernte, studierte und arbeitete hier und ging in der Freizeit überwiegend Interessen in Gemeinschaften nach (zuerst bei den jungen Naturforschern, später auch beim Segelfliegen, Fischen und Rettungsschwimmen). Als Ausgleich zur unbefriedigenden beruflichen Tätigkeit der ersten 1 1/2 Jahre in Berlin begann ich 1973 im Jugendklub monatlich einmal Trick- und Dokumentarfilme vorzustellen und Leute vom Film zu anschließenden Diskussionen einzuladen. Anfang 1975 wurde der Jugendklub von staatlichen Stellen geschlossen. Dann engagierte ich mich zunehmend für die Veranstaltungsreihen

und die - aber 1975/76 abgesetzt wurden.

Zeitlich parallel "verbesserte" sich meine Wohnungssituation in Berlin: von einer möblierten Einsimmerwohnung - die ich zusammen mit einem Kollegen bewohnte, über ein möbliertes Kellerrzimmer - (der Versuch, eine über Monate hinweg leerstehende Wohnung in

BSU  
000032

30

der herzurichten, scheiterte an der Auflage der KfV, die Wohnung wegen geplanten Abriß des Hauses zu räumen) - und eine auszubauende Küche bis zu einer Ausbaueinraumwohnung in der (Hinterhaus mit Außentoilette), die ich 1974 bezog und bis heute bewohne. (- ab Januar 1979 war das Hinterhaus für mehrere Monate ohne Wasser bei verstopfter Abwasserleitung; die eingefrorenen zwei Treppenhauseklosetts wurden durch vier - uneingekaut nebeneinanderstehende - Toilettenbecken in einer leerstehenden Wohnung ersetzt.)

Zwischen 1971 und 1976 wechselte ich zweimal die Arbeitsstelle. Die subjektiven Gründe für diese relativ häufigen Arbeitsplatwechsel sind tiefer verwurzelt. Meine schulische und berufliche Entwicklung verlief "normal" in dem Sinne, daß mich zu keinem Zeitpunkt ein Schulfach, eine Idee oder eine Denkhaltung derart begeisterte, daß ein nachhaltiger Impuls, eine Motivation für meine berufliche oder persönliche Entwicklung bestimmend wurde. Diese alltägliche Orientierungslosigkeit bei gleichzeitigen Desinteresse an Karrierismus und materiellem Wohlstand brachte ein mehr oder weniger stark ausgeprägtes berufliches Desinteresse mit sich. Die konkreten innerbetrieblichen bzw. gesellschaftlichen Verhältnisse wirkten meist eher beschleunigend auf meine Suche nach einer befriedigenden Arbeit.

Während meiner Tätigkeit als Projektant wurde ein Neuererorschlag mit vielfältigem Nutzen (gleitende Arbeitszeit) bereits durch die Verweigerung der Annahme im BfV wertlos. Eingaben zu alltäglichen Mißständen ergaben nicht die geringste positive Resonanz.

Diese Notizen sollen als Vorgeschichte bis zu meiner Inhaftierung genügen.

Im September 1976 beteiligte ich mich an einer Unterschriftensammlung, die sich gegen die Form der Berichterstattung in den Zeitungen zur Selbstverbrennung von Pfarrer Bräsewitz wandte.

Auf dem Weg zur Arbeit wurde ich am 16. September 76 um 7 Uhr früh im Hausflur des Vorderhauses von drei kräftigen Herrn in Zivil gestellt, zur "Klärung eines Sachverhaltes" in einen PKW gesetzt und zur Magdalenenstraße gefahren. Meines

Brachtens konnte es sich bei diesem "Sachverhalt" nur um meine Beteiligung an der o.g. Unterschriftensammlung handeln, die ich als eine durchaus rechtmäßige Meinungsbekundung betrachte, so daß ich - da mir bei der ersten Vernehmung keinerlei andere Erklärungen zu dem "zu klärenden Sachverhalt" gegeben wurden - von Anfang an die Aussage verweigerte. Gleichzeitig wurde eine Durchsuchung meiner Wohnung vorgenommen, dabei wurden offensichtlich verschiedene Unterlagen und meine Uralschreibmaschine konfisziert. Nach der ersten Haftnacht teilte mir der Hafttrichter offiziell mit, daß ich wegen "staatsfeindlicher Hetze" (§ 106 StGB) in Untersuchungshaft genommen werde.

Während der Untersuchungshaft im Berlin-Hohenschönhausen lernte ich völlig entmenschte, zynische Menschen kennen, durfte über einen längeren Zeitraum nicht einmal meinem Eltern schreiben, erhielt u.a. ein zu kurzes Bett, keine Liegeerlaubnis, keine Leseerlaubnis, keine Einkaufserlaubnis, nicht an jedem Tag "Freistunde" (ca. 15 - 20 Minuten, bei Regen länger), kam eine Woche in Einzelhaft, wurde dann mit einem Häftling auf eine Zelle gelegt, der mir Selbstmordabsichten zu suggerieren suchte. Inzwischen wurde ich nur noch selten verhört. Für Ende November wurde mir der Besuch der Eltern angekündigt, allerdings in einer Art und Weise, daß ich außer Richtigkeit dieser Ankündigung zweifeln mußte. Die durch all diese Umstände eingetretene extreme Situation bewirkte schließlich, daß ich in den letzten Novembertagen 1976 in den Hungerstreik trat und am 1. Dezember 76 einen Selbstmordversuch verübte, obwohl am Vortag der Besuch meiner Eltern stattgefunden hatte, der aber in Anbetracht der eingeschränkten Sprecherlaubnis keine Entlastung für mich bedeutete.

Aufgrund des Selbstmordversuches wurde ich Anfang Dezember 76 in einem Barkas vom Hohenschönhausen in das Haftkrankenhaus Leipzig transportiert. Auch dort wurde massiver Druck auf mich ausgeübt. Der für Anfang Januar 77 zugesagte zweite Besuchstag für die Eltern kam unkommentiert nicht zustande. Daraufhin machte ich Häftlinge und Haftkrankenhauspersonal lautstark auf meine Situation aufmerksam. Unter Gewaltanwendung wurde mir erst eine Substanz injiziert; in den folgenden Wochen wurde ich gezwungen, verschieden aussehende und schmeckende Substanzen einzunehmen, und zwar unter Androhung des Einsatzes von Zwangsjacke

und Zwangsinjektion. - Im Übrigen entfiel für mehrere Wochen die Freistunde. Die zwangweise verordneten Medikamente bewirkten in den ersten Tagen Halluzinationen, das Greifen nach nicht existierenden Dingen. Mein Verhalten beunruhigte eines morgens das Wach- und Pflegepersonal offensichtlich so stark, daß der Arzt einer anderen Station kommen mußte. Das Ergebnis der Visite war jedenfalls, daß die Symptome wenig später verschwanden. Trotz der etwa ab Februar/Anfang März 77 einsetzenden Verbesserungen der Haftbedingungen - Eingehen auf Lesewünsche, Verbesserung der einfachen Kost - verlor ich weiter an Gewicht.

Anfang April 1977 wurde ich mit einem DRK-Barkas aus dem Haftkrankenhaus Leipzig in die Bezirksnervenklinik Uchtsprünge transportiert, angeblich zwecks "psychiatrischer Untersuchung" in einer allgemeinen fachärztlichen Einrichtung. Mit dieser Überweisung war die Untersuchungshaft offiziell beendet, ohne daß mir die Tatsache der 6 1/2-monatigen Haft schriftlich bestätigt wurde.

Daß die Überweisung nicht nach Berlin erfolgte, sondern nach Uchtsprünge im Bezirk Magdeburg, wurde damit begründet, daß "meine Eltern es dann näher zu mir" hätten. Diese humanerachelnde Begründung konnte ich jedoch in Anbetracht der vorausgegangenen Ereignisse nur als zynisch betrachten, denn nach meiner Inhaftierung waren meine Eltern etliche Tage im Ungewissen über meinen Aufenthalt gelassen worden, da die Arbeitskollegen telefonisch nur ausweichende Antworten gaben, und durften sich die Eltern in den ersten 4 - 6 Wochen nicht einmal brieflich mit mir verständigen. Erst nach hartnäckigsten Bemühungen wurde ihnen nach 10 (!) Wochen die erste Besucherlaubnis erteilt. Wie infam man meinen Eltern besonders nach meinem Selbstmordversuch auf Fragen und Nachforschungen auswich und wie sie behandelt wurden, läßt sich schwer beschreiben.

Kurz vor Ablauf der auf 6 Wochen befristeten Einweisung in die Bezirksnervenklinik Uchtsprünge, als meine Entlassung nach Berlin mir bereits angekündigt worden war und meine Eltern sich in diesem Glauben beruhigt in den Urlaub ans Schwarze Meer (SU) begeben hatten, erhielt ich von der Staatsanwaltschaft des Kreisgerichtes Stendal die Mitteilung, daß eine Woche später, am

24.5.1977, ein zivilrechtliches Verfahren eröffnet würde, dem der Antrag der Staatsanwaltschaft auf meine unbefristete(!) Einweisung in eine psychiatrische Einrichtung zugrundelag. Der Verhandlungstermin wurde aber nach wenigen Tagen ohne weitere Begründung fallengelassen. Am 26. Mai 77 wurde ich nach Berlin entlassen.

Dar hatte ich nunmehr eine 6 1/2-monatige Untersuchungshaft und 7 Wochen in Uchtspringe hinter mir, doch war der als Grund der Verhaftung ausgesprochene Verdacht der "staatsfeindlichen Hetze" vom zuständigen Staatsanwalt Dr. [REDACTED] (Generalstaatsanwaltschaft) weder aufrechterhalten, noch zurückgenommen worden. Wegen dieser unsicheren Rechtsposition wandte ich mich am 8.6.77 mit einem Schreiben an Dr. [REDACTED], um die Frage meiner Rehabilitation zu klären. Während des am 21.6.77 mit Dr. [REDACTED] geführten Gesprächs wurde ich lediglich veranlaßt, die Kenntnisnahme zweier Verfügungen (die sinngemäß lauteten: 1. ... wegen krankhafter Störung der Geistestätigkeit ist die strafrechtliche Verfolgung ausgeschlossen... 2. ...die Zahlung einer Haftentschädigung kommt nicht in Betracht (§ 372 Abs. 2, Ziff. 1 StPO)). Gegen diese Verfügung ist innerhalb einer Woche Beschwerde einlegen...) unterschriftlich zu bestätigen. Ich leistete die verlangten Unterschriften, da es sich lediglich um eine Kenntnisnahme handelte. Den Inhalt dieser Verfügungen durch Inanspruchnahme des Beschwerderechts anzufechten erschien mir von vornherein aussichtslos, da ich weder diese Verfügungen noch irgendwelche anderen Unterlagen, die die Umstände meiner U-Haft belegen könnten, ausgehändigt bekommen habe. Im Übrigen erklärte mir Dr. [REDACTED] nur noch, daß hinsichtlich der bei der Wohnungsdurchsuchung konfiszierten Gegenstände ein strafrechtliches Anschlußverfahren gemäß § 281 Abs. 1 StPO stattfinden werde, von dem mir aber bis zum heutigen Tage nichts bekannt wurde. - Im Rahmen einer Nachmusterung erhielt ich lediglich meinen Wehrpaß zurück mit dem Hinweis, daß ich in drei Jahren eingezogen würde.

Nach meiner Rückkehr aus Uchtspringe wurde mir vom [REDACTED] mitgeteilt, daß ich mir kurzfristig eine andere Arbeitsstelle zu suchen hätte. Da es mir in zehn(!) Betrieben nicht gelang, eine Anstellung als Dipl.Ing. zu bekommen, maßgebende Mitarbeiter der [REDACTED] mich aber ständig drängten, eine neue Arbeitsstelle nachzuweisen, blieb mir nichts

übrig, als mich bei einem Kleinbetrieb zu bewerben, der per Ausbach Dreher suchte. Aufgrund meiner Berufsausbildung als Dreher mit Abitur bestanden fachlich keine Einwände, das gegenseitige Einverständnis wurde ausgesprochen. Aus mir nicht genannten Gründen nahm der Betriebsdirektor jedoch wieder Abstand von seiner Einstellung. Erst vom VEB [REDACTED] wurde ich als Dreher im Bereich Werkzeugbau zum 4.7.1977 eingestellt. Dort war ich 1 3/4 Jahre beschäftigt, ohne daß mich diese Arbeit anregte. Ich hatte inzwischen die Fotografie für mich entdeckt, wollte auf diesem Gebiet vorankommen, um später als freischaffender Fotograf arbeiten zu können, und habe aus diesem Grunde im März 79 im VEB [REDACTED] gekündigt.

Es gelang mir trotz intensiven Bemühens und unter Hintansetzung einer angemessenen Bezahlung und interessanter Arbeit nicht, in einem Fotobetrieb oder einem innertetrieblichen Fotobereich (z.B. in einem Museum o.dgl.) eingestellt zu werden. Erst als Filmvorführer (seit August 1979 im Piontheater [REDACTED]) fand ich wenigstens die Möglichkeit, mehr und variabler Zeit für die Fotografie zu haben.

Am 23.3.1980 beendete ich erfolgreich einen mehrmonatigen Lehrgang zur Erlangung des Filmvorführer-A-Scheines, womit ich gleichzeitig das erreichbare Höchstgehalt von 600,-M Brutto monatlich erhalten werde.

Meine Inhaftierung und die folgenden drei Jahre haben meinen Glauben an die Wahrung menschlicher Grundrechte in diesem Land stark erschüttert. Ich sehe auf Grund der geübten Rechtsprechung, der nachhaltigen Bedeutung von Kaderakten, der Reaktion staatlicher Stellen auf Eingaben u.ä. keine Möglichkeit mehr für mich in der DDR: weder für meine Entwicklung als Mensch noch für einen beruflichen Neubeginn noch für ein ehrliches gesellschaftliches Engagement. Der Antrag auf Ausreise, den ich hiermit stelle, ist für mich nur die folgerichtige Reaktion darauf, daß ich die Ausreise innerlich bereits vollzogen habe.

Berlin, den 27.3.1980

35

Anlage

In Hamburg wollte er fotografieren, eventuell noch einmal studieren, und vor allem unabhängig und eigenständig leben. In einem Brief an seine Angehörigen in der DDR sprach er von der *Chance seines Lebens*.

Aber bereits im Juli 1981 war von der Aufbruchstimmung nichts mehr übrig, er äußerte sich schwer enttäuscht. Besorgnis erregende Nachrichten folgten: Er hätte Stühle und anderen Hausrat im Garten seiner Gastgeber verbrannt, sei zu seiner Kusine geflohen, hätte dort einen Tobsuchtsanfall bekommen, den Garten verwüstet; die Kusine hätte schließlich seine vorübergehende Einweisung in eine psychiatrische Klinik veranlasst.

Es folgte jahrelange Arbeitslosigkeit, Reinhard L. lebte in Hamburg von 900 Mark im Monat, las viel, engagierte sich zudem in einer Arbeitsloseninitiative. Die West-Verwandten verstanden nicht, weshalb er keine Arbeit suchte. Er warf ihnen ihren spießigen Lebensstil vor. Manchmal trieb er sich tagelang auf den Straßen herum, manchmal aß er nichts mehr, wurde in eine Klinik eingewiesen zur Behandlung seiner Depressionen, die sich dennoch immer wieder einstellten, und sich verschärften bis hin zu schizophrenen Erscheinungsformen. 1984 schrieb er in einem Brief an die Verwandten in der DDR: *Ich fühle mich hier mit meiner politischen Überzeugung wie im KZ Theresienstadt*. 1985 äußerte er die Befürchtung, dass der Verfassungsschutz hinter ihm her wäre. Im selben Jahr klagte er: *Mich kotzt hier alles an ... Ich langweile mich*. 1986 beantragte er eine Berufsunfähigkeitsrente, und bemühte sich gleichzeitig um eine Rückkehr in die DDR. Die erbetene Hilfe von Rechtsanwalt Vogel blieb aus. Im August 1986 berichtete er in seinem letzten Brief an die Eltern, dass er sich eine Dunkelkammer eingerichtet hätte. Aber das Fotografieren würde ihm nicht mehr so viel Spaß machen wie in Berlin. Seit 31. August befand er sich erneut in psychiatrischer Behandlung. Zwei Wochen später warf er sich, in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung, vor eine S-Bahn. Sein Abschiedsbrief ist das letzte Zeugnis des Scheiterns eines *ehrlichen, anständigen und auch mutigen Lebens* (Claudia W.). Der Brief enthält keinerlei Erklärungen für den Suizid – hätte er noch Erklärungen gehabt, er hätte es vermutlich nicht getan.

*Handwritten:* Leipzig, den 29.1.58  
*Handwritten:* für die Hand 19.2.58 14=

BSStU  
 Transportpolizei Halle 60002  
 Arbeitsgeb.-K. Leipzig

Leipzig, den 29.1.58  
 an/

Protokoll.

Betr. [redacted] geb. [redacted] in [redacted]  
 wohnhaft gewesen [redacted]

Besug: Ermittlungen im alternativen.

Am 29.1.58 führte ich bei der Familie [redacted] in [redacted]  
 Ermittlungen betr. des Selbstmordes ihres Sohnes  
 [redacted] am 23.1.58.

Bei der Befragung war auch der aus Westdeutschland [redacted]  
 auf Besuch weilende Sohn [redacted] zugegen. Hierbei sagte der Vater  
 dass der Sohn [redacted] nicht sehr ein noch aus gewalt hat, seit sei  
 Entlassung aus der UHa Leipzig am 18.1.58.

Während seiner Inhaftierung sei er 3 Tage und Nächte von der  
 Staatssicherheit im laufenden Kreuzverhör gewesen. Besonders die  
 Vernehmungen zur Nacht seien schrecklich gewesen. Er habe sich  
 die Arme auf den Rücken an die Wand stellen müssen, dazu sei er  
 von zwei scheinenden Scheinwerfern angestrahlt worden. Diese  
 Vernehmungen im Scheinwerferlicht haben stundenlang andauert,  
 dabei sei er wiederholt als "Staatsverbrecher" bezeichnet worden.  
 Am Schluss seiner Vernehmung sei er verpflichtet worden über sein  
 Leben und diese Vernehmungen ein Wort zu sagen, sonst würde  
 er was mit ihm geschehen werde.

Diese Angaben habe [redacted] am 18.1.58 zu seinem Vater  
 gemacht, teilweise sei auch die Mutter  
 gegen gewesen. Seit seiner Rückkehr am 18.1.58 sei er gegenüber  
 seinem früheren Verhalten ein ganz anderer Mensch gewesen. Nach  
 der Meinung des Vaters, ist nur dies der Grund, weshalb [redacted]  
 Selbstmord begangen hat. Er führte an das beweise ihn nicht zu  
 letzt die Abschiedsworte im Notizbuch "Ihr braucht Euch wegen mir  
 nicht zu schämen. Ich bin kein Proletarier nicht. Finde mich in  
 dem Leben in der DDR nicht zurecht".

*Handwritten:* R. L. L. 158/58  
 Leitnat d.V.P.

Dokument 3: Bericht aus dem Jahr 1958, der von der Transportpolizei an das MfS weitergeleitet wurde. Die zynische Reaktion des MfS darauf: „Mit dem Vater muss gesprochen werden.“  
 (Quelle: BSStU, MfS, BV Leipzig, Leitung Nr. 74, Bl. 2)



B e r i c h t

Am 21. 4. 1980 wurde in der Abt. XIV der BV eine Überprüfung des Selbstmordversuches des Untersuchungshäftlings [REDACTED] vom 15. 4. 1980 durchgeführt. Dazu wurde in die Gefangenenakte des [REDACTED] Einsicht genommen bzw. eine Aussprache mit dem stellv. Leiter der Abt. XIV, Gen. Major KLINGER, geführt.

Im Ergebnis dessen wurde folgendes festgestellt:

## Der Untersuchungshäftling

geb. am: [REDACTED] 1960 in [REDACTED]  
 wohnh.: [REDACTED]  
 Beruf: Elektroinstallateur  
 Arbeitsstelle: Fa. [REDACTED]  
 [REDACTED] (Vater ist Betriebsinhaber)

wurde am 1. 2. 1980 in die Untersuchungshaftanstalt eingeliefert. Gegen [REDACTED] läuft ein EV gemäß §§ 214 und 219 StGB. Im Zusammenhang mit der widerrechtlichen Antragstellung auf Übersiedlung in die BRD hat [REDACTED] gedroht, Selbstmord zu verüben, falls seinem Antrag nicht stattgegeben werden sollte. Aufgrund dessen bildete [REDACTED] seit seiner Einlieferung einen Schwerpunkt für die Kontrolle.

Das bisherige Verhalten des [REDACTED] in der Haftanstalt war korrekt. Am 20. 2. 1980 hatte [REDACTED] alle Haft erleichterungen erhalten. Er befand sich in Gemeinschaftshaft. Am 15. 4. 1980, gegen 15.00 Uhr, wurde durch den diensthabenden Mitarbeiter der Abt. XIV bei einer Verhörerkontrolle festgestellt, daß [REDACTED] in seinem Bett lag und mit zwei Strümpfen versuchte, sich zu erwürgen. Dies konnte rechtzeitig verhindert werden. Zu dieser Zeit befand sich der Mittelsaal des Verhörerzimmers zur Vernehmung.

Dokument 4: MfS-Bericht aus dem Jahr 1980 über Maßnahmen bei Suizidgefahr  
 (Quelle: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 3352, Bl. 16-17)

[REDACTED] äußerte, daß das Leben für ihn keinen Zweck mehr habe und man ihm lieber eine Dosis Gift geben solle. Bisher habe ihn der Mut gefehlt, da er dies seinen Eltern nicht antun wollte. Er stellte die Forderung, seinen Vernehmer zu sprechen, was ihm gewährt wurde.

Zur vorbeugenden Verhinderung eines weiteren Selbstmordversuches kam [REDACTED] in einen anderen Verhörerraum, wo er mit einem Zellen-IR der Abt. IX, gesteuert durch Gen. Oberleutnant NEUBERT, zusammengelegt wurde. Für die Mitarbeiter der Abt. XIV bildet [REDACTED] weiterhin einen absoluten Kontrollschwerpunkt.

*Ehrig*  
 Major

## 6. Ungeklärte Todesfälle? Suizide politischer Häftlinge in der DDR

Am Nachmittag des 17. April 1965 wurde in Dessau ein Mann verhaftet. Die Festnahme des gelernten Bäckers, der in einem Volkseigenen Betrieb als Kranführer tätig war, erfolgte wegen des dringenden Verdachts auf Spionagetätigkeit für den Bundesnachrichtendienst. Nachbarn wurden Zeugen, wie ihn MfS-Mitarbeiter in Zivil *unsanft und rauh* in ein Auto verfrachteten.

Der Mann wurde in das MfS-Untersuchungsgefängnis in Halle, den sogenannten „Roten Ochsen“, gebracht. Eine auf den 22. April datierte Meldung der dortigen Sanitätsstelle bescheinigte *keine sichtbaren gesundheitlichen Schäden*. Auch der bereits am 19. April verfasste „Festnahmebericht“ des MfS stellte lediglich fest: *Der Genannte setzte der Festnahme keinen Widerstand entgegen, unternahm keinen Fluchtversuch und verhielt sich während der Überführung zur Haftanstalt Halle, Am Kirchtor ruhig.*

---

Wollte das MfS mit diesen Angaben sein eigenes brutales Vorgehen vertuschen, oder hatten die Nachbarn in ihrem Erschrecken über die plötzliche Verhaftung des Mannes (gleichzeitig werden auch noch Ehefrau, Tochter und Schwiegersohn inhaftiert) in ihrer Darstellung etwas übertrieben? Oder hatten beide recht; hatten die MfS-Leute hart zugepackt, dabei den Mann aber nur leicht verletzt, so dass die Verletzungen bei der Gesundheitsuntersuchung fünf Tage später schon wieder abgeheilt waren?

Der eben beschriebene Widerspruch zwischen den Akten des MfS und Beobachtungen von Dessauer Bürgern ist nicht der einzige im Operativen Vorgang „Flieger“. Drei Wochen nach der Verhaftung kehrte der Mann aus dem Gefängnis zurück – als Leiche.

Aus den MfS-Akten geht hervor, dass er sich am 1. Mai 1965 in seiner Zelle in der MfS-Untersuchungshaftanstalt an den Bändern seiner Unterhose aufhängte. Die Beerdigung fand sechs Tage später unter Kontrolle des MfS statt. *Die Trauerrede des Pfarrers dauerte ca. 4 Minuten. Die Trauerfeierlichkeiten wurden durch IM abgesichert*, berichtete das MfS; *Vorkommnisse* hätte es nicht gegeben.

Aber im Nachhinein begannen die Leute im Ort zu reden über den mysteriösen Fall. Daher wies das MfS am 18. Mai zwei Führungsoffiziere an, Inoffizielle Mitarbeiter sollten sofort über alle bekannt gewordenen Gespräche, die mit der Inhaftierung des inzwischen Verstorbenen zusammen hängen, schriftlich berichten. Ein IM „Rolly“ wollte daraufhin erfahren haben, dass der mit der Beerdigung beauftragte Bestattungsunternehmer *mit oder ohne Absicht den Sarg des ... geöffnet* und im Ort erzählt hätte, der Tote habe *furchtbar ausgesehen*. Ein Beweis für *erlittene Mißhandlungen durch Angehörige des MfS*? So jedenfalls deutete es der Bestattungsunternehmer, und so wurde es auch von einigen Frauen in Dessau weiter erzählt.

Im „Tatortbefundsbericht“ des MfS, noch am Todestag verfasst, wurden lediglich *Strangulationsmerkmale in Form von braunroten Hautfärbungen und blutunterlaufenen Streifen bis zu 15 mm Breite* vermerkt. *Anderweitige Verletzungen oder Spuren von solchen wurden am Körper der Leiche nicht festgestellt*. Dass, wie die beiden Wachposten, die den Erhängten gefunden hatten, zu Protokoll gaben, *die Augen des Toten geöffnet, die Zunge herausgestreckt und das Gesicht leicht verzerrt waren*, wurde nicht unter dem Punkt *Verletzungen*, dafür aber an anderer Stelle im Protokoll vermerkt.

Die Leiche hätte demnach allein schon durch diese (durch Erhängung bzw. Totenstarre bedingten) Entstellungen des Gesichts jenen furchtbaren

---

Eindruck erwecken können, der bei dem Bestattungsunternehmer entstand. Zwar dürfte der Mann von Berufs wegen mit dem Anblick von Toten vertraut gewesen sein, ob er jedoch Erhängungszeichen, Folgen der Leichenstarre und Totenflecke ohne nähere Prüfung von Folterspuren unterscheiden konnte, ist zu bezweifeln. Somit bleibt der Verdacht, der Bericht des MfS könnte gefälscht oder zumindest geglättet sein, vage. Die Art und Weise der Untersuchung des Selbstmordfalls spricht eher dagegen. Der Untersuchungsbericht ist unterzeichnet vom Stellvertretenden Leiter der MfS-Abteilung XIV (verantwortlich für die MfS-Haftanstalt) sowie den Referatsleiter der MfS-Abteilung IX (die sog. Untersuchungsabteilung). Darüber hinaus haben sich in den ersten drei Stunden nach dem Tod weitere neun Personen am Tatort aufgehalten, darunter nicht nur MfS-Angehörige, sondern auch der Ärztliche Direktor der VP-Klinik Halle, der Häftlingsarzt (ein Strafgefangener) und ein Staatsanwalt. So, wie der Vorgang in den Akten geschildert wird, erweckt er nicht den Eindruck, als hätte das MfS etwas zu verbergen. Der vom Häftlingsarzt verfasste Arztbericht ist in den Akten allerdings nur als Abschrift enthalten. Wurde hier manipuliert, etwas wesentliches weggelassen? Dem widerspricht die relativ schnelle Freigabe der Leiche, die sich seit dem Abend des 1. Mai in der Gerichtsmedizin der Universität in Halle befand.

Letztlich bleibt die Angelegenheit unklar, der Verdacht gegen das MfS wurde damals nicht geprüft, und heute besteht keine Chance mehr, die eine oder andere Version zu beweisen.

Unentscheidbarkeit ist manchmal schwer zu ertragen, vor allem dann, wenn man Freunde oder Angehörige verloren hat. Dennoch wird auf den folgenden Seiten versucht, das komplizierte Thema so differenziert und unvoreingenommen wie möglich anzugehen.

### **Geben Sie die Urne frei! – Konspiration und Mordverdacht**

Am 27. Juli 1956 erhängte sich in Bautzen ein Inhaftierter.<sup>68</sup> Der Totenschein befindet sich in der Akte. In der Rubrik *Grundleiden* hat der Vertragsarzt der Volkspolizei *wahnhaftes Spaltungsirresein* vermerkt, Zweifel an der Todesursache *Erhängen* bestanden nicht.

Der Tod des Häftlings, eines Fleischers, der wegen angeblicher Spionage zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde dessen Ehefrau umgehend mitgeteilt, allerdings ohne die Todesursache zu benennen. Am

68 BStU, MfS, G-SKS, Nr. 101893.

---

29. Juli wandte sich die Witwe an die Haftanstalt Bautzen und bat um die Überführung der sterblichen Reste ihres Mannes, um sie *in seiner Heimat beisetzen zu können*. Das geschah nicht, statt dessen wurde die Leiche in Bautzen verbrannt. Das weckte nahezu unvermeidlich den Verdacht, man wolle einen Mord vertuschen. Der inzwischen eingeschaltete Pfarrer schrieb empört an die Gefängnisleitung: *Ohne Kenntnis der Frage, ob die Einäscherung eines verstorbenen Inhaftierten ohne vorheriges Einverständnis der Ehefrau rechtlich statthaft ist, wurde der Tod des ... hier Tagesgespräch und macht unter der Bevölkerung viel böses Blut, zumal die wildesten Gerüchte kursieren. ... Um der Menschlichkeit und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung willen bitte ich Sie: Geben Sie die Urne zur Bestattung frei!*

Die Antwort des Leiters der Haftanstalt fiel negativ aus: *Zwecks Überführung der Urne sind wir z. Zt. an Bestimmungen gebunden. Sobald sich diese ändern, werden die Angehörigen zwecks Überführung der Urne verständig.*

Retrospektiv ist nicht mehr zu klären, ob die zuständigen Strafvollzugs-Angehörigen etwas vertuschen wollten, oder allein durch die Art und Weise der Behandlung von Angehörigen Gerüchte und Mutmaßungen heraufbeschworen. Der für die Verwaltung Strafvollzug bestimmte Bericht über den *Selbstmord des Strafgefangenen* wurde erst nach diesem Briefwechsel geschrieben. Darin heißt es, dass der Gefangene, der bereits 1954 wegen des Verdachts auf Schizophrenie ins Haftkrankenhaus überstellt wurde, offenbar einen neuen psychotischen Schub erlitten hat. In der neueren psychiatrischen Forschung wird oft betont, dass auch bei Psychosepatienten der Suizid zumeist normalpsychologisch verstehbare Gründe hat und keineswegs eine „Wahnsinnstat“ ist. Insofern könnte die Diagnose Schizophrenie auch eine Form der Vertuschung der wirklichen Suizidmotive sein.

Es verwundert nicht, dass angesichts solcher geheimniskrämerischen Praktiken nahezu jeder Suizid in MfS-Haft den Mordverdacht weckte. Das war beispielsweise der Fall, als im Jahr 1957 bekannt gegeben wurde, dass sich Franz Hammer, ehemaliges Mitglied einer Widerstandsgruppe in Jena, im Gefängnis Waldheim das Leben genommen hatte. *Viele Jenaer glaubten dies seinerzeit nicht, weil man es dem MfS durchaus zutraute, einen ihm besonders verhassten politischen Häftling umzubringen,*<sup>69</sup> be-

---

69 Thomas Ammer, „Weiße Rose“ in Jena. Eine „unbekannte“ Widerstandsgruppe gegen das SED-Regime, in: Deutschlandarchiv 36 (2003) 4, S. 615 ff.

---

richtete der Historiker Thomas Ammer. Dennoch entsprach diese Vermutung nicht den Tatsachen. Ein Mitinhaftierter bezeugte, dass Franz Hammer in der Haftzelle tatsächlich Suizid begangen hatte.

### **Sehr große Enttäuschung – Amnestie und Verzweiflung**

Im Strafvollzug der DDR waren es vor allem die Amnestien, die zu einer Häufung suizidaler Handlungen führten, und zwar bei denjenigen Strafgefangenen, die nicht entlassen wurden. Möglicherweise ist das eine Erklärung für eine auffallend große Zahl von Suizidversuchen im Vorfeld der Amnestie im Jahr 1972.

15 Jahre später, während der Amnestie des Jahres 1987, hieß es in einem MfS-Bericht, die Mitteilung, nicht zur Amnestie vorgesehen zu sein, habe bei den betroffenen Häftlingen eine *sehr große Enttäuschung* ausgelöst. Die damit verbundenen Reaktionen *reichten von der Ankündigung bzw. dem Schreiben von Eingaben über kurzzeitige Arbeitsverweigerungen, Stellen eines Ersuchens auf Übersiedlung in die BRD bis zum Suizidversuch*. Deshalb wurden persönliche Gespräche mit den Gefangenen geführt. *Neben dem Leiter waren dabei anwesend der Leiter der Operativgruppe MfS, der Leiter der Arbeitseinrichtung K I/4, der zuständige Vollzugsabteilungsleiter und der Strafvollzugs-Psychologe*. Dieses Vorgehen schien zumindest kurzfristig erfolgreich gewesen zu sein: *Sofortiges Reagieren mit angemessenen Maßnahmen verhinderte weitere Störungen.*<sup>70</sup>

### **Nervlich nicht verkraftet? – Ein Doppelspion im Abseits**

Am 12. Juli 1988 erhängte sich „Werner Schneider“ (so sein Deckname), ehemaliger Doppelspion von bundesdeutschem Verfassungsschutz und DDR-Staatssicherheit, der seit August 1985 in der DDR inhaftiert war, in seiner Gefängniszelle in Bautzen II. Der Fall ist mehrfach durch die Presse gegangen, wobei auch hier der Verdacht geäußert wurde, Schneider sei vom MfS ermordet worden.

Dubiose Todesfälle in MfS-Gefängnissen gehören zur Geschichte des MfS seit seinem Bestehen. Auf Grund des hermetischen Systems Staatssicherheit werden die meisten dieser Fälle wohl nie endgültig geklärt werden können. Was jedoch oft in journalistischen Darstellungen auffällt, ist die

---

70 BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VII, Nr. 747, Bd. 2, Bl. 226.

---

Bereitschaft, Todesfälle vorschnell als Morde zu interpretieren, ohne andere Möglichkeiten gleichberechtigt zu prüfen. Laut der Illustrierten „Quick“ erinnerte sich die Ehefrau von Werner Schneider folgendermaßen an die Leichenschau: *Mein Mann lag in der Gerichtsmedizin von Dresden. Sein Körper war mit einem weißen Laken bedeckt. Ich zog es zur Seite, gegen den Widerstand der Stasi-Aufpasser. Am Hals waren keine Würgemerkmale, also konnte er sich nicht aufgehängt haben. Aber seine rechte Gesichtshälfte war blutig unterlaufen. Und hinter dem Ohr war eine frische Narbe, zehn Zentimeter lang.* In „Bunte“ gibt Kai Diekmann die Aussage wie folgt wieder: *Sein rechtes Ohr ist blau geschlagen, eine Gesichtshälfte blutunterlaufen, an der Schulter schwere Verletzungen.*

Nüchtern betrachtet, enthalten die in verschiedenen Varianten publizierten Schilderungen der Leiche keine Beweise für einen Tod durch fremde Gewalteinwirkung. Welcher Laie kennt schon die Verletzungen, die typischer Weise beim Erhängen entstehen? Eine Narbe entsteht hierbei nicht (sie entsteht erst längere Zeit nach einer Verwundung), aber die Witwe hat wahrscheinlich eine Schürfwunde hinter dem Ohr gesehen, wie sie häufig beim Erhängen entsteht. Und was die von der Sensationspresse als Beweis für Gewaltanwendungen angeführten Blutergüsse der rechten Gesichtshälfte anbelangt, so sind diese nach Auskunft des damaligen Obduktionsarztes *wahrscheinlich Totenflecke, da bei einer auf dem Rücken liegenden Leiche die Totenflecke sich am Ohr, in den rückwärtigen Halspartien und auf den nicht aufliegenden Stellen des Rückens ausbilden.*<sup>71</sup>

Ein weiteres, grundsätzlicheres Argument spricht gegen die Mord-These: Für einen Mord an Werner Schneider fehlte dem MfS schlicht und einfach das Motiv. Von bundesdeutschen Abwehrexpertern wurde er als Mann von *drittklassiger Bedeutung* bezeichnet. Was der ehemalige persönliche Bekannte von Margot Honecker über die DDR wusste, hatte er dem bundesdeutschen Verfassungsschutz längst mitgeteilt, und das MfS hatte seinerseits die von „Schneider“ verratenen Agenten gewarnt und abgezogen; er war zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden und befand sich seit Ende 1986 im berüchtigten Zuchthaus Bautzen II.

Demgegenüber finden sich in seiner Persönlichkeitsstruktur und seinem Verhalten in der Haft durchaus Ansatzpunkte, die eine Verzweiflungstat

---

71 Schreiben von Prof. Dr. med. E. Müller, Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der TU Dresden, an den Autor vom 7. 6. 2004.

---

wahrscheinlich machen. Werner Schneider akzeptierte sein Urteil nicht, litt an Nervosität und Schlafstörungen und wurde deshalb medikamentös behandelt. Zudem fanden *vielfältige ärztliche Konsultationen im Sinne einer Gesprächstherapie* statt. Auch am 11. Juli 1988 wurde er dem Arzt vorgestellt, nachdem er in seiner Zelle geschrien und u. a. mit dem Hocker das Waschbecken zerschlagen hatte. *Nach diesem Verhalten befragt gab er an, daß sich seit einigen Tagen das Problem angestaut hätte, daß er lange keine Post bekommen habe und auch nicht wisse wann der nächste Brief eintreffe. Nach der Handlung sei er nun wieder beruhigt.* Vergeblich hoffte Schneider, gegen im Westen verurteilte „MfS-Kundschafter“ frei getauscht zu werden. Die Enttäuschung darüber, dass vom Westen keine Hilfe kam, vermischte sich mit Zweifeln, ob seine Ehe die voraussichtlich lange Haftzeit überstehen würde. In den frühen Morgenstunden des nächsten Tages erhängte er sich.

Warum sollte das MfS diesen Mann töten? Schneiders Strafmaß wurde im Zuge der Amnestie 1987 von lebenslänglich auf 15 Jahre herabgesetzt. Was auf den ersten Blick als Milderung der Strafe aussah, war es auf den zweiten Blick nicht. Nach Aussage eines Mitgefangenen *hofft jeder Strafgefangene, welcher zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, daß er nach einer Zeit begnadigt wird. Bei einer zeitlichen Freiheitsstrafe ist dies nicht der Fall.* [Schneider] *wußte, daß er noch sehr viele Jahre im Strafvollzug verbringen muß. Dies hat er meiner Meinung nach nervlich nicht verkraftet.*<sup>72</sup>

Interessant ist, dass in der bundesdeutschen Presse Spekulationen über eine Ermordung von „Schneider“ bereits unmittelbar nach seiner Verhaftung Mitte 1985 angestellt wurden. Heribert Hellenbroich, früherer Verfassungsschutzpräsident, sagte Anfang 1986 vor einem Bonner Spionageausschuss, der in die DDR übergelaufene Verfassungsschutz-Beamte Tiedge *habe in Ost-Berlin eine „schwierige, nachrichtendienstliche Operation“ ausgeplaudert, was wahrscheinlich zum Tod eines Agenten geführt habe.* Für diese Vermutung sprach, dass die DDR wiederholt bewiesen hatte, dass sie mit Verrätern kurzen Prozess macht. Erst nach 1990 wurde bekannt, dass die letzte Hinrichtung eines „Verräters“ durch das MfS im Jahr 1981 stattfand und die Todesstrafe seitdem in der DDR nicht mehr praktiziert wurde. Dieser Vorlauf an Mutmaßungen hat es höchstwahrscheinlich begünstigt, dass beim Bekannt werden des unklaren Todesfalles im Mai 1990 zunächst die Mordthese favorisiert wurde.

---

72 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. IX, Nr. 30014.

---

Widersprüchliche Angaben von Akten und Betroffenen sind nicht nur für diesen Fall typisch. Zumeist lässt sich die Wahrheit nicht eindeutig feststellen; insofern kann der geschilderte Fall vor allem auf die komplizierte Quellenlage aufmerksam machen, und er kann sensibilisieren für mögliche Falschangaben sowohl des MfS, als auch von Zeitzeugen bzw. von Journalisten, die diese Opfergeschichten erzählen. Gerade in den Jahren 1990/91 hatten sensationelle Stories von angeblich durch das MfS ermordeten Häftlingen Hochkonjunktur.

Es muss offen bleiben, ob es solche Fälle gegeben hat. Angesichts der teilweise erfolgten Vernichtung von Akten ist denkbar, dass diesbezügliche Akten bevorzugt in den Reißwolf kamen. Ebenso ist möglich, dass entscheidende Vorgänge überhaupt nicht verschriftlicht bzw. in den Akten falsch wiedergegeben wurden.

Das geschlossene System Gefängnis bot zudem ideale Bedingungen für eine Vertuschung. In Anbetracht dessen kann bis heute nicht ausgeschlossen werden, dass das MfS in Einzelfällen auch getötet hat. Dennoch fällt auf, dass mehrere Fälle, die öffentlich publiziert wurden, einer näheren Überprüfung nicht standhalten.

### ***In den Wahnsinn getrieben? – Schulden als Ausreisehindernis***

Nach dem Zusammenbruch der DDR berichtete BILD über das Schicksal eines 42-jährigen Kfz-Schlossers und seiner neun Jahre jüngeren Lebensgefährtin. Beide hätten Anfang 1988 versucht, über die bundesdeutsche Botschaft in Warschau ihre Übersiedlung in die Bundesrepublik zu bewirken. Nach Zusicherung von Straffreiheit seien sie wieder in die DDR zurückgekehrt, dort verhaftet und zu 3 Jahren und 10 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Während der Haft – so gibt BILD den Bericht des Mannes wieder – sei ihm erzählt worden, seine Frau hätte sich erhängt. Dann hätte man ihm Rasierklingen gegeben, damit er sich ebenfalls das Leben nehmen sollte. Wenig später hätte es dann allerdings geheißt: Wir haben uns geirrt. *Keiner weiß, wieviele Menschen mit diesen Methoden in den Wahnsinn getrieben worden sind*, lautete das Fazit dieses Berichts.

Nach dieser Schilderung hat das MfS die Botschaftsflüchtlinge mit falschen Versprechungen in die DDR zurückgeholt und dort nicht nur für Jahre ins Gefängnis gebracht, sondern gleichzeitig auch versucht, das ausreisewillige Paar in den Selbstmord zu treiben.

---

In den MfS-Akten stellt sich der Fall etwas anders dar. Im Monatsbericht der MfS-Abteilung VII vom Dezember 1988 wird vom Suizidversuch eines Strafgefangenen berichtet. Dieser habe sich mittels einer Rasierklinge eine Schnittwunde in der linken Armbeuge zugefügt und dann versucht, sich mit einer Schnur an einem Heizungsrohr zu erhängen. Ein Mitgefangener habe dies verhindert. Dass es sich bei dem Suizidversuch um eine Tat aus tiefster Verzweiflung und nicht um eine Demonstrativtat gehandelt hat, zeigt die Uhrzeit: Die Tat geschah eine Stunde nach Mitternacht.

Nach den Angaben des MfS waren zwei Motive ausschlaggebend für die Verzweiflungstat. Erstens hätten sich die hohen Schulden des Gefangenen als ernstes Hindernis für die in Aussicht gestellte Übersiedlung in die BRD erwiesen. Der Bericht zitiert das Schreiben eines Rechtsanwaltes, dass die *Kostenschulden nicht regulierbar sind und somit seine Möglichkeiten betreffs einer Übersiedlung erschöpft sind*. Deswegen sei auch eine beabsichtigte Verlegung wenige Tage vor dem Suizidversuch nicht erfolgt.

Zweitens habe der Gefangene von seiner Freundin, die in einem anderen Gefängnis inhaftiert war, erfahren, dass diese schwer misshandelt worden sei.

Letzteres stellte sich jedoch schnell als Notlüge heraus. Wenige Tage nach dem Suizidversuch teilte ihm die Freundin mit, *daß sie in keiner Weise mißhandelt wurde, sondern dies als Vorwand für einen Sprecher* [Besuchstermin; U. G.] *nutzte*. Hatte also das gut gemeinte Druckmittel der Freundin in einem Moment, als sich der Lebensgefährte wegen der scheinbar unlösbaren Schuldenfrage ohnehin in einer depressiven Stimmung befand, die Verzweiflungstat ausgelöst? Wenn die Angaben in den MfS-Akten zutreffen, dann wäre das zutiefst tragisch: Statt eine schnelle Sprecherlaubnis zu bewirken, verschärfte die Nachricht von den Misshandlungen der Freundin die Verzweiflung des Mannes.

Nach dem Suizidversuch des Gefangenen stellte das MfS einen Plan auf für dessen weitere Behandlung, aus dem ersichtlich ist, dass ihm das MfS aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nach dem Leben trachtete und ihn auch nicht in den Wahnsinn treiben wollte. Der Strafgefangene, der inzwischen einen erneuten Antrag zur Regelung seiner Schulden gestellt hatte, sollte statt dessen in den Haftalltag integriert und umfassend kontrolliert werden: *Sollte wiederholt ein abschlägiger Bescheid kommen, wird SG ..., der sich auf Einzelunterkunft befindet, in den Arbeitsprozeß eingegliedert und weiter unter IM-Kontrolle gehalten*.

---

## 7. Selbsttötung als politischer Protest

### ***Ich bin kein Spion! – Selbstverbrennung und Psychiatrieeinweisung***

Lautes Geschrei ließ am 12. Juni 1969, etwa eine Stunde vor Mittag, zahlreiche Bürger auf dem Marktplatz einer Kleinstadt im Norden der DDR zusammenlaufen. Vor dem Rat der Stadt stand ein Mann, der einen 10-Liter-Eimer hochhob und sich mit Benzin übergoss. Dann zog er sich Jacke und Hemd aus und legte eine Schachtel Streichhölzer auf einen Mauervorsprung. Dabei schrie er: *Ihr könnt mich umbringen, erschießt mich, schlagt mich tot, ich werde mich verbrennen.*

Zwei Volkspolizisten gelang es, den Mann zu überwältigen, bevor er das Feuer zünden konnte. Der Verhaftete wehrte sich, warf sich in der Polizeiwache auf den Fußboden und schrie nochmals: *Alle Menschen sollen es sehen, ich bin kein Spion!*

Bei der anschließenden Befragung gab der 49-Jährige zu Protokoll, *von keiner anderen Person zu einer solchen Handlung veranlaßt oder ange-regt worden zu sein. Das Vorkommnis mit Palach in der CSSR will er nicht kennen.*

Es war knapp fünf Monate her, dass sich Jan Palach in Prag als „Fackel Nr. 1“ aus Protest gegen die sowjetische Okkupation und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ öffentlich angezündet hatte. Der Verdacht der Polizisten, es hier mit einem ähnlichen Fall zu tun zu haben, wurde jedoch sehr schnell entkräftet. Statt dessen gab der Verhaftete an, mit den *Nerven fertig* zu sein.

Das Schicksal des Mannes, der hier für wenige Minuten öffentliche Beachtung gefunden hatte, wurde in dem daraufhin erstellten Bericht des MfS (der u. a. an Willi Stoph und Kurt Hager geschickt wurde) in Umrissen skizziert. Der gelernte Schneider und Fleischer, ledig und kinderlos, seit 1964 Invalidenrentner, war laut den Recherchen des MfS polnischer Nationalität und jüdischer Abstammung. Laut eigenen Angaben war er (als Zehnjähriger) 1930 aus Warschau in die Sowjetunion geflohen, seine Angehörigen hingegen wurden im Warschauer Ghetto ermordet. Nach dem Krieg war er nach Warschau zurückgekehrt, dann nach Bayern gegangen, wo er interniert wurde. 1947 ging er für drei Jahre nach Polen zurück, wanderte dann aber nach Israel aus. Im Herbst 1961 kam er schließlich über Dänemark in die DDR. Hier arbeitete er als Bügler in einem VEB. Im August 1963 unternahm er einen Selbstmordversuch. Warum, geht aus den Akten nicht hervor. Er fügte sich aber dabei derart schlimme Schnittwunden zu, dass er invalidisiert werden musste, und verbrachte ein Jahr in

der Nervenklinik, Diagnose: *paranoide Schizophrenie*. Ab 1964 erhielt er eine VdN-Rente, da er angegeben hatte, *von 1939 bis 1945 im KZ Peking inhaftiert gewesen zu sein* (Peking war jedoch das amerikanische Lager in Bayern, in dem er nach Kriegsende interniert war).

Nachdem den Polizisten klar geworden war, dass der Mann, der bisher *weder gesellschaftlich noch politisch negativ aufgetreten* ist, keine politische Provokation geplant hatte, wurde er am bereits nächsten Tag in die Bezirksnervenklinik Schwerin eingeliefert.

Anders als in der CSSR selbst, anders auch als in vielen westlichen Ländern (z. B. Frankreich, USA) hat es in der DDR (nach den bisher verfügbaren Akten von MfS, Kriminalpolizei und SED) im Jahr 1969 und den frühen 1970er Jahren keine Imitationen der Selbstverbrennung Palachs gegeben. Lediglich während der X. Weltfestspiele 1973 in Berlin wurde eine solche Handlung von einem Ausreiseantragsteller angedroht, der daraufhin in eine psychiatrische Klinik zwangseingewiesen wurde.<sup>73</sup> Bei der Einweisung des – psychisch gesunden – Mannes, die von Sonja Süß als außergewöhnlicher Einzelfall eingeschätzt wird, erwies sich das Psychiatrie-Einweisungsgesetz der DDR als kompatibel mit den Interessen der Staatssicherheit. Einerseits war Suizidgefahr ein durch § 6 des *Gesetzes über die Einweisung in stationäre Einrichtungen für psychisch Kranke vom 11. 6. 1968* legitimer Einweisungsgrund, andererseits verbuchte das MfS diese Einweisung aus *operativen Gründen* als eigene Aktion.<sup>74</sup> Insofern muss auch die Bewertung dieser politisch motivierten, aber formal gesetzeskonformen Psychiatisierung ambivalent ausfallen. Einerseits hat das MfS durch die Zwangseinweisungen bei Jubiläumsfeiern oder Parteitagen möglicherweise öffentliche Selbsttötungen verhindert, andererseits ist das Vorgehen als eine Form von „Psychiatriemißbrauch“ in erheblichem Umfang anzusehen. Wie Sonja Süß geschildert hat, wurden 604 Personen allein für die Zeit der Weltfestspiele 1973 in psychiatrische Kliniken eingewiesen. Neben dem Psychiatrie-Einweisungsgesetz bot auch die Geheime Kommandosache „GKdoS 1/67“ des MfS eine Grundlage für ordnungspolitisch motivierte Zwangseinweisungen.<sup>75</sup> Der Geheimbefehl ermächtigte die Abteilung K 1 der Volkspolizei, Personen zur Einweisung in geschlossene Einrichtungen zu bestimmen. Eine entsprechende, nach

73 Vgl. Sonja Süß, Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999, S. 516f.

74 Ebd., S. 522.

75 Vgl. Lothar Hellmann, Psychiatriemißbrauch in der DDR, in: Stacheldraht 12 (2002) 9, S. 8.

---

diesem Befehl vorgenommene Kategorisierung (Kategorie 4.3) von Personen, die Suizidversuche unternommen haben, findet sich mehrfach in den MfS-Akten. Für die Kategorisierung war zwar vor allem die Einschätzung als staatsfeindliche Person entscheidend, in angedrohten oder versuchten Suizide sah das MfS aber eine zusätzliche Gefahr von *krassen Verhaltensstörungen*, wovon *in bestimmten Spannungssituationen ernste Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ausgehen können*.

Festzuhalten bleibt: Die öffentliche Selbstverbrennung war – als radikale Form des gewaltfreien Widerstands – seit 1969 auch in der DDR latent; zu einem Mittel des politischen Protestes wurde sie jedoch erst durch das Fanal des streitbaren Pfarrers Oskar Brüsewitz in Zeitz am 18. August 1976.<sup>76</sup> Nachdem Brüsewitz mit seinem Tod ein Fanal setzte gegen die Benachteiligung christlicher Jugendlicher im atheistischen Staat, und gleichzeitig auch gegen die kompromisslerische Haltung der evangelischen Kirche gegenüber der SED, kam es in der DDR mehrfach zu Selbstverbrennungen, die politisch motiviert waren oder dies zumindest vorgaben.

Diese Verzweiflungstaten erreichten keineswegs die Publizität des Brüsewitz-Falls; was vor allem daran lag, dass das MfS nach 1976 nahezu jeden Fall von Selbstverbrennung untersuchte und dabei von vornherein auf strengste Geheimhaltung bedacht war.

### Selbsttötung als politisches Fanal

Seit 1977 ereigneten sich in mehreren Haftanstalten Selbstverbrennungen mit zumindest teilweise politischer Motivierung. In der DDR wurde darüber nicht gesprochen, es war ein Tabu-Thema. Auch in der Bundesrepublik war darüber so gut wie nichts bekannt; wenn es doch zu Veröffentlichungen kam, dann gestützt auf Aussagen ehemaliger, in die Bundesrepublik entlassener Häftlinge. So auch im folgenden Fall. Unter der Überschrift *„DDR“ treibt Häftlinge zum Selbstmord* berichtete die WELT am 20. Dezember 1984 u. a. von der Selbstverbrennung des Häftlings Niklas Braun (Name geändert) in der Strafanstalt Cottbus im Sommer 1984: *Aus der „DDR“ in die Bundesrepublik entlassene ehemalige Häftlinge berichten, [Braun] habe sich mit Bohnerwachs eingerieben und dann selbst in Brand gesteckt*. Einen Tag später überprüfte das MfS die Angaben in dem Artikel und fand heraus, dass zwar Datum und Ortsangabe nicht stimmten, aber der Fall sich ansonsten tatsächlich so ereignet hatte.

76 Vgl. Helmut Müller-Enbergs u. a.: Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz aus Rippicha und die Evangelische Kirche, Frankfurt/M. 1999; Harald Schultze u. a. (Hg.): Das Signal von Zeitz, Leipzig 1993.

---

Der gelernte Schlosser war seit Februar 1980 in Haft, weil er einen *ungesetzlichen Grenzübertritt* versucht hatte. Dem Fluchtversuch war ein in mehrfacher Hinsicht gescheitertes Leben in der DDR voraus gegangen. Nach Abbruch der Berufsausbildung verpflichtete sich Braun zu einem 10-jährigen Dienst bei der NVA. Wegen *verursachter Wachverstöße und Disziplinarvergehen* wurde er im Oktober 1976 degradiert und aus der NVA entlassen. Seine Ehe zerbrach. Er wechselte häufig die Arbeitsstelle und beging Straftaten. 1977 und 1979 wurde er zweimal wegen Betrug bzw. verbrecherischem Diebstahl zu Haftstrafen verurteilt. Im Dezember 1979 bei einer Amnestie entlassen, wollte er in den kapitalistischen Westen. *Dort erhoffte er sich bessere finanzielle Bedingungen und mehr persönliche Freiheit als in der DDR*. Wegen des Fluchtversuchs wurde Braun zu einer Haftstrafe von vier Jahren und acht Monaten verurteilt. Zusätzlich musste er die Zeit absitzen, die ihm bei der Amnestie erlassen worden war.

Zunächst wurde Niklas Braun in Cottbus inhaftiert. Dort hingte er am 14. September 1981 ein Plakat aus seiner Zelle mit der Aufschrift: *Ja zum Solidarnoscappell an die Völker Osteuropas*. Für diese politische Protestaktion, mit der er vermutlich auch seinen Freikauf durch die Bundesrepublik beschleunigen wollte, wurde er wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu zusätzlichen 16 Monaten Haft *nachverurteilt*. Darauf reagierte er mit Hungerstreik. Anders als in der Bundesrepublik, wo die Hungerstreiks von RAF-Häftlingen eine Diskussion über die Rechtmäßigkeit der Zwangsernährung auslösten, kannte man in der DDR keine Skrupel: Braun wurde im Haftkrankenhaus zwangsernährt. Danach kam er in die Haftanstalt Bautzen I, wo er in einer Gemeinschaftszelle untergebracht und einem Arbeitskommando zugeteilt wurde. Zunächst blieb er dort – im Gegensatz zu Cottbus, wo er mehrfach die Arbeit verweigerte und *Disziplinverstöße* beging – relativ unauffällig. Im Oktober 1982 jedoch schloss man ihn von der Arbeit aus, da er *den Arbeitsablauf störte, indem er nur einen geringen Teil der Arbeitszeit auslastete und nicht bereit war seine Norm entsprechend zu erfüllen*. Deshalb war er am Morgen des 25. Oktober allein in der Zelle.

Zuerst zerriss er ein Bettlaken, schrieb auf eine Hälfte mit schwarzer Schuhcreme *Nieder mit der sozial-faschistoiden Diktatur DDR*, befestigte das Transparent an einem Besenstiel und hängte es aus dem Fenster. Auf den anderen Teil des Lakens schrieb er *Tod dem Bolschewisten Honecker* und befestigte es ebenfalls an einem Besenstiel. Danach rieb er sich mit Bohnerwachs ein und zündete sich an. Zudem löste er den Notruf aus. Als zwei Angehörige des Strafvollzugs die Zellentür öffneten, stand er brennend in der Zelle und schrie. Das MfS zeigte sich von der Selbstverbrennung überrascht. Inoffiziellen Mitarbeitern waren keine Hinweise auf eine bevorstehende Demonstrativhandlung bekannt geworden. Allerdings bildete Braun auch keinen Beobachtungsschwerpunkt für das MfS: *Eine*



---

aktive operative Bearbeitung des SG [Braun] im Zeitraum der Strafverwirklichung erfolgte nicht.<sup>77</sup>

Angesichts der ohne Zweifel politischen Aktion war das MfS bemüht, jegliche „Öffentlichkeitswirksamkeit“ zu verhindern. Aufgrund der schweren Verbrennungen, an denen Niklas Braun einen Tag später starb, war unvermeidlich, dass Mediziner im Kreiskrankenhaus Bautzen und an der Medizinischen Akademie Dresden mit dem Verletzten in Kontakt kamen; sie wurden operativ kontrolliert, *damit es zu keinen Informationsabflüssen kommt*.<sup>78</sup> Zudem wurden 117 Strafgefangene namentlich aufgelistet, die von dem Vorkommnis Kenntnis hatten. Diese wurden *unter verstärkte inoffizielle und offizielle Kontrolle gestellt, um ihre Reaktionen, eventuelle Pläne und Absichten zu erkennen*.

Auch wurde versucht, die Reaktionen der Mutter des Toten zu kontrollieren. Bereits in einem internen Bericht hatte das MfS versucht, die Selbsttötung als Unfall darzustellen: *Aus der Tatsache, daß er bei seiner Handlung die Notrufanlage im Verwahrraum betätigte, ist zu schließen, daß er den Suizid nicht anstrebte, jedoch das schnelle Abbrennen des Bohnerwaxes nicht berücksichtigte*.<sup>79</sup> Am 26. Oktober erschienen zwei Offiziere des Strafvollzugs bei der Mutter und teilten ihr mit, dass *ein Unglücksfall eingetreten ist, indem ihr Sohn mit Feuer spielte und sich dabei die Bekleidung anzündete, wobei er die Folgen offensichtlich nicht abgesehen hat*.

Die Mutter verstand jedoch sofort, was geschehen war, und gab das den Vertretern der Staatsmacht mit der Bemerkung zu verstehen: *... da hat er sich wohl verbrannt*.

Die Offiziere bemühten sich zu erklären, Schulden bei anderen Strafgefangenen hätten die Kurzschlussreaktion ihres Sohnes ausgelöst. Sie glaubte dieser Version nicht, da ihr Sohn noch Geld auf seinem Konto hatte, und ging vielmehr davon aus, dass die Selbstverbrennung im Zusammenhang mit dem Wunsch stand, in die BRD überzusiedeln.

Die Akten des MfS zeigen eine insgesamt zwiespältige Motivlage. Im Kern war es wohl die Verzweiflung über die langjährige Haftstrafe und die schwindende Hoffnung auf Freikauf, die ihn zu der Selbstverbrennung bewegte. Zu einem Mitgefangenen hatte er gesagt, dass er darauf warte, wie auch andere politische Häftlinge in die BRD zu gelangen, und hatte hinzugefügt: *Wenn er nicht bis Ende Oktober auch hier weg ist, dann lasse er sich etwas einfallen*.

---

77 BStU, MfS, BV Dresden, AP 2957/88, Bl. 33.

78 BStU, MfS, BV Dresden, AKG 7625, Bl. 529.

79 BStU, MfS, BV Dresden, AP 2957/88, Bl. 49.

---

Aber auch Auseinandersetzungen mit Mitgefangenen könnten eine akute Verzweiflungssituation erzeugt haben. Einerseits galt er als sehr intelligent, andererseits wirkte sein Auftreten überheblich; er fand in der Zelle kaum näheren menschlichen Kontakt. Mehrere Gefangene gaben bei Verhören zu Protokoll, dass der Tote Schulden hatte, die er nicht zurückzahlen konnte oder wollte. Deshalb kam es am 23. Oktober zu einem *harten Wortwechsel*. Am Tag darauf forderten ihn Zelleninsassen auf, sofort Schuldscheine auszustellen, dabei habe es *auch Ohrfeigen gegeben*. Am Morgen des 25. Oktober schließlich verlangten zwei Mitgefangene nochmals die schnelle Rückzahlung der Schulden.

Das MfS war bemüht, die Verschuldung zu betonen und die politische Motivierung herunter zu spielen, auch dann noch, als (einen halben Tag nach der Selbstverbrennung) in der Zelle hinter einem Spiegel ein an die Bezirksverwaltung Dresden des MfS gerichteter Brief gefunden wurde, der sich einer terroristischen, teilweise nationalsozialistischer Propaganda ähnlichen Argumentationsweise bediente und unmissverständlich den Willen zum Martyrium bekundete:

*Ich möchte hiermit bestätigen, daß ... Flugblattaktionen ... durchgeführt worden. Die Flugblätter hatten folgenden Text (gekürzt): An alle die das Deutschland der Einigkeit wollen! Landsleute, wie lange wollt ihr das Euch aufgezwungene sozialfaschistoide System mit den bolschewistischen Terrormethoden noch dulden. Nieder mit ihm und seinem Funktionär-Klüngel! Tod dem Cliquenchef Honecker! Landsleute schädigt und stört mit mangelnder Arbeit und Brand- sowie Sabotageaktionen die Zonenwirtschaft! Ermordet Funktionäre der SED, sowie ihre Mitglieder. Freiheit für politische Gefangene! Stellt die Menschenrechte in der sowjetisch-besetzten Besatzungszone her.*

*Ich bin stolz auf diese Aktion und bedaure nur, daß ich aufgrund meines Freitodes nicht weitere Aktionen durchführen kann. Man muß alle verblenden Kriminellen durch Taten dazu bewegen zur Triebkraft gegen den Sozialfaschismus zu werden. Die Vernichtung derselben kann nach der Endlösung erfolgen. Ich bin stolz darauf, daß mit ... ein aktiver Mitkämpfer unser Sache die Verbindung mit den Führern verschiedener Kampfbünde unserer Sache aufgenommen hat. Ich sterbe im Glauben, daß sich die Thesen der Gesellschaft für Menschenrechte, der Arbeitsgemeinschaft 13. August e. V., sowie der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und den Hilferufen von drüben durchsetzen werden. Ich grüße alle Sympathisanten unser Bewegung!! Noch im Tode verfluche ich das mir zutiefst verhaßte System der sogenannten DDR. Möge mein Märtyrertod noch viele Mitmenschen aus ihrer stumpfen Proletahrgie reißen.*<sup>80</sup>

---

80 Ebd., Bl. 55–57.

BStU  
000001

AKG

Bezirksverwaltung Dresden

Gen. Modrow/Michel

Dresden 23.6.83

Vert.: ZAKG

172/83

die Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit  
in Form der Androhung einer Selbstverbrennung  
durch [REDACTED]

*[Signature]*

Dokument 5: Suiziddrohungen wurden in der DDR teilweise als politische Straftaten verfolgt (Quelle: BStU, MfS, BV Dresden, AKG PI 172/83, Bl. 1, 2)

BStU  
000002

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden erfolgte wegen Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit gemäß § 214 (1) StGB die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens mit Haft gegen

geb. [REDACTED] 1945 in [REDACTED]  
 m. [REDACTED]  
 Reparaturschlosser im VEB [REDACTED]

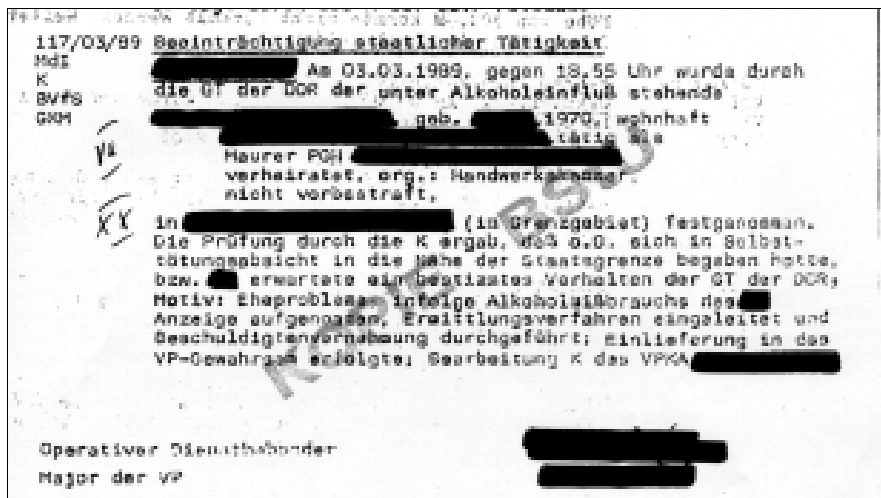
geschieden/für 1 Kind (11 Jahre) unterhaltspflichtig  
 Ersuchen auf ständige Ausreise aus der DDR nach Frankreich  
 am 15. 10. 82 - im Nov. 82 durch VPKA [REDACTED] als rechts-  
 widrig abgelehnt  
 ca. weitere 4 Schreiben an staatliche Organe der DDR.

[REDACTED], der sein rechtswidriges Übersiedlungsversuchen damit begründete, ständigen Wohnsitz bei seinem in der BRD lebenden Vater (nach Angaben des [REDACTED] krebserkrankt) nehmen zu wollen, sandte unter dem Datum 12. 6. 1983 ein von ihm handschriftlich gefertigtes Schreiben an den Staaterrat der DDR, in dem er die Tätigkeit staatlicher Organe durch Drohung mit Selbstverbrennung in der Öffentlichkeit beeinträchtigen und seine Übersiedlung in die BRD erzwingen wollte.

Der Inhalt seines Schreibens lautete u. a.:  
 "Protest gegen die unmenschlichen Praktiken der DDR -  
 Hiermit gebe ich bekannt, daß ich mich am 17. 6. 1983 öffentlich in Berlin mit 10 Liter Benzin übergieße, an einem Mast anketten und anzünde. Ein freiwilliger Feuertod ist mein persönlicher Protest gegen Ihre unmenschlichen Praktiken."

Laut Verteiler des Schreibens hatte er beabsichtigt, Duplikate seines Schreibens den Botschaften der USA, Großbritannien, Frankreichs und der UdSSR sowie der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR zuzuleiten. Davon will er aber Abstand genommen haben. [REDACTED] gibt an, daß er die angedrohte Demonstrativhandlung am 17. 6. 1983 tatsächlich begehen wollte und habe zu diesem Zweck bereits die entsprechende Zugverbindung nach Berlin ermittelt und in seiner Wohnung Ketten und ein Schloß bereitgelegt.

Durch Festnahme wurde [REDACTED] an der Ausführung seiner Tat gehindert.



Dokument 6: Auch der Versuch eines lebensmüden Maurers, sich an der Mauer erschießen zu lassen, wurde als „Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit“ gewertet (Quelle: BStU, MfS, BV Potsdam, AKG 2364, Bl. 201)

Der Kommentar des MfS dazu: *Obwohl [Braun] in diesem Brief seine Handlung „politisch“ motivierte, sind die im Sachstandsbericht angeführten möglichen Tatmotive damit nicht entkräftet. Es entsteht nachwievor der Eindruck, daß [Braun] seine Handlung zwar zu „politisieren“ versuchte, jedoch die Verschuldung bei anderen SG mit eine Ursache war.*

Zu der erwähnten Flugblattaktion hat das MfS keine Anhaltspunkte und vermutet, dass sie *von ihm erfunden wurde*.

### Selbsttötungen von Ausreiseartragstellern

Es gehört wohl zu den prägnantesten Charakteristika des Versuches, den angestrebten Sozialismus gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit zu erzwingen, dass die SED-Führung 1961 die DDR komplett abriegelte, jedes Ansinnen auf Verlassen des Territoriums der DDR als Verletzung des eigenen Herrschaftsanspruches ansah und dem entsprechend bestrafte. Für den Versuch, auf eigene Faust an der Ostsee, in der CSSR oder in Rumänien illegal über die Grenze zu gehen, oder sich von *Fluchthelfern* gegen gute Bezahlung nach Westberlin bringen zu lassen, kamen Zehntausende ins Gefängnis. An dieser Kriminalisierung des Menschenrechtes der freien Wahl des Wohnsitzes änderten auch der Grundlagenvertrag zwischen DDR und BRD im Jahr 1972 und die Unterzeichnung der

KSZE-Schlussakte in Helsinki im Jahr 1975 grundsätzlich nichts. Zwar waren seit 1972 Übersiedlungen in die Bundesrepublik unter bestimmten Bedingungen möglich, zudem kaufte die Bundesrepublik seit 1964 zehntausende Häftlinge gegen ein Kopfgeld frei – Ausreisearträge blieben aber laut offiziellem Sprachgebrauch „rechtswidrige Ersuchen“. Mit dem Stellen eines solchen Antrags riskierte der Betreffende den abrupten sozialen Abstieg und menschliche Isolation – eine Situation, die Ausreiseartragsteller wegen der schleppenden Bearbeitung der Anträge oft jahrelang ertragen mussten.

Laut Akten des MfS ist es seit 1975 zu einer Häufung von Suizidfällen von Ausreisewilligen gekommen. Oft hatten die Betreffenden monatelange Auseinandersetzungen (zumeist mit der Abteilung Inneres der Räte der Kreise und Bezirke) geführt; hier erfuhren sie häufig in barscher Form von der Ablehnung ihrer Anträge und Eingaben. Einige der mehrfach abgelehnten Antragsteller suchten in ihrer Verzweiflung den Tod; in den meisten Fällen waren die

Suizidversuche gleichzeitig auch ein letzter Hilfescrei. Die Reaktionen der staatlichen Organe auf solche Verzweiflungstaten fielen unterschiedlich aus, wie die folgenden Beispiele zeigen:

Am 24. April 1977 wurde eine vierköpfige Familie, die den Gashahn aufgedreht hatte, durch Hausbewohner bewusstlos vorgefunden und nach sofortigem Transport in ein Krankenhaus gerettet.<sup>81</sup> *In der Wohnung ... wurden vier durch die einzelnen Familienmitglieder handschriftlich gefertigte Zettel aufgefunden, aus denen ersichtlich war, daß sie den Versuch der Selbsttötung auf Grund der bisherigen Ablehnung ihrer Übersiedlungsersuchen nach der BRD unternommen haben wollen*, berichtete das MfS, das die Zettel beschlagnahmte. Die Familie hatte im Februar 1976 einen Ausreiseartrag gestellt, der im November abgelehnt wurde. Eingaben an das Ministerium des Innern, den Staatsrat und den Ministerrat blieben erfolglos. Statt dessen führten Vertreter der Staatsmacht mit dem 36-jährigen Familienvater mehrere Aussprachen mit dem Ziel, ihn zum Rückzug seines Übersiedlungsersuchens zu bewegen. Darauf reagierte dieser mit der Ankündigung, entweder eine Flucht zu versuchen oder sich das Leben zu nehmen.

Der wenig später tatsächlich erfolgte Suizidversuch löste im Partei- und Staatsapparat rege Betriebsamkeit aus. *Die Ernsthaftigkeit seiner Äußerungen wird durch den vorgenannten Selbsttötungsversuch unterstrichen*, stellte das MfS in seinem u. a. an Erich Honecker und Erich Mielke abgeschickten Bericht fest. Bereits drei Tage nach dem „Vorkommnis“ lag nicht

81 Vgl. BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2680, Bl. 1–5.

nur eine vom Rat des Bezirkes in Abstimmung mit Bezirks- und Kreisleitung der SED vorgenommene Befürwortung des Übersiedlungersuchens im Ministerium des Innern vor; auch die Bestätigung des Mdl war bereits erfolgt und die Familie auf eine Liste gesetzt worden, die der Sicherheitsabteilung des ZK der SED Anfang Mai 1977 zur Bestätigung vorgelegt werden sollte. Inwiefern dieser Vorgang durch den Selbsttötungsversuch ausgelöst oder nur beschleunigt wurde, ist anhand der MfS-Akte nicht rekonstruierbar. Die vom MfS gegenüber den Antragstellern vertretene Version, ihr Ersuchen sei bereits genehmigt gewesen und sie sollten in diesen Tagen benachrichtigt werden, ist jedoch unschwer als Lüge zu erkennen. Den Betroffenen sollte weisgemacht werden, dass sie lediglich zu ungeduldig waren. Gleichzeitig sollte, so empfahl das MfS, die bevorstehende Ausreise als Mittel zur Disziplinierung benutzt werden, damit sie sich bis zum Verlassen des Landes *jeglicher rechtswidriger Handlungen gegen die DDR enthalten*.

Am 29. November 1977 wurde die MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt von einem Arzt informiert, dass eine *rechtswidrige Antragstellerin* mit einer Tablettenvergiftung (gemeinsam mit ihrem Sohn) in das Bezirkskrankenhaus eingeliefert wurde. Im Februar 1976 hatte die Frau mit ihrer Familie einen Ausreiseantrag gestellt. Neben mehreren Eingaben an den Staatsrat hatte sie über eine Deckadresse auch Briefe an das ZDF, die Menschenrechtskommission und Bundeskanzler Schmidt geschickt. Da das MfS die Frau aber bereits in einer Operativen Personenkontrolle bearbeitete, wurden die in die Bundesrepublik geschickten Briefe konfisziert. Auch der Suizidversuch beschleunigte die Übersiedlung nicht, im Gegenteil: Nach der Rettung sollte die Frau strafrechtlich belangt werden, da sie versucht hatte, ihren Sohn mit in den Tod zu nehmen.<sup>82</sup>

Eine Folgewirkung des gewaltigen Medienechos auf Brüsewitz' Tat war, dass mehrfach DDR-Bürger eine öffentliche Selbstverbrennung androhten, um dadurch ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu erwirken. Allerdings konnten demonstrative Suizide bzw. Suiziddrohungen in der DDR als „Beinträchtigung der Tätigkeit staatlicher Organe“ (§ 214) oder sogar als „Staatsfeindliche Hetze“ (§ 106 StGB) bestraft werden, was auch mehrfach geschah.<sup>83</sup>

In einem anderen Fall sah die Staatsmacht, obwohl die Tat als *Vortäuschung einer Selbstverbrennung* bis zu Honecker und Mielke gemeldet wurde, von einer Bestrafung ab.

82 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 504, Bd. 2, Bl. 381f.

83 Reiner Stenzel, Zur Anwendung des § 217 a StGB, Potsdam 1978, in: BStU, MfS, VVS JHS 001-416/77, Bl. 15.

Am 25. April 1977 hatte ein Arbeiter im Büro des Betriebsleiters seine Hose mit Dieselmotorenstoff übergossen und angezündet, um damit seinem Verlangen nach Ausreise in die Bundesrepublik Nachdruck zu verleihen.

Der 35-Jährige, der 1961 aus Köln in die DDR übergesiedelt war, wurde in dem zwei Tage später verfassten MfS-Bericht als wenig arbeitsfreudiger Mensch geschildert, der zu Arbeitsbummelei und übermäßigem Alkoholenuss neigte. Mehr als zehnmal hätte er die Arbeitsstelle gewechselt, was für DDR-Verhältnisse extrem ungewöhnlich war. Zudem wurde vermerkt, *daß er ständig die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD verherrlicht und wegen staatsfeindlicher Hetze, Staatsverleumdung, versuchten ungesetzlichen Verlassens der DDR und wegen Einbruchsdiebstahls mit insgesamt 2 Jahren und 4 Monaten Freiheitsentzug vorbestraft ist*.

Seit 1965 verheiratet, war er Vater von vier Kindern. Die Frau arbeitete als Raumpflegerin. Seit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki 1975 stellte er insgesamt fünf Anträge auf Übersiedlung seiner Familie in die Bundesrepublik. Er erklärte darin unmissverständlich, *daß er mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR nicht einverstanden wäre, mit ihnen nicht zurechtkomme und seine Heimat die BRD sei ... , wo er auch seine gesamte Verwandtschaft habe*. In einem Schreiben an den Minister des Innern drohte er zudem, sich im Falle einer Ablehnung an die ausländische Presse zu wenden. Inzwischen hätte seine in der Bundesrepublik lebende Mutter bereits Kontakt zu BILD aufgenommen. *Des weiteren beabsichtige sie, vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn eine Demonstrativhandlung durchzuführen und mit dem ZDF sowie Löwenthal in Verbindung zu treten*.

Angesichts dieser Sachlage schlug das MfS nach Abstimmung mit den zuständigen Organen (Rat des Bezirkes, SED-Bezirks- und Kreisleitung) vor, *keine strafrechtlichen Maßnahmen einzuleiten und einer Übersiedlung zuzustimmen*. In Abhängigkeit von der Heilungsdauer der (nicht lebensgefährlichen) Brandwunden und unter der Bedingung, dass er sich *in der Folgezeit jeglicher rechtswidriger Aktivitäten gegen die DDR enthält*, sollte dem Betroffenen in Aussicht gestellt werden, *in die der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED zur Bestätigung vorzulegende Liste im III. Quartal 1977 aufgenommen zu werden*.<sup>84</sup>

### **Sie müssen mir helfen, dieses Land noch vor dem Prozess zu verlassen – Suizid einer Mutter von vier Kindern**

Im Fall einer 28-jährigen Frau und Mutter von vier Kindern, die sich im März 1979 das Leben genommen hat, wurde das MfS erst nach Veröffentlichungen in der bundesdeutschen Presse aktiv. Die Staatssicherheit

84 BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2681, Bl. 1–6.

---

wollte Behauptungen von Massenmedien der BRD und Westberlins ... über die Selbsttötung einer französischen Staatsbürgerin in ... wegen angeblicher Verweigerung einer Übersiedlung nach Frankreich durch die DDR-Behörden überprüfen.

Der Informationsbericht des MfS lässt erkennen, dass hier eine große, politische und eine kleine, zwischenmenschliche Tragödie gleichermaßen unheilvoll zusammen gewirkt haben. Der Bericht zitiert Passagen aus den Abschiedsbriefen der Frau (im folgenden Marga Piel genannt), in denen sie zu verstehen gibt, dass sie aus dem Leben geht, da ihr Mann sie aufgegeben hat. Angesichts dessen resümierte das MfS: *In hinterlassenen Briefen an ihre Eltern und ihren Ehemann kommt zweifelsfrei zum Ausdruck, daß ihr Entschluß aus dem Leben zu scheiden, auf die zerrütteten Eheverhältnisse zurückzuführen ist.* Gestützt wurde diese Behauptung zusätzlich durch Befragungen im Wohngebiet, wo Marga Piel *einen schlechten Leumund* hatte. *Sie galt als unsauber, ordinär, verlogen und streitsüchtig und sprach gern dem Alkohol zu.* Die Ehe wäre nicht stabil gewesen: *Sie war bereits einmal von ihrem Ehemann geschieden, heiratete ihn aber dann wieder.* Zudem hätte sie auch ihre Kinder *nicht im Sinne unseres Staates* erzogen.

Die vollständigen Abschiedsbriefe sind nicht in den Akten erhalten, so dass nicht nachprüfbar ist, ob die Zitate des MfS möglicherweise tendenziös und aus dem Zusammenhang gerissen sind. Doch selbst wenn die Behauptung, in den Briefen wären *keinerlei Hinweise* auf die nicht genehmigte Ausreise enthalten, der Wahrheit entsprechen würde, so bleibt doch als grundsätzliche Konfliktsituation die Auseinandersetzung um das angestrebte Verlassen der DDR. So, wie der MfS-Bericht die Zitate interpretiert, verengt er die Konfliktsituation der Frau allein auf die kleine Tragödie. Diese ist jedoch in eine große Tragödie eingebettet und ohne diese nicht zu verstehen.

Diese große Tragödie ist die Geschichte einer deutsch-französischen Familie. Marga Piel wurde in Frankreich geboren. Ihr Vater, ein Deutscher, der nach dem 2. Weltkrieg eine Französin heiratete, siedelte mit seiner Familie im Jahr 1962 in die DDR über. Im Zuge dieser Übersiedlung wurde die Minderjährige (Marga Piel war zu diesem Zeitpunkt 11 Jahre alt) in die Staatsbürgerschaft der DDR übernommen. Nach dem Staatsbürgerschaftsrecht Frankreichs indes galt sie, da sie Kind einer Französin war, weiterhin auch als französische Staatsbürgerin. Daher hätte man sie, im übrigen auch ihre Kinder, als „Doppelstaatlerin“ behandeln müssen; für die doppelte Staatsbürgerschaft aber gab es im Rechtsverständnis der DDR keinen Platz.

Die Eltern von Marga Piel hatten ihren Schritt, in die DDR zu ziehen, schon bald bereut. 1973 verließen sie nacheinander, indem sie jeweils von einer Reise nicht zurückkehrten, die DDR, und ließen sich wieder in Frank-

---

reich nieder. In den folgenden Jahren versuchten Marga Piel und ihr Ehemann, ebenfalls nach Frankreich überzusiedeln. Mehrere Ausreiseanträge wurden abgelehnt. Im August 1978 schließlich versuchte das Ehepaar, mit seinen drei Kindern (im Alter zwischen zwei und acht Jahren) über die CSSR nach Österreich zu fliehen, was misslang. Marga Piel war zu diesem Zeitpunkt hochschwanger, weshalb gegen sie nur ein „Ermittlungsverfahren ohne Haft“ durchgeführt wurde. Ihr Mann hingegen musste für ein Jahr und zehn Monate ins Gefängnis. Das wiederum führte dazu, dass Marga Piel, als sie ihr viertes Kind zur Welt brachte, ohne Hilfe war. Neben der Sorge um die vier Kinder bedrängte sie die Angst vor dem drohenden Prozess, denn das Verfahren gegen sie war nur für die Dauer des Schwangerschaftsurlaubs aufgeschoben; bereits im April 1979 sollte die gerichtliche Hauptverhandlung eröffnet werden. Dagegen wehrte sich Marga Piel bis zum Schluss, sie schrieb nicht nur Eingaben an Erich Honnecker, sondern auch an einen französischen Rechtsanwalt: *Sie müssen mir helfen, dieses Land noch vor dem Prozeß zu verlassen. Wenn ich verurteilt werde, kommen meine Kinder ins Waisenhaus ..., was mit mir geschieht, ist mir egal, aber ich möchte meine Kinder in Sicherheit wissen.* Dieses Zitat befindet sich nicht in den MfS-Akten, sondern wurde nach ihrem Tod in einer westlichen Zeitschrift veröffentlicht. Dort finden sich auch weitere Details der Lebenssituation einer permanent überforderten, durch die staatlichen Organe drangsalierten Frau, zum Beispiel musste Marga Piel *ihre bisherige Wohnung verlassen und in eine unzumutbare Behausung ziehen.*

In dieser Situation – die Versuche, per Ausreiseantrag oder Fluchtversuch zu den Eltern nach Frankreich zu gelangen, waren fehlgeschlagen, der Ehemann saß für 22 Monate im Gefängnis, ein ähnliches Schicksal drohte auch ihr – genügte eine letzte Enttäuschung, ein Brief des Ehemanns aus dem Gefängnis, um das Gefühl des Scheiterns unüberwindlich erscheinen zu lassen. *Ich mache nicht weiter. ... hat mich aufgegeben. Ich wüßte jetzt nicht, warum ich weiter machen sollte,* schrieb Marga Piel im letzten Brief an ihre Eltern.<sup>85</sup> Danach drehte sie den Gashahn auf.

### **Das hier einfach nicht ausgehalten – Tod eines Kirchenvorstandsmitgliedes**

Am 23. November 1977 erhielt ein 38-jähriger DDR-Bürger, im folgenden Walter Kühne genannt, ein Telegramm von seinen Eltern aus der Bundesrepublik. Kühne, der in einer sächsischen Kleinstadt lebte, stammte ursprünglich aus dem Westen, war aber 1963 in die DDR übersiedelt, um hier zu heiraten und eine Familie zu gründen. Inzwischen hatte der 38-

85 BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2963, Bl. 1–6.

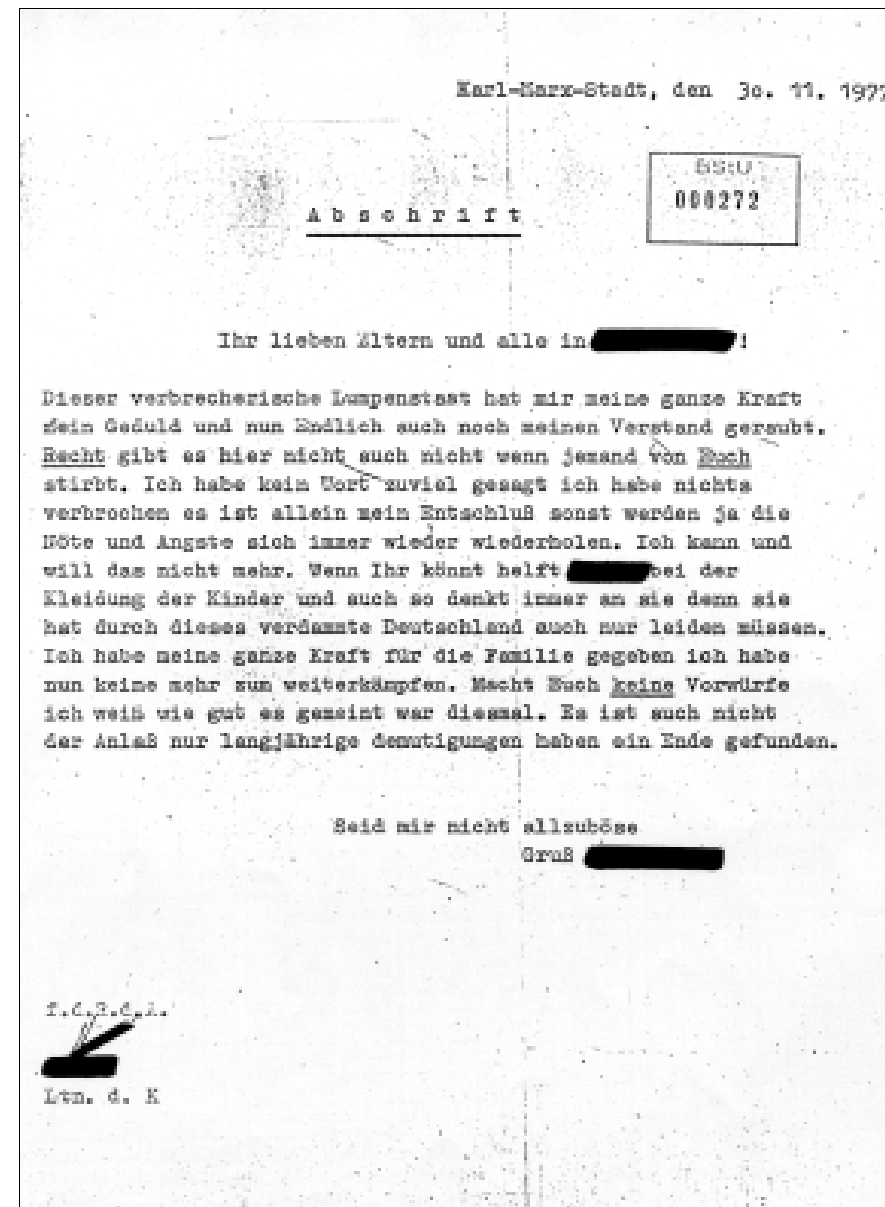
Jährige zwei Kinder, war Kleingärtner und aktives Mitglied des Kirchenvorstandes. Beschäftigt war der gelernte Maschinist in einem VEB, wo der als *sehr intelligent* geltende Mann einen *guten Posten* hatte. Materiell ging es ihm gut, zumal ihm seine Eltern vor kurzem ein Auto über „Genex“ geschenkt hatten.

Das Telegramm, das ihn Ende November erreichte, besagte, dass seine Mutter lebensbedrohlich erkrankt sei und sich in stationärer Behandlung befinden würde. Zwei Krankenhaus-Ärzte hatten die Nachricht beglaubigt, zudem hatte das Gesundheitsamt sein Siegel darunter gesetzt.

Umgehend reichte Walter Kühne einen Antrag auf eine Privatreise in die Bundesrepublik ein. Am 28. November sprach er im Volkspolizei-Kreisamt (VPKA), Abteilung Paß- und Meldewesen, vor. Seine Antrag, so erfuhr er dort, wurde abgelehnt. Daraufhin bat er um einen Termin beim Amtsleiter, den er auch für den nächsten Vormittag erhielt.

Vor dieser Aussprache wurde der Fall im VPKA diskutiert. Walter Kühne hatte im Vorjahr gemeinsam mit seiner Familie einen Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik gestellt, der abgelehnt wurde. Daraufhin hatte der Antragsteller geäußert, dass die Ablehnung seine Haltung nicht verändern würde. 12 Jahre hätte er seine Arbeitskraft der DDR gegeben, *obwohl dies oftmals eine politische Belastung für ihn gewesen sei*, jetzt wolle er übersiedeln. Angesichts dieser Haltung, die Kühne auch dem ABV gegenüber gezeigt hatte, könne er nicht in den Westen fahren, so die einhellige Meinung der zuständigen Volkspolizisten. Das teilten sie dem Antragsteller am Morgen des 29. November, laut VP-Protokoll zwischen 9.10 und 9.25 Uhr, mit. Resigniert begab sich Walter Kühne in den Betrieb seiner Frau und schilderte ihr, dass er in rüdem Ton abgefertigt worden sei. „Auch wenn Ihre Mutter stirbt“, hätte der Amtsleiter gesagt, „können Sie nicht fahren.“ Mit anderen Worten: Ihm wurde bedeutet, dass er die DDR unter keinen Umständen verlassen, dass er weder seine Heimat noch seine Eltern und Verwandten jemals wieder besuchen dürfe. Zu Hause angekommen, schrieb er zwei Briefe, einen an seine Eltern, einen an seine Ehefrau.

Zudem legte er auf den Tisch einen Zettel, den seine Frau fand, als sie gegen Mittag nach Hause kam: *Such mich nicht sie werden mich schon finden.* Zur selben Zeit meldete ein Kind dem ABV, dass es im Wald einen Mann an einem Baum hat hängen sehen. Die Untersuchungen führte die Kriminalpolizei, die noch am selben Tag bei der Witwe erschien und die Herausgabe des Abschiedszettels verlangte. Dabei erfuhr der Oberleutnant der Kripo, dass der Tote zwei weitere Briefe hinterlassen hat. Die Witwe, die sich zwischenzeitlich auch schon mit dem Pfarrer (der mit der betroffenen Familie eng befreundet war) besprochen hatte, gab diese aber erst heraus, nachdem sie Abschriften davon erstellt hatte.



Dokument 7: MfS-Abschriften der Abschiedsbriefe von Walter Kühne  
(Quelle: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 504, Bd. 2, Bl. 272, 273)

Karl-Marx-Stadt, den 30. 11. 1977

BSU  
000273

A b s c h r i f t

Liebe [REDACTED]:

Wenn Du kannst so verzeih mir ! Ich habe keine Kraft, mich noch viele Jahre mit den Behörden herumzustreiten um mein gutes Recht. Ich weiß nicht warum man so hart zu mir ist wo ich so viel gutes für diesen Staat getan habe.  
Sag es allen daß dieser

Verbrecherstaat

mir unsagbares Leid immer wieder zugefügt hat und dies sicher auch noch viele Jahre tun würde.  
Seid Ihr drei brav und haltet zusammen es wird schon gehn bis die Kinder groß sind. Arbeite Du [REDACTED] nicht soviel und denk immer dran daß ich es einfach hab nicht mehr aus-  
halten können

Gruß [REDACTED]

f.d.R.d.A.

[REDACTED]  
Ltn. d. K

Abteilung 26/ V 2

Karl-Marx-Stadt, den 29.11.1977

0912

BSU  
000292

I n f o r m a t i o n  
vom 29.11.1977

Betrifft: Selbstmord eines Kirchenvorstandsmitgliedes aus [REDACTED] weil er keine Erlaubnis bekommen habe, seine schwerkränke Mutter in der BRD zu besuchen.

Eine [REDACTED] aus [REDACTED], Telefon [REDACTED] sprach mit einer [REDACTED] aus [REDACTED] BRD, über gegenseitig abgeschickte Weihnachtspost.

[REDACTED] informierte [REDACTED] darüber, daß sie eben eine tragische Mitteilung bekommen habe. Bei ihnen hätte sich heute ein junger Mann, der im Kirchenvorstand sei, erhängt. [REDACTED] würde diesen Mann kennen.

Dieser junge Mann stamme aus der BRD und habe sich mit einer Bürgerin der DDR immer in Berlin getroffen. Der sei dann in die DDR übersiedelt und habe diese Bürgerin hier geheiratet. Seine ganze Verwandtschaft und auch seine Eltern würden in der BRD wohnen.

Dieser junge Mann habe hier einen guten Posten und der wäre sehr intelligent. Der würde auch zwei Kinder haben.

Heute früh habe der ein Telegramm erhalten, daß seine Mutter in der BRD schwer erkrankt sei. Er möchte sofort kommen, seine Mutter schwebt in Lebensgefahr. Mit diesem Telegramm sei der rein in die Stadt. Dort wäre ihm gesagt worden, daß er keine Genehmigung bekomme, seine Mutter in der BRD zu besuchen. Aus Verzweiflung darüber sei der in den Wald gegangen und habe sich erhängt.

000  
000293

- 2 -

war im Moment der Name dieses jungen Mannes entfallen.  
Sie wollte das alles noch einmal schreiben.

Aus den Äußerungen von ging noch hervor, daß dieser junge Mann einen Antrag auf Ausreise aus der DDR gestellt habe und bei ihnen in in der Kirche ganz aktiv wäre. Dieses Jahr hätten dem die Eltern über Genex erst einen Wagen geschenkt.

bemerkte, sie würden gar nicht darüberhinwegkommen, daß sich dieser junge Mann das Leben genommen habe. Dem sei heute in der Stadt auch gesagt worden, daß er beim Tod seiner Mutter auch keine Genehmigung erhalten würde, zur Beerdigung seiner Mutter in die BRD zu reisen.

B-10  
Busch  
Hptm.

Am Morgen des 30. November 1977 trafen sich im Rat des Kreises einige Vertreter der Staatsmacht, um das weitere Vorgehen zu koordinieren. Aus dem Ort kam die stellvertretende Bürgermeisterin, vom Rat des Kreises waren der Ratsvorsitzende, sein Stellvertreter für Inneres und der Referent für Kirchenfragen anwesend. Zudem nahm der Sektorenleiter Kirchenfragen des Rates des Bezirkes an der Beratung teil.

Danach fuhren der Stellvertreter Inneres und der Mitarbeiter Kirchenfragen des Rates des Kreises in den Ort und führten dort ab 10.30 Uhr Aussprachen durch. Darüber hinaus stimmten sie sich mit der SED-Kreisleitung und der Mordkommission der Kripo ab. Der Pfarrer, der eigentlich um 13.00 Uhr eintreffen wollte, kam mit zwei Stunden Verspätung (er hatte für die Familie des Verstorbenen Besorgungen erledigt, u. a. Einreisetelegramme für die Angehörigen aufgegeben), und sein Auftreten wurde von den staatlichen Funktionären als aggressiv empfunden. Auch glaubten die Vertreter des Staatsapparates zu erkennen, *daß er viele Antworten bewußt verschwieg und nicht in jedem Fall die volle Wahrheit sagte.* Der Pfarrer verhinderte zunächst auch einen Besuch der Funktionäre bei der Witwe; am Abend erschienen dann aber doch noch die stellvertretende Bürgermeisterin und der Referent für Kirchenfragen bei ihr, um *im Namen der jeweiligen Organe ihr Beileid zum Ausdruck zu bringen und mit Frau [Kühne] Kontakte zur Gesamtsituation aufzunehmen.*

Nach dem Ende des Einsatzes vor Ort wurden der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und der Ratsvorsitzende des Kreises informiert. Erneute Beratungen am nächsten Morgen, dem 1. Dezember 1977, mündeten in den Plan, einen voraussichtlichen Teilnehmer der Beerdigung, ein Mitglied der SED, zum Stellvertreter für Inneres des Rates des Kreises zu bestellen, um mit ihm ein Vorgehen gegen mögliche Provokationen abzusprechen. Der Vorgeladene, der noch am selben Tag erschien, fiel jedoch gleich mit der Ankündigung ins Haus, *daß er mit dem Geschehenen nicht zufrieden sei und sich in einem persönlichen Brief an den Generalsekretär des ZK, Gen. Erich Honecker wenden wird, mit der Bitte um Unterstützung bei der endgültigen Klärung dieser Angelegenheit.* Er würde den Verstorbenen als einen besonnenen, ruhigen und sachlichen Menschen kennen, der sich immer in Rahmen der Gesetze und der christlichen Gebote bewegt hätte. *Wenn er diese Tat nun doch begangen hat, müssen Ereignisse stattgefunden haben, die ihn zum Selbstmord getrieben haben.* Die Ablehnung der Reise durch die Volkspolizei nannte der Genosse zu *hartherzig* und machte den staatlichen Organen Vorwürfe, dass man nicht vorher mit ihm gesprochen hatte, denn er hätte in der Vergangenheit *stets einen positiven Einfluss* auf den Verstorbenen nehmen können.



---

Abschließend gab er der Befürchtung Ausdruck, daß die morgige Trauerfeier zu einer politischen Demonstration wird, weil er überzeugt ist, daß die starke Kirche in ... und Teile der Bevölkerung daran interessiert sind. Er selbst wollte zur Trauerfeier nicht auftreten und Rechtfertigungen suchen. Es wird sein Bemühen sein, auch später seinen positiven Einfluß geltend zu machen, auch gegenüber der Bevölkerung, soweit es in seinen Kräften steht.

Interessanter Weise spielte das MfS bei den geschilderten Vorgängen nur eine Beobachter-Rolle. Die erste Information kam aus der Abteilung 26 (die für das Abhören von Telefongesprächen zuständig ist). Aus dem Telefonat einer Einwohnerin des Ortes in die BRD erfuhr die Abteilung 26 von dem Todesfall am 29. November und verfasste eine Information unter dem Titel: *Selbstmord eines Kirchenvorstandsmitgliedes aus ..., weil er keine Erlaubnis bekommen habe, seine schwerkranke Mutter in der BRD zu besuchen.*

Über den Umweg der Bezirksverwaltung Leipzig wurde der MfS-Kreisdienststelle des Ortes dann am 1. Dezember die Befürchtung einer Universitätsangestellten zugetragen, die bevorstehende Beerdigung könnte zu einer politischen Demonstrativhandlung ausgenutzt werden und der Tote als Märtyrer gefeiert werden. Aus einem Bericht eines IM „Friedrich“ wusste das MfS zudem, dass sich die Abschriften der beiden Abschiedsbriefe im Besitz des für die Beerdigung zuständigen Pfarrers befanden, und dass der Pfarrer nach Erhalt der Briefe mit dem Superintendenten gesprochen hatte.

Schließlich hatte das MfS auch ein Telefonat dieses Superintendenten am 1. Dezember abgehört, woraus hervor ging, dass die Kirche kein Interesse daran hatte, die Lage zu verschärfen. *Wir werden alles vermeiden müssen, um irgendwie Öl ins Feuer zu gießen. Es wird schon genug Schreckliches hier geredet*, sagte der Superintendent zu einem Amtskollegen und äußerte auch Verständnis für die *Erregung der staatlichen Stellen*. Unter der Bevölkerung sei *ein derartiger Aufruhr*, schilderte er die Situation, räumte aber gleichzeitig ein: *Aber das hätten sie selber auszumachen. Das könnte nicht die Kirche in Ordnung bringen.* Auf keinen Fall sollten die Abschiedsbriefe veröffentlicht werden, betonte er, *aber man kann nun andererseits auch nicht so tun, als wäre hier ein armer Irrer aus dem Leben geschieden.* Das bedeutete für die Beerdigung, *daß natürlich nicht die Wahrheit verschwiegen werden kann, warum der Betreffende das getan hat und im übrigen, daß wir uns nicht Vorschriften machen lassen im Blick auf unsere Verkündigung.* Den Anlass für den Selbstmord sah der Superintendent eindeutig in der Verweigerung der Reisegenehmigung: *Die Polizei hat offenbar sich derartig inhuman ihm gegenüber verhalten, wahrscheinlich auch im Ton, daß der Mann keinen Ausweg mehr gesehen hat, als diesen Verzweiflungsschritt zu tun.* Darüber hinaus hätte sich die Verzweiflungstat des Mannes *schon jahrelang angebahnt.* Er sei vor 15 Jah-

---

ren aus der BRD hier übergekommen und hätte das hier einfach nicht ausgehalten. Dennoch müsste die Kirche jetzt deeskalieren: *Es wäre Torheit, daraus jetzt politisches Kapital zu schlagen. Das wäre auch sachlich falsch. Was hierher gehört, ist etwas ganz anderes, nämlich wirklich ein geistliches Wort zur Bewältigung von Konflikten.*

Die Beerdigung von Walter Kühne fand am 2. Dezember statt. Neben den etwa 40–45 Trauergästen fanden sich auch einige Mitarbeiter der MfS-Observationsabteilung VIII auf dem Friedhof ein. Deren fünfseitiger Beobachtungsbericht schilderte minutiös und aus naiver Perspektive die christliche Trauerfeier. Vorkommnisse nahmen die Stasi-Leute nicht wahr. Nur einmal horchten die Spitzel auf, der Pfarrer bekannt gab, dass *viele Menschen am heutigen Tage angerufen hätten, die nicht persönlich erscheinen können, aber ihre Verbundenheit zum Verstorbenen damit zum Ausdruck bringen wollten.* Aber, schränkte der MfS-Bericht gleich darauf ein, *diese angeführten Fakten nahmen einen kleinen Teil der Predigt ein, und waren eingebettet, um bei den Anwesenden den Glauben an Gott und zur Kirche zu erhalten.* Auch die Worte des Pfarrers, *viele Menschen hätten eine Last und Bürde mit sich herumzutragen, die ähnlich des Verstorbenen ist*, werteten die MfS-Leute nicht als Provokation. Die zum Abschluss vorgenommene Durchsicht der Trauergebilde ergab ebenfalls keinen Hinweis auf politischen Protest: *Die abgelegten Kränze enthielten ausschließlich Aufschriften von Angehörigen und Privatpersonen.*

Bereits am Tag nach dem Selbstmord von Walter Kühne erfuhr die Kriminalpolizei (aus einem Gespräch mit dem Schwiegervater), dass die angeblich lebensbedrohlich erkrankte Mutter bereits am selben Tag wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden sollte. Möglicherweise hatten die Eltern in dem Telegramm die gesundheitliche Gefährdung bewusst übertrieben dargestellt, um dem Sohn eine Reise zu ermöglichen. Der Sohn musste das geahnt haben: *Macht Euch keine Vorwürfe ich weiß wie gut es gemeint war diesmal. Es ist auch nicht der Anlaß nur langjährige demütigungen haben ein Ende gefunden*, schrieb er im Abschiedsbrief an die Eltern.

Während eines Gespräches beim Rat der Gemeinde – zwei Wochen nach dem Tod – schilderte die Witwe von Walter Kühne den Leidensweg ihres Mannes. Mehrfach hatte er Anträge gestellt, seine Eltern und seine Heimat zu besuchen, sie wurden alle abgelehnt. Er hatte schlechte Beurteilungen bekommen, kein Betrieb hätte ihn deshalb mehr einstellen wollen. *Meinem Mann ist in diesem Staat immer ein Stein in den Weg gelegt worden, er hat nie Unterstützung erhalten.* Ihr Fazit daraus lautete: *Dieser Staat sei schuld an der Verzweiflungstat ihres Mannes.* Ihre Vorwürfe stießen jedoch bei der Staatsmacht, deren Vertreterin in diesem Fall die stellvertretende Bürgermeisterin war, ebenso auf taube Ohren wie ihre Bitten um Unterstützung. *Von Seiten des Staatsapparates wird im Ergebnis dieser Aussprache nichts unternommen*, hieß es in einem Bericht der zuständi-

---

gen MfS-Kreisdienststelle an die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt. Daraufhin wies auch die Bezirksverwaltung an, sich *nicht einzumischen*.

Die Witwe hatte indes angekündigt, Anfang 1978 zum Geburtstag des Schwiegervaters einen Antrag zur Besuchsreise in die Bundesrepublik zu stellen. Für dieses Unterfangen, so der Leiter der MfS-Kreisdienststelle am 6. Januar 1978, sollte sie vom MfS keine Zustimmung erhalten ...

### Romeo und Julia in Ostberlin

*SED verbot Liebe: Berliner (West) und Freundin (Ost) vergifteten sich!* – der Artikel auf der Titelseite der BILD-Zeitung weckte Assoziationen zur Liebestragödie von Romeo und Julia: *Ein Pärchen liegt eng umschlungen im Bett. Sie – Marlies V. (26) aus Pankow. Er – Dieter K. (23) aus der Mainzer Straße in Neukölln. Die beiden jungen Leute sind tot. Sie haben Alkohol getrunken, Tabletten genommen und dann den Gashahn in ihrer Pankower Wohnung aufgedreht. Sie haben sich das Leben genommen, weil sie keine Chance mehr sahen zu heiraten. Die SED hatte die Liebe verboten.*

Eigentlich waren die Verantwortlichen im Partei- und Sicherheitsapparat bestrebt gewesen, ein derartiges Presse-Echo zu verhindern. Gleich nach der Entdeckung des Doppelselbstmordes nahm das MfS den Bekanntenkreis der Toten ins Visier. Der Generalstaatsanwalt der DDR teilte dem Westberliner Senat zunächst nur mit, Dieter K. sei eines unnatürlichen Todes gestorben, während er die Todesursache Selbsttötung verschwieg. Die Geheimniskrämerei erwies sich als vergeblich, der von der SED-Führung gefürchtete „Informationsabfluss“ gen Westen funktionierte sehr gut. Der BILD-Artikel entsprach bemerkenswerter Weise in fast allen Details den Angaben in den MfS-Akten. BILD wusste offenbar sogar mehr, die Schwangerschaft von Marlies V. (angeblich war sie im dritten Monat schwanger) tauchte jedenfalls im MfS-Bericht nicht auf. Das konnte aber auch daran liegen, dass der am 14. März verfasste Bericht der MfS-Abteilung IX/7 es bewusst vermeiden wollte, menschliches Mitgefühl zu wecken, und deshalb solche Details ausklammerte.<sup>86</sup>

Laut MfS begann die Entdeckung der Toten damit, dass ihre Mutter am 7. März die Volkspolizei darüber informierte, dass Marlies V. seit zehn Tagen nicht mehr auf ihrer Arbeitsstelle erschienen war. Die VP brach daraufhin die Wohnungstür auf und fand die beiden Leichen vor. Gas strömte noch immer aus dem Küchenherd, obwohl Marlies und Dieter schon seit mindestens drei Tagen tot waren. Mehrere leere Schlaftablettenpackungen *westdeutscher Herkunft* lagen im Wohnzimmer, zudem zwei

---

Abschiedsbriefe *politisch-demonstrativen und hetzerischen Inhalts* (die sich nicht in den Akten befinden). *Von diesen Briefen haben ausschließlich die tätig gewordenen Untersuchungsorgane Kenntnis*, hieß es in dem MfS-Bericht. Als Motiv ihrer Verzweiflungstat hatten die beiden angegeben, *daß die dem K. auferlegte Einreisesperre in das Gebiet der DDR seit Dezember 1976 sowie durch die Einziehung des Personalausweises der V. und der Aushändigung eines behelfsmäßigen Personalausweises PM 12 ein weiteres Zusammentreffen in der DDR bzw. in der Volksrepublik Polen durch die Organe der DDR verhindert bzw. eine Rückkehr des K. in die DDR auf Grund des Bestehens der Einreisesperre für nicht möglich gehalten wurde.*

Was war geschehen? Das Leben von Dieter K., der in einer Kleinstadt in unmittelbarer Nachbarschaft zu Westberlin aufwuchs, war seit jeher eng mit der Berliner Mauer verbunden. Sein Vater war bis zum Mauerbau 1961 sogenannter „Grenzgänger“, wurde 1966 wegen „staatsfeindlicher Hetze“ inhaftiert, zu einer Haftstrafe verurteilt und ein Jahr später ausgewiesen. 1972 versuchte Dieter K., gemeinsam mit einem Freund nach Westberlin zu fliehen. Mit Hilfe einer Leiter kletterten die beiden über die Mauer, wurden dabei von Grenzposten entdeckt; den Freund traf eine tödliche Kugel, ihm gelang es, unverletzt Westberliner Gebiet zu erreichen.

In der fremden Stadt jobbte er als Gelegenheitsarbeiter, nahm auch Kontakt zu seinem Vater auf. Aber es zog ihn bald wieder zurück in die Heimat, weshalb er im Mai 1974 mit einem Tagesvisum nach Ostberlin einreiste. Dieser Versuch endete bereits am Grenzübergang Friedrichstraße, denn er stand auf der Fahndungsliste, weil gegen ihn in Abwesenheit ein Ermittlungsverfahren wegen Republikflucht eingeleitet wurde. Nach einigen Monaten MfS-Untersuchungshaft verurteilte ihn das Kreisgericht Nauen am 19. September 1974 zu dreieinhalb Jahren Haft. Neun Monate saß er ab, dann kaufte ihn die Bundesrepublik frei.

In den folgenden Monaten reiste er mehrfach in der Ostteil Berlins ein, ohne dass ihm die Behörden Schwierigkeiten machten. Im Dezember 1975 lernte er Marlies K. kennen, die als Kranfahlerin in einem VEB beschäftigt war. Nun begann offenbar eine große Liebe. Im Juni 1976 verlobten sich die beiden, im August stellte Marlies V. einen Antrag auf Eheschließung. Bei der Antragstellung gab sie an, nach der Hochzeit nach Westberlin ziehen zu wollen. Zunächst jedoch besuchte sie ihr Geliebter, so oft es ging. 240 Besuchsanträge stellte er (laut BILD) im Laufe des Jahres 1976.

Am 4. Dezember 1976 indes endeten die Besuche abrupt. Gegen Dieter K. wurde eine Einreisesperre sowie eine Transitsperre für Drittstaaten verhängt. Warum das geschah, geht weder aus dem MfS-Bericht noch aus dem BILD-Artikel hervor. Offenbar hat es, wie ein weiterer Pressebericht

86 BStU, MfS, AS 420/80, Bd. 1, Bl. 266–272.

---

nahe legte, nichts mit dem Verhalten von Dieter K. zu tun, sondern ergab sich aus *neuen Maßnahmen der DDR*. Am 21. Dezember sprach Marlies V. im Präsidium der Volkspolizei vor. Sie wollte wissen, ob ihr Verlobter, der in Westberlin arbeitslos war und lediglich etwas Sozialhilfe erhielt, *in die DDR übersiedeln könne, da er sie ja heiraten wolle*. Sie bekam zur Antwort, dass der Verlobte auf Grund der Einreisesperre keine Übersiedlung in die DDR beantragen könne. Das hieß also: Wenn überhaupt, dann würden die beiden nur im Westen zusammen leben können. Folgerichtig stellte Marlies V. am 11. Januar 1977 einen Antrag auf Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. *In diesem Antrag droht sie bei Ablehnung ihres Ersuchens mit der Ergreifung ungesetzlicher Maßnahmen, ohne diese näher zu benennen*, hieß es in einem Stasi-Bericht. Der Antrag wurde am 2. Februar abgelehnt. Gleichzeitig entzog die Kriminalpolizei Marlies V. den Personalausweis und teilte ihr mit, dass sie vom Paß- und visafreien Reiseverkehr ausgeschlossen wäre. Eine Woche später sollte sie in der VP-Meldestelle einen vorläufigen Personalausweis (PM 12) beantragen.

Damit wurde Marlies V. die letzte Möglichkeit, mit Dieter K. zusammen zu sein, genommen. Mitte Januar hatten sich die beiden noch einmal heimlich in Polen getroffen. Als DDR-Bürger konnte man einfach mit dem Personalausweis einreisen, Dieter K. hatte sich in Westberlin ein Transitvisum besorgt. Zu Beginn des Jahres 1977 schrieb Dieter K. in Westberlin Beschwerden gegen das Reiseverbot, wandte sich am 6. Januar an den Westberliner Senat und am 20. Januar an den Bundeskanzler. Das Kanzleramt bekundete *viel Verständnis* für den Briefschreiber und leitete sein Anliegen an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen weiter. Laut BILD bekam er von dort *keine positive Antwort*. Am 25. Februar 1977 veranstaltete Marlies V. eine Abschiedsfeier. Die geladenen Freunde gaben später zu Protokoll, dass sie keine *ernsthafte Situation einer beabsichtigten Selbsttötung erkennen* konnten. Dass Marlies V. ihren Sohn für zehn Tage bei ihrer Mutter untergebracht hatte, weckte ebenfalls keinen Verdacht, da Winterferien waren.

Am nächsten Tag sollte zudem Dieter K. zu Besuch kommen. Er reiste mit einem Trick in die DDR ein, indem er mit einem Transitvisum in Richtung Polen fuhr, aber schon in Ostberlin aus dem Zug stieg. Im Gepäck hatte Dieter K. eine größere Menge Schlaftabletten. Bereits seit Januar 1977 erwogen die beiden Liebenden einen gemeinsamen Tod. Bevor sie starben, schrieben sie auf den 26. Februar datierte Briefe: *In den Abschiedsbriefen wird behauptet, daß das Motiv der Handlung in der Einreisesperre des Westberliner Bürgers [K.] und im Entzug des Personalausweises der [V.] zu suchen sei*.<sup>87</sup>

---

87 BStU, MfS, HA IX, Nr. 19240, Bl. 37.

---

### **Erfreut sich bester Gesundheit – Propaganda und Gegenpropaganda**

In den Jahren 1977 bis 1979 erschienen in bundesdeutschen Zeitungen eine ganze Reihe von Meldungen über Selbstmorde in der DDR. Nicht alle entsprachen den Tatsachen. Am 11. Juni 1977 meldete eine Schlagzeile in der Westberliner „BZ“: *Tragödie in Ost-Berlin – Junge Mutter schnitt sich die Pulsadern auf, weil sie nicht zum Vater ihres Kindes darf*.

Das MfS machte daraufhin die Frau ausfindig und stellte fest, dass sie sich bester Gesundheit erfreute: *Zu der in der „BZ“ erfolgten Veröffentlichung erklärte die ..., daß diese ohne ihr Wissen zustande gekommen, in der Mehrzahl der Darlegungen unwahr sei und von ihr entschieden abgelehnt werde. Sie hat sich die Pulsadern nicht geöffnet noch jemals eine solche Absicht bekundet. Den im Artikel als wörtliche Rede genannten Satz „Wenn ich nicht ausreisen darf, dann bringe ich mich um“ habe sie niemals ausgesprochen*.<sup>88</sup>

Gleichzeitig aber machte die Frau gegenüber dem MfS deutlich, dass sie *nach wie vor hartnäckig auf ihre Übersiedlung besteht*. Anfang 1973 hatte sie einen Mann aus Westberlin kennen gelernt. 1974 feierten die beiden Verlobung, ein Jahr später beabsichtigten sie zu heiraten. Weil ihr Lebenspartner nicht in der DDR leben wollte, hatte die Frau seit 1975 drei Mal die Ausreise nach Westberlin beantragt; drei Mal war der Antrag abgelehnt worden. Anfang 1977 erblickte eine Tochter das Licht der Welt, der Westberliner bekannte sich zur Vaterschaft, und wenig später stellten die beiden bei einem Ostberliner Standesamt einen Antrag auf Eheschließung. Da sich in Hinsicht auf die Ausreise nichts bewegte, hatte der Mann in Westberlin Kontakt zu verschiedenen Stellen, u. a. zu zwei Rechtsanwälten, aufgenommen. Wahrscheinlich war auf seine Initiative hin auch der Pressebericht entstanden.

Wenn es das Ziel des Artikels war, die Liebenden endlich zusammen zu bringen, dann war er letzten Endes erfolgreich, denn das MfS schlug *unter Berücksichtigung aller Umstände vor, ihrem Übersiedlungsersuchen zuzustimmen*.

Andererseits glaubte das MfS auch, dass der Artikel *falls es politisch als zweckmäßig erachtet wird*, propagandistisch ausgenutzt werden könnte, und formulierte bereits unter dem Titel *Zweckklüge à la Springer* eine dementsprechende Pressemitteilung, die jedoch (zumindest im „Neuen Deutschland“) nicht erschien.

---

88 BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2709, Bl. 1–4.

BStU  
000007

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Streng geheim!  
Die Rückgabe wird gebeten!

1. Fassung

von Gen. Minister mit  
Gen. Haukecker wiederholt ange-  
sehen.

Datum, den 9. 3. 77

4 Blatt

Exemplar

Nr. 148/77

## INFORMATION

über

den unnatürlichen Tod einer DDR-Bürgerin und eines Einwohners  
von Berlin (West)

Am 7. 3. 1977 wurden im Ergebnis von Ermittlungshandlungen der  
DVP die DDR-Bürgerin

[REDACTED]

geb. am [REDACTED] 1951 in [REDACTED]

geschieden

wohn. gewesen: [REDACTED]

Kranfahrerin im VEB [REDACTED]

und eine männliche Person in der verschlossenen Wohnung der [REDACTED]  
leiblos vorgefunden. Der unverzüglich herbeigerufene Arzt der Bring-  
lichen Medizinischen Hilfe stellte den Tod beider Personen fest.  
Der Tod ist nach bisherigen Feststellungen durch Einnahme einer  
Überdosis Schlaftabletten und durch Einatmen von Leuchtgas eige-  
treten (aus drei geöffneten Gasventilen strömte unverbranntes Leucht-  
gas aus). Die männliche Person hatte außerdem versucht, sich mit ei-  
nem Küchenmesser die Pulsadern zu öffnen.

Dokument 9: Erste Fassung des MfS-Berichts über den tragischen Doppelselbst-  
mord (Quelle: BStU, MfS, ZAIG Nr. 2653, Bl. 7-10)

BStU  
000008

- 2 -

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Nach bisherigen Ermittlungen handelt es sich bei der männlichen  
Person um den Einwohner von Berlin (West)

[REDACTED]

geb. am [REDACTED] 1953 in [REDACTED]

wohn. gewesen: [REDACTED]

Beifahrer in der Fa. [REDACTED] Berlin (West).

Die Ermittlungshandlungen der DVP wurden auf Grund einer von der  
Mutter der [REDACTED] ( [REDACTED] ) wohnhaft [REDACTED]  
[REDACTED] am 7. 3. 1977 gegen ihre Tochter erstatteten Anzeige we-  
gen asozialer Lebensweise gemäß § 249 StGB ausgelöst. Sie begrün-  
dete ihre Anzeige damit, daß der siebenjährige Sohn ihrer Tochter,  
[REDACTED] sich während der Winterferien bei seinen Großeltern in  
[REDACTED] aufhielt. Am 28. 2. 1977 wollte der Junge in die Woh-  
nung seiner Mutter zurückkehren, fand diese aber verschlossen vor.  
Daraufhin fand er wieder bei seinen Großeltern Unterkunft, die ihn,  
da sich die [REDACTED] nicht meldete, nach [REDACTED] einschulen  
ließen. Weiter teilte die [REDACTED] bei Erstattung der Anzeige mit,  
daß ihre Tochter seit 10 Tagen unentschuldig der Arbeit fernge-  
blieben war.

Die in diesem Zusammenhang zu [REDACTED] eingeleiteten Überprüfun-  
gen ergaben weiter, daß er bis zum 7. 3. 1973 in [REDACTED]  
[REDACTED] wohnhaft war und am Abend des gleichen Tages  
die DDR ungesetzlich nach Westberlin verlassen hat. (Ein weiterer  
DDR-Bürger - [REDACTED] -  
[REDACTED] wohnhaft gewesen in [REDACTED], der zusammen mit [REDACTED] die DDR  
ungesetzlich zu verlassen versuchte, wurde bei der Verhinderung  
des Grenzdurchbruchs tödlich verletzt.)

[REDACTED] wurde unmittelbar nach seinem ungesetzlichen Verlassen der DDR  
in Fahndung gestellt und am 4. 5. 1974 beim Versuch der Einreise  
in die DDR an der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße  
festgenommen. Er wurde am 19. 9. 1974 durch das Kreisgericht Rauen  
zu 3 Jahren und 6 Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Nach Verbü-  
ßung eines Teils seiner Freiheitsstrafe wurde er am 11. 6. 1975

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

aus der DDR ausgewiesen. Er hatte während seiner Strafverbüßung um Übersiedlung zu seinem in Berlin (West) lebenden Vater ersucht.

Wie weiter ermittelt wurde, war [REDACTED] der am 4. 12. 1976 in Einreisesperre gestellt worden war, am 26. 2. 1977 mit Transitvisum zur Durchreise in die VR Polen unter Benutzung der Eisenbahn über die Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße in die DDR eingereist. In der Zeit zwischen der Paßkontrolle, die im Interesse der zügigen Abfertigung bei der Einreise während der Fahrt des Zuges zwischen den Bahnhöfen Friedrichstraße und Ostbahnhof erfolgt, und dadurch, daß Fahndungsmaßnahmen erst danach wirksam werden können, konnte [REDACTED] offensichtlich auf dem Ostbahnhof aus dem Zug aussteigen und in die Hauptstadt der DDR gelangen. (Auf dem Ostbahnhof steigen auch DDR-Bürger zur Fahrt nach der VR Polen zu.)

Die bisherigen Ermittlungen ergeben weiter, daß die [REDACTED] und der [REDACTED] schon seit längerer Zeit miteinander bekannt sind. Nach noch nicht bestätigten Meldungen sollen beide miteinander verlobt gewesen sein.

Die [REDACTED] hatte 1976 einen Antrag auf Eheschließung mit [REDACTED] gestellt und um Übersiedlung nach Berlin (West) ersucht, was in beiden Fällen abgelehnt wurde.

Von zwei in der Wohnung der [REDACTED] sichergestellten "Abschiedsbriefen" haben andere Personen keine Kenntnis. Es handelt sich um einen von der [REDACTED] unterzeichneten Brief an ihre Eltern, in welchem sie sich u. a. als das "schwarze Schaf der Familie" bezeichnet und um einen von der [REDACTED] und dem [REDACTED] gemeinsam unterzeichneten, offenkundig an die Staatsorgane gerichteten Brief. In beiden Briefen wird die Ablehnung des Antrages auf Eheschließung und des Ersuchens nach Übersiedlung durch die Staatsorgane als Motiv für die Handlungen angegeben.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Von dem unnatürlichen Tod der [REDACTED] und des [REDACTED] haben die Mutter der [REDACTED] sowie eine Bekannte der [REDACTED], die sie zum Zeitpunkt der Öffnung der Wohnung besuchen wollte, Kenntnis. Beide Personen konnten über die Motive der Tat keine näheren Angaben machen.

Die Leichen wurden in das Gerichtsmedizinische Institut überführt. Die Untersuchungen zur exakten Feststellung der Todesursache, des Zeitpunktes des Eintritts des Todes und weiter mit der Tat zusammenhängender näherer Umstände werden fortgesetzt.

BSU  
000005

Unnatürlicher Tod des Einwohners von Berlin (West),  
geb. am 1953

Am Montag, dem 7. 3. 1977 wurde der Einwohner von Berlin (West),

geb. am 1953  
wohnhaft gewesen:

in tot aufgefunden.

war wegen krimineller Delikte in der DDR verurteilt und wurde am 11. 6. 1975 vorzeitig aus dem Strafvollzug der DDR nach Westberlin ausgewiesen.

Nach der Ausweisung erfolgte Einreisen in die Hauptstadt der DDR, Berlin, nutzte um Bürger der DDR zu Rechtsverletzungen, insbesondere zu ungesetzlichen Grenzübertritten, anzustiften. Nach der daraufhin ausgesprochenen Einreisensperre nutzte er Reisen zwischen Berlin (West) und der VR Polen mehrfach zum ungesetzlichen Aufenthalt in der Hauptstadt der DDR, Berlin, so auch zum Zeitpunkt seines Auffindens in der Wohnung einer ihm bekannten Bürgerin der DDR.

war fast ständig arbeitslos und geriet dadurch zunehmend in Konflikte zu den sozialen Verhältnissen in Westberlin, die sich durch die Unterbringung in sogenannten Sozialwohnungen noch verstärkten.

Auf Grund dieser ausweglosen Lage litt er unter starken Depressionen und setzte sich wiederholt durch Alkohol und Drogen in einen Rauschzustand.

Ausgehend von der von ihm persönlich offenkundig nicht zu bewältigenden Lage in Westberlin hat sich - unter der Einwirkung von Drogen und Alkohol - im Zustand einer zeitweiligen Bewußtseinsstörung das Leben genommen. Wie die Ermittlungen ergaben, ist er an einer CO-Vergiftung (Stadtgas) gestorben.

Dokument 10: Nach der Absendung dieses ersten Berichtes wurde in Rücksprache mit Erich Honecker eine dilettantische Legende gestrickt. Diese Version kam jedoch praktisch nicht zum Einsatz  
(Quelle: BStU, MfS, ZAIG Nr. 2653, Bl. 5, 6)

BSU  
000005

- 2 -

(Die Bekannte des, die Bürgerin der DDR, hat nach Rückkehr in ihre Wohnung und dem Auffinden des leblosen durch das Einnehmen einer Überdosis Schlaftabletten, offenbar im Ergebnis einer Kurzschlußreaktion, ebenfalls Selbsttötung verübt.)

## 8. Selbsttötungen während operativer Bearbeitung durch das MfS

Sonja Süß zeigte in ihrem an die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages gerichteten Bericht über „Zersetzungsstrategien“ des MfS, dass explizite Mordpläne von MfS-Mitarbeitern disziplinarisch geahndet wurden, und daher als Ausnahmefälle gelten müssen. Das erklärte Ziel der „operativen Bearbeitung“ war nicht, Personen psychisch oder gar physisch zu vernichten. Mit der geheimdienstlichen Methode der „Zersetzung“ wurde vielmehr die Beendigung oppositioneller Aktivitäten und die Auflösung diesbezüglicher Gruppen und Freundeskreise beabsichtigt. Dementsprechend hat Sonja Süß keine Hinweise gefunden, dass *MfS-Mitarbeiter die Betroffenen bewußt in den Suizid getrieben oder suizidale Handlungen als einen Erfolg ihrer „Zersetzungsmaßnahmen“ verbucht hätten.*<sup>89</sup>

Die hier vorliegende Arbeit, die auf der Sichtung von MfS-Akten zu ca. 900 Suizidfällen basiert, kommt zu keinem prinzipiell anderen Ergebnis. Einschränkung muss allerdings gesagt werden, dass die über Sachrecherche zugänglichen Akten im Wesentlichen aus der MfS-Untersuchungsabteilung IX stammen und sich mehrheitlich mit Angehörigen des Partei- und Staatsapparats befassen. Die operativen Vorgänge hingegen sind noch nicht über Stichwörter registriert. Solange die (ohnehin durch Vernichtung lückenhaft gewordenen) MfS-Akten nicht vollständig erschlossen sind, können Schätzungen wie etwa die des Opferverbands „Help e. V.“, es hätte in der DDR 50.000 Zersetzungsoffer gegeben, weder bestätigt noch widerlegt werden.

<sup>89</sup> Vgl. Sonja Süß, Repressive Strukturen in der SBZ/DDR – Analyse von Strategien der Zersetzung durch Staatsorgane der DDR gegenüber Bürgern der DDR, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. II/1, Baden-Baden 1999, S. 193–288, bes. S. 230f.

---

Zwar habe ich versucht, auf anderem Wege weiter zu kommen, indem ich mit Hilfe von Zeitzeugen, Opferverbänden und anderen zusätzlichen Informationsquellen nach Beispielen gesucht habe von Personen, die sich infolge operativer MfS-Bearbeitung das Leben genommen haben. Bisher war es jedoch nicht möglich, von einer größeren Zahl solcher Fälle Kenntnis zu erhalten. Das lässt vermuten, dass die suizidogene Wirkung des MfS bisher eher überschätzt wurde.

Aber selbst wenn es nicht 50.000, sondern „nur“ 50 oder 500 Menschen waren, es gibt erschütternde Beispiele dafür, dass die Staatssicherheit durch Einschüchterung, Bedrohung, Erpressung, Verhör und Verhaftung Menschen an den Rand eines Suizids gebracht hat. Die „Zersetzung der Seele“ erscheint dabei als Folge der amoralischen, rein funktional organisierten MfS-Tätigkeit, deren höchstes Gut die Erfüllung eines politischen Auftrags unter Wahrung der Konspiration war.

### **Bespitzelung – Psychose – Suizid.**

Ein Nachweis einer tödlich geendeten Zersetzung ist, abgesehen von den angeführten Hindernissen, auch aus einem weiteren Grund schwierig: Zersetzungsmaßnahmen haben oft eine unheilvolle Langzeitwirkung. Untersuchungen an Opfern politischer Repression in der DDR zeigten, dass diese teilweise noch lange Zeit nach der Haft unter Suizidgedanken litten.

Ein besonders tragisches Kapitel ist der durch das MfS erzeugte Verfolgungswahn. In mehreren Fällen löste die „operative Bearbeitung“ bei den Betroffenen psychopathologische Reaktionen aus. Bekannt wurde der Fall eines Greizer Lyrikers, der sich alle Zähne ziehen ließ, weil er befürchtete, die Stasi hätte darin Mikrophone versteckt. Auch versuchte er mehrfach, sich das Leben zu nehmen.<sup>90</sup> Tragisch an diesem wie auch an anderen Fällen war, dass die Betroffenen oft tatsächlich vom MfS überwacht wurden; ihr Wahn bestand lediglich darin, dass sie die Staatssicherheit an einer falschen Stelle vermuteten.

Ein Beispiel für die Zerstörung eines Menschenlebens durch das MfS hat Sandra Pingel-Schliemann publiziert.<sup>91</sup> Eine junge Ärztin aus dem Bezirk Schwerin wurde, unter bewusster Ausnutzung ihrer manisch-depressiven Erkrankung, vom MfS derart verunsichert und eingeschüchtert, dass sie schließlich in die Psychiatrie eingewiesen werden musste. Die Stasi hatte

---

90 Carsten Schaarschmidt, Der Greizer Lyriker Günter Ullmann – „Eigentlich bin ich ein Träumer“, unter: [www.geest-verlag.de](http://www.geest-verlag.de)

91 Sandra Pingel-Schliemann, Zersetzen. Strategien einer Diktatur, Berlin 2002, S. 181.

---

schockierende berufliche Misserfolge organisiert (ein Mediziner, der gleichzeitig IM war, warf der jungen Frau im Auftrag des MfS vor, falsche Diagnosen gestellt zu haben, was nicht den Tatsachen entsprach, aber den Ruf der Frau nachhaltig schädigte und ihr Selbstbewusstsein erschütterte); indem MfS-Mitarbeiter zusätzlich noch in der Wohnung Gegenstände verstellten und Bilder umhängten, verschärften sie die ohnehin schon schwierige psychische Situation der vermeintlichen Staatsfeindin. Wegen einer Psychose in die Nervenklinik eingewiesen, setzte die Frau dort ihrem Leben ein Ende, tragischer Weise zu einem Zeitpunkt im Jahr 1990, als es das MfS schon nicht mehr gab.

Dass es im bundesdeutschen Rechtsstaat nahezu unmöglich ist, die moralische Schuld an einem Suizid auch strafrechtlich zu ahnden, empfinden zahlreiche Opfer des SED-Diktatur bis heute als ungerecht. Dennoch liegt juristisch gesehen kein Mord vor; in dem geschilderten Fall ist keine Tötungsabsicht erkennbar. Die Staatssicherheit hat zerstörerische Wirkungen auf die menschliche Psyche (durch versteckte Denunziationen, die gezielte Schaffung von Misserfolgen etc.) als Mittel zum Zweck akzeptiert, aber die junge Ärztin nicht absichtlich in den Tod getrieben. Als die beabsichtigten Wirkungen eintraten, als die MfS-Offiziere bemerkten, dass sich die Ärztin gegen alle Mitmenschen extrem misstrauisch zeigte und sich kaum noch aus dem Haus traute, beendete das MfS die „operative Bearbeitung“. Die Zersetzungsmaßnahmen hatten sich in den Augen des MfS als erfolgreich erwiesen; und vor allem in dieser eindimensionalen, verantwortungslosen Praxis zeigt sich die menschenverachtende Grundhaltung der Stasi-Offiziere. Indem sie bei den bearbeiteten Personen eine nachhaltige Erschütterung des Selbstvertrauens betrieben, schufen sie die Basis für pathologische Ängste und Selbstzweifel, die in einigen Fällen bis zum Suizid führten. Auch wenn die MfS-Mitarbeiter den Tod ihrer Opfer nicht intendierten, nahmen sie ihn als „Nebenwirkung“ der Zersetzungsmaßnahmen in Kauf.

Indes: Die politische und gesellschaftliche Einengung war nur in Extremfällen unausweichlich. Viele DDR-Bürger, die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen wurden, stellten irgendwann einen Ausreiseantrag und siedelten in die Bundesrepublik über. Der Lyriker Reiner Kunze bekannte zum Beispiel, dass er auf Grund der zunehmenden staatlichen Repression gegen ihn und seine Familie Ende 1976 dem Selbstmord nahe war – kurz danach gab er dem Druck nach und ließ sich dazu bewegen, samt Familie Hals über Kopf die DDR zu verlassen.<sup>92</sup>

---

92 Vgl. Katja Krackau, Reiner Kunze ist Dichter auf der Lauer, in: Budapester Zeitung vom 12. Mai 2003.

---

Die Ausreise war wohl auch der wichtigste Grund dafür, dass sich die politische Repression nicht in der Suizidrate der DDR widerspiegelte; eine weitere wichtige Handlungsalternative zur Selbsttötung bot der Alkoholismus. Den Tod als letzten Ausweg aus einer unerträglichen Situation suchten eher Menschen, bei denen zusätzlich noch psychische oder physische Krankheit oder familiäre Konflikte eine Rolle spielten.

In den im Rahmen dieser Forschungsarbeit zugänglichen Akten war ein durch Zersetzung bewirkter Todesfall nicht enthalten. Die vor allem im Umkreis der Offenen Arbeit in Jena recherchierten Schicksale erwiesen sich als vielschichtig, die Spitzel- und Zersetzungstätigkeit des MfS war zumeist nur ein Faktor unter mehreren. Es ist retrospektiv sehr schwer zu bestimmen, ob es mehr persönliche oder mehr gesellschaftliche Konflikte waren, die zu Suizidversuchen führten, zumal die politischen Konflikte nicht selten in den Familien begannen, mit dem Aufbegehren der Jungen gegen die Alten, die sich mit dem Staat arrangiert hatten. So auch in dem nachfolgend beschriebenen Beispiel eines thüringischen Jugendlichen.

### ***Lerne leiden ohne zu klagen***

Im April 1977 berichtete der soeben aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelte Dichter Reiner Kunze von einem jungen Mann, einem Freund seiner Tochter, der in der DDR Selbstmord begangen hätte. Zum Motiv mutmaßte Kunze (in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk), dass die durch MfS-Verhöre erzeugten *psychischen Belastungen so groß waren, daß dieser junge Mann inzwischen Selbstmord begangen hat*.

Nach der Auflösung des MfS erfuhr Reiner Kunze, der Teile seiner Stasi-Akte auch publiziert hat, dass ein Bekannter von ihm, der spätere SPD-Politiker Ibrahim Böhme, inoffizieller Mitarbeiter des MfS war. Böhme war es auch, der nach dem Selbstmord des jungen Mannes zu berichten wusste, dass ein Abschiedsbrief gefunden wurde, den das MfS beschlagnahmt hätte. Der IM behauptete, dass sich der Junge in Kunzes Tochter verliebt und sich gleichzeitig geschämt hätte, sie für das MfS bespitzelt zu haben. Diese Erklärung fand Kunze offenbar plausibel und diktierte sie bundesdeutschen Journalisten in die Feder. *SSD trieb Freund der Familie von Reiner Kunze zum Selbstmord* titelte daraufhin die Westberliner „Morgenpost“ vom 21. April 1977.

Bis heute blieb diese Behauptung ungeprüft. Reiner Kunze selbst schrieb Ende 2003 in einem Brief an den Autor: *Soweit ich mich erinnere, bin ich jenem jungen Mann nie begegnet, und mehr, als in den von Ihnen genannten Quellen steht, weiß ich nicht*.

---

Die umfangreiche MfS-Akte des jungen Mannes widerlegt bereits auf den ersten Blick die Behauptung Ibrahim Böhmies, der junge Mann, im folgenden Jens Rauschenberg genannt, sei ein Inoffizieller Mitarbeiter gewesen. Ganz im Gegenteil, gegen Jens Rauschenberg wurde Ende 1975 eine Operative Personenkontrolle, anderthalb Jahre später sogar ein Operativer Vorgang (OV „Tramper“) eingeleitet. Die fragmentarische, unsystematisch zusammengestellte Akte erzählt die Geschichte eines Heranwachsenden, der seinem dörflichen Umfeld entflohen, die glücklich machende Freiheit, die große Aufgabe suchte und nicht fand. Lange schwarze Haare, Mittelscheitel, melancholischer Blick – so zeigt ihn ein Foto des MfS. Wie aus der Akte hervorgeht, hat Jens Rauschenberg nach Abschluss der 8. Klasse eine Lehre absolviert und zunächst als Hilfsarbeiter, dann als Beifahrer in einem Konservenwerk gearbeitet. Das ländliche Umfeld war ihm zu eng, seine Eltern machten ihm wegen seiner Kleidung, seinen langen Haaren und seinem Freundeskreis ständig Vorhaltungen, so dass er im Februar 1976 aus der elterlichen Wohnung auszog; zunächst zur Großmutter, dann zu einem Bekannten in eine nahe gelegene Stadt. Hier engagierte er sich im Vorbereitungskreis der Jungen Gemeinde – was auch einen klaren Affront gegen den Vater und dessen sozialistische Überzeugung darstellte. *Er steht unter dem Einfluß reaktionärer kirchlicher Amtsträger und negativ dekadenter Jugendlicher*, vermerkte ein MfS-Bericht. Ein Pfarrer, der sich damals für die offene Arbeit mit Jugendlichen engagierte, hat Jens Rauschenberg als jemanden in Erinnerung behalten, der gut reden konnte und über eine natürliche Intelligenz verfügte, die allerdings nicht gefördert wurde. Manchmal hätte er allerdings etwas zu lang geredet.

Dass Jens' Verhältnis zu den Mitmenschen in jenen Tagen nicht unproblematisch war, deutete ein Plakat an, das er im April 1976 malte. Darauf stellte er die Junge Gemeinde als einen Haufen Scheiße dar. Offenbar fühlte er, der vom Dorf kam, sich in der Stadt etwas zurückgesetzt. Er suchte nach menschlichen Beziehungen, war sehr aktiv, was manchem aber auch als hektische Betriebsamkeit vorkam.

Das MfS observierte Jens Rauschenberg seit Ende 1975 wegen seiner *feindlich antisozialistischen Grundeinstellung*. Die jugendliche Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, der Drang, aus der provinziellen Enge auszubrechen, die Vorliebe, kreuz und quer durch das Land zu trampeln – das alles ballte sich für das MfS zur Gefahr staatsfeindlicher Hetze bzw. politischer Untergrundtätigkeit zusammen.

Das MfS erhielt alle Informationen aus erster Hand, weil der Bekannte, zu dem Jens Rauschenberg im Februar 1976 gezogen war, als IM „Jürgen Sommer“ fleißig Spitzelberichte abgab. Sein Untermieter hätte ihm erzählt,



---

dass er den Wehrdienst verweigern würde im Falle einer Einberufung, hieß es in einem Bericht. Er hätte sich *Verletzungen mit dem Ziel zugefügt, krankgeschrieben zu werden*, in einem anderen. Auch, dass Jens Rauschenberg von seiner Arbeitsstelle Konserven mit nach Hause genommen und Schwarzfahrten durchgeführt hatte – nichts Außergewöhnliches in der real existierenden Planwirtschaft dieser Zeit – erfuhr das MfS durch den übereifrigen IM. Jens Rauschenberg schien den Zugriff des MfS geahnt zu haben, bereits im April 1976 äußerte er die Vermutung, *daß einige Briefe, welche er schreibt bzw. empfangen wolle, nicht bei ihm anlangen, da sie von staatlichen Stellen eingezogen werden*.

Im Oktober 1976 sprach ihm, vor allem wegen der Konservendiebstähle, die Konfliktkommission des Betriebes einen Verweis aus. Jens nahm das zum Anlass, die Arbeit zu kündigen. Vorher zerriss er noch sein FDGB-Mitgliedsbuch und übergab es einem Kollegen mit der Bemerkung, es zu verbrennen; der wiederum war IM und lieferte es bei der Stasi ab.

Die Lektüre der Akte erweckt den Eindruck, dass das MfS bei allen wichtigen Ereignissen dabei gewesen ist. Offen bleibt jedoch, ob das MfS etwa beim Bekanntwerden des Konservendiebstahls oder bei der Weigerung der Ärztin, Jens Rauschenberg nochmals krank zu schreiben, seine Finger im Spiel hatte.

Nach der Kündigung arbeitete Jens Rauschenberg einige Wochen als Hilfspfleger in einem kirchlichen Heim im äußersten Südosten der DDR. Damit geriet er, der auf der Suche nach einer alternativen Lebensform war, in gewisser Weise vom Regen in die Traufe, denn das Personal der Klinik war eher noch konservativer als das Milieu, dem er entfloh. Zudem wurde seine Entscheidung, in die Klinik zu gehen, auch durch eine Frau motiviert, die dort lebte – aber diese Hoffnung auf Liebe zerschlug sich schnell. Jens fühlte sich deshalb *allein und verlassen*, zudem hatte er Streit mit den Ärzten und litt unter den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen. Das war der Hauptgrund dafür, dass er am 17. November 1976 einen Ausreiseantrag stellte. Nach der Aussprache mit einem Superintendenten, einen Monat später, zog er den Antrag allerdings wieder zurück. Das wäre doch nur eine *Flucht vor den Realitäten*, hatte dieser gesagt.

Im November hielt sich Jens Rauschenberg einige Tage in der heimatischen Gegend auf. Es waren die Tage nach der Biermann-Ausbürgerung. Gemeinsam mit Freunden schaute er sich am 19. November das im Westfernsehen ausgestrahlte Konzert Biermanns an, das die SED zum Anlass für die Ausbürgerung genommen hatte. In der Jungen Gemeinde

---

formulierten daraufhin mehrere Jugendliche einen Brief an das DDR-Ministerium des Innern, in dem sie gegen die Ausweisung des Sängers protestierten. Auch in Jena gab es in diesen Tagen zahlreiche Proteste gegen die Biermann-Ausbürgerung; Jens Rauschenberg wollte dort Freunde besuchen und wurde unbeabsichtigt Zeuge einer groß angelegten Verhaftungsaktion. Das Erlebnis schockierte ihn derart, dass er (in der Wohnung in Jena, wo er zu Besuch war) den Gashahn aufdrehte. Nach seiner Rettung – Freunde fanden den Bewusstlosen, schleppten ihn ans Fenster und flößten ihm Milch ein – sagte er dem Arzt, dass sein Selbstmordversuch mit Biermann zu tun hätte. *Es hätten Leute an der Tür gestanden, das habe ihn fertig gemacht, die Staatssicherheit habe in Jena 30 Personen festgenommen, weshalb er keinen Ausweg mehr gesehen habe*. 19 Stunden verbrachte er in der Jenaer Nervenklinik, dann wurde er, auf eigenen Wunsch, wieder entlassen. Der zuständige Arzt schätzte ein, er wäre *nicht ernstlich depressiv erkrankt*. Es würde sich *um den ersten Selbstmordversuch [handeln], mit einer Wiederholung muß nicht unbedingt gerechnet werden*.

Zwei Tage später holte das MfS Jens zu einer Vernehmung, von der er *ganz schön eingeschüchtert* zurückkehrte, wie IM „Jürgen Sommer“ in zynischer Doppeldeutigkeit berichtete. Bei seiner Rückkehr forderte Jens seine Bekannten auf, alles, was mit Wolf Biermann zu tun hätte, zu vernichten. (Er selbst vernichtete jedoch weder die Texte noch die Tonbänder von Biermann, trug sie vielmehr bis zu seiner letzten Stunde bei sich.)

Nach Silvester kündigte er seinen Job als Hilfspfleger und bewarb sich bei einem Bestattungsunternehmen; das geschah aber nur pro forma, um nicht als asozial zu gelten und keine Haftstrafe zu riskieren. Jens Rauschenberg nutzte die Zeit, um verschiedene Bekannte zu besuchen. Dabei schien er, zumindest für kurze Zeit, eine bedeutsame Aufgabe für sich gefunden zu haben. Im Gepäck hatte er ein „Musical in drei Akten“ eines unbekannten Verfassers (wahrscheinlich ein 19-jähriger Krankenpfleger). Seine „Mission“ sah er darin, den Text an den Schriftsteller Rainer Kunze weiterzuleiten, der ihn überarbeiten und in die Bundesrepublik schicken sollte; dazu ist es allem Anschein nach nicht gekommen.

Dafür gelangte eine Kopie in die Hände des MfS. Die Bezirksverwaltung Gera ließ den, aus heutiger Sicht eher als spätpubertär zu bezeichnenden Text analysieren und kam zu dem Schluss, dass er zwar ungewöhnlich, aber harmlos wäre: *Dieses sogen. Musical ist weit vom sozialistischen Realismus entfernt. Die Verbreitung desselben ist laut Einschätzung der HA IX des MfS im Sinne des § 106 StGB – staatsfeindliche Hetze – strafrechtlich nicht relevant*.

---

Warum Jens das „Musical“ mit sich herumgetragen hat wie einen Schatz, darüber kann nur spekuliert werden. Hat er vielleicht versucht, sich damit interessant zu machen? Laut MfS-Beurteilung *schnell von negativen Dingen zu begeistern, wäre er von sich eingenommen und versucht sich dadurch aufzuwerten, daß er gern Gehörtes als sein eigenes Wissen wiedergibt*. Wenn es seine Strategie war, auf diese Weise menschliche Zuwendung zu erreichen, dann ist er damit gescheitert. Vielmehr lösten seine Aktivitäten zur Verbreitung des Musicals einen Streit mit Freunden aus.

Auch in dieser Lebensphase zu Beginn des Jahres 1977 hat Jens wohl das permanente Agieren des MfS dunkel geahnt, wenn er zum Beispiel gegenüber einem Bekannten über seine Angst vor einer Verhaftung sprach. Aber dass das MfS durch den Bekannten und Vermieter alias IM „Jürgen Sommer“ jederzeit bestens informiert war, und dass Stasi-Leute in seiner Abwesenheit seine Wohnung durchsuchten, wobei sie u. a. den Spruch „Biermann hat recht“ und ein an die Klotür genageltes SED-Emblem fotografierten, wusste er nicht.

Während das MfS konspirativ nach Beweisen für die Untergrundtätigkeit suchte und einen operativen Vorgang eröffnete, brach Jens bereits am 30. Januar nach Berlin auf; dorthin nahm er auch seine vom MfS gesuchten Biermann-Tonbänder mit. In Berlin wollte sich Jens ein neues Leben aufbauen; aber das lief schon am Anfang gründlich schief. Um sich die Aufenthaltsgenehmigung in der DDR-Hauptstadt zu sichern, wollte er dort „pro forma“ heiraten. Mit der Freundin aber, bei der er kurzzeitig wohnte, kam es schon bald zum Streit. Er zog kurz entschlossen in eine Wohngemeinschaft um. Dicht auf den Fersen folgten ihm zwei Inoffizielle Mitarbeiter, die große Mühe hatten, den Anschluss zu halten.

Für eine direkte Aktivität des MfS im Sinne von „Zersetzungsmaßnahmen“ gibt es nur einen einzigen Beleg in den Akten, dabei handelt es sich um eine Intervention des MfS bei der DEFA in Babelsberg. Dort bewarb sich Jens als „Hilfsfilmvorführer“. Der junge Mann würde operativ bearbeitet, schrieb die BV Gera an die BV Potsdam: *Wir bitten Sie deshalb, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten eine Anstellung des [Rauschenberg] bei der DEFA zu verhindern*. Jens Rauschenberg wurde von der DEFA abgewiesen.

Danach bekam er von seinen neuen Mitbewohnern den Tipp, einen Job auf dem Friedhof der Auferstehungsgemeinde in Berlin-Weißensee anzunehmen. Das war eine kirchliche Einrichtung, die es sozial nicht konformen jungen Menschen ermöglichte, einer Verhaftung wegen Asozialität zu entgehen, indem sie einen Job anbot, wo man nicht jeden Tag pünktlich zur Arbeit kommen musste und auch nicht gleich Probleme bekam, wenn

---

man einmal fehlte. Ende Februar begann Rauschenberg dort zu arbeiten. Damit war er einerseits sozial aufgefangen, hatte damit aber auch die niedrigste soziale Stufe erreicht.

*Bereits bei unserem Kennenlernen erschien mir [Rauschenberg] sehr deprimiert und er bezeichnete sich selbst als desillusioniert*, schildert einer der Berliner Mitbewohner den Zustand des 20-Jährigen in diesen Tagen. *Gleichzeitig äußerte er Selbstmordabsichten, wozu er aber erklärte, er würde sich einen solchen Schritt lange überlegen und vorausplanen*.

Dann starb eine frühere Freundin, sie nahm sich das Leben. Mitte März fuhr Jens Rauschenberg zur Beerdigung, was seine depressive Stimmung verstärkte.

Am 31. März kam einer seiner Mitbewohner nachmittags nach Hause und fand Jens auf einer Liege sitzend vor. Er war angetrunken, am Oberkörper hatte er sich mehrere Schnitte zugefügt, die stark bluteten. Das Tonband spielte Lieder von Wolf Biermann und Gerulf Pannach.

Das MfS-Vernehmungsprotokoll eines Mitbewohners schilderte die weiteren Ereignisse: *Für das Zufügen der Rasierklingschnitte gab [Rauschenberg] mir die Erklärung ab, daß er dieselben Leiden durchmachen und sich geißeln wolle, wie seine verstorbene Freundin L. Ich versuchte [Rauschenberg] gut zuzureden und gewann nach längerem Gespräch mit ihm den Eindruck, daß er wieder zu sich gekommen sei. Da er versicherte, er würde keinen Selbstmord begehen, wollte ich ihm etwas Zeit lassen, sich wieder zu besinnen und verließ gegen 17.30 Uhr die Wohnung*.

*Als ich gegen 19.00 Uhr zurückkehrte, war die Tür von innen verschlossen und [Rauschenberg] antwortete auf mein Klopfen nicht.*<sup>93</sup>

Rauschenbergs Mitbewohner fand, nachdem er die Tür aufgebrochen hatte, den Verzweifelten zusammengesunken, aber noch lebend in der Küche vor. Es roch nach Gas. Gemeinsam mit einem Nachbarn zog er den Körper, der noch stoßweise atmete, auf den Flur und begann eine Herzdruckmassage. Der Rettungsdienst konnte bei seinem Eintreffen aber nur noch den Tod feststellen.

Die Beerdigung fand 14 Tage später in Jens' Heimatdorf statt. Weil die Beerdigung kirchlich war, weigerte sich der Vater, daran teilzunehmen. Den Sarg trugen „Kumpels“ aus Jena und Berlin. Auch IM „Jürgen Sommer“, der Jens in den letzten zwei Jahren ausgespitzelt hatte, war bei der Beerdigung anwesend. Er berichtete darüber, dass der Superintendent vor allem die große Hilfsbereitschaft des Verstorbenen hervorgehoben hätte.

---

93 BStU, MfS, HA IX, Nr. 9989, Bl. 383f.

---

*In seiner Predigt führte er aus, daß [Jens] den Weg in die Freiheit, die er suchte, nicht gefunden habe. Den Selbstmord stellte er so hin, als sei es die Zurücknahme des Lebens von [Rauschenberg] durch Gott. [R.] sei in seinem Leben ziemlich ungeduldig gewesen, welches im Endeffekt dazu geführt habe, daß er die letzte aller Türen geöffnet habe.*

Drei Tage vor seinem Tod, am 28. März 1977, hatte die MfS-Kreisdienststelle Berlin-Pankow den operativen Vorgang zu Jens Rauschenberg übernommen. Der Bericht über den *Suizid mittels Leuchtgas* ist auf den 29. März 1977 datiert. Jens Rauschenberg starb aber erst am 31. März. Was bedeutet das? Hat das MfS den Tod des jungen Mannes geplant? Man sollte diesen Fakt schon deshalb nicht überinterpretieren, weil noch ein weiterer Bericht falsch datiert ist (irrtümliche Jahresangabe). Möglicherweise begann man in der Pankower Kreisdienststelle am 29. März einen Routine-Bericht über den gerade übernommenen Operativ-Vorgang zu verfassen, der auf Grund der Ereignisse zum Selbstmordbericht wurde.

„In den Tod getrieben“ hat das MfS den jungen Mann nach allem, was bisher bekannt wurde, nicht. Dass die diesbezügliche Darstellung in den bundesdeutschen Medien letztlich darauf zurückging, dass Reiner Kunze von Ibrahim Böhme belogen wurde, dass also letztlich ein Inoffizieller Mitarbeiter des MfS dem „Klassenfeind“ Munition lieferte, kann nur als Ironie des Schicksals bezeichnet werden.

Dennoch bleibt die Frage nach der Rolle, welche das MfS in der traurigen Geschichte des Jens Rauschenberg gespielt hat. Die Massenverhaftungen in Jena hinterließen bei Jens zweifellos traumatische Wirkungen. Dieses Erlebnis hat Angst erzeugt, ein Gefühl akuter Bedrohung. Nichts könnte dieses diffuse Gefühl drastischer anzeigen als der Suizidversuch. Das Aufdrehen des Gashahns war einerseits der Versuch, die für ihn unerträgliche Situation zu beenden, andererseits hat das Wissen, es schon einmal gemacht zu haben, offenbar auch die Hemmschwelle für einen erneuten Suizidversuch herab gesetzt. Das in ausgesprochen unsensibler Weise kurz nach dem Suizidversuch erfolgte MfS-Verhör hat seine Angst aller Wahrscheinlichkeit nach noch potenziert. Im Januar 1977 äußerte er die Befürchtung, für die Verbreitung des Musicals für zwanzig Jahre ins Zuchthaus zu kommen. So überzogen diese konkrete Befürchtung auch war – das MfS schätzte das Musical als harmlos ein – die Stasi-Leute waren, auch wenn er sie nicht erkannte, permanent in seiner Nähe.

Neben der Schaffung einer Atmosphäre der Bedrohung organisierte das MfS dann auch in einer für Jens kritischen Lebenssituation einen konkreten Misserfolg; als er sich im Februar 1977 bei der DEFA bewarb, hatte

---

das MfS schon dafür gesorgt, dass er keine Chance hatte. Das MfS spielte also insgesamt eher eine Nebenrolle, aber eine nicht ganz unbedeutende; einzelne Zersetzungsmaßnahmen haben die ohnehin schwierige Lebenssituation, in der sich Jens befand, zusätzlich verschärft.

Dennoch: Die Ursache für die Unstetigkeit und Glücklosigkeit des jungen Mannes war das MfS nicht. *Er war mir immer aufopferungsvoll, unegoistisch, aber auch sehr melancholisch und pessimistisch vorgekommen, daher war es für mich nicht möglich, sehr oft mit ihm zusammenzusein*, gab am Tag nach Jens' Selbstmord eine Berliner Freundin dem MfS zu Protokoll.<sup>94</sup> Auch andere Menschen, deren Nähe er suchte, blieben für Jens nur Kumpels oder Bekannte. *Wirkliche tiefe, echte Freunde hatte er nicht*, erinnerte sich ein Pfarrer. Nach dem Bruch mit seiner dörflichen Herkunft hätte Jens in der Jungen Gemeinde und auf seinen zahlreichen Tramp-Touren neuen Halt gesucht, aber nicht gefunden. Es hätte im Leben von Jens, so der Pfarrer, keine Kontinuität gegeben, außer vielleicht der Oppositionshaltung.

In den letzten Tagen seines Lebens glaubte Jens, die ersehnte Nähe zu einem anderen Menschen nur noch im Tod finden zu können, in einer suizidalen Leidensgemeinschaft mit einer fernen Freundin. *Lerne leiden ohne zu klagen*, hatte er in seinem Zimmer an die Wand geschrieben.

---

94 Ebd., Bl. 404.

---

## 9. Selbsttötung und inoffizielle Mitarbeit im MfS

Die in den letzten 15 Jahren statt gefundene Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit hatte ihren Schwerpunkt bei den Auseinandersetzungen um die inoffizielle Mitarbeit. Der oft bis in private und intime Sphären hinein reichende Vertrauensbruch löste – nicht nur bei den Betroffenen – immer wieder Entsetzen und Empörung aus; eine wirkliche Auseinandersetzung fand jedoch selten statt. Nicht auf der Seite der IM, die, wenn sie überhaupt zu einem Gespräch bereit waren, sich zumeist nur bemühen, die Spitzeltätigkeit zu verharmlosen. Aber auch in der bundesdeutschen Medien-Öffentlichkeit wurde das Thema bisher selten mit der angemessenen Tiefe und Differenziertheit diskutiert. Die tatsächlichen Konflikte und Verstrickungen sind bisher nur ansatzweise in den Blick gekommen. Der folgende, ausführlich referierte Fall wurde vor allem deshalb ausgewählt, weil er die gängigen Klischees nicht bedient, und statt dessen ein Geflecht menschlicher Beziehungen zeigt, das vom MfS intensiv durchdrungen ist und dennoch eine unverkennbare Eigendynamik aufweist, die nicht allein durch das Wirken eines als allmächtig imaginierten MfS zu erklären ist.

Am Abend des 12. Januar 1983 wurde ein 20-jähriger Arbeiter in der Toilette seines Betriebes tot aufgefunden. Die Kriminalpolizei, die den Ereignisort untersuchte, Arbeitskollegen und Angehörige befragte, stellte in Übereinstimmung mit der ärztlichen Leichenschau fest, dass nichts auf ein Verbrechen hindeutete. Der junge Mann, im folgenden Stefan genannt, hatte sich selbst aufgehängt. Zum Motiv hieß es in dem Abschlussbericht der Kripo, der bereits am folgenden Tag verfasst wurde: *Der Verstorbene litt hochgradig unter einer seelischen Depression, welche aller Wahrscheinlichkeit in Kurzschlußreaktion zur Selbsttötungshandlung führte.*

Dieser Satz war nicht nur in seiner sprachlichen Form unvollständig, er enthielt mit „seelischer Depression“ und „Kurzschlußhandlung“ auch zwei Begriffe, die in der DDR häufig benutzt wurden, um tatsächliche Ursachen und Motive von Selbstmorden zu verdecken. Was die Kriminalpolizisten in diesem Fall zu vertuschen suchten, brachte ein Telegramm des MfS vom selben Tag zur Sprache. Das Fernschreiben meldete den *Suizid einer operativ interessanten Person* an die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt: *nach angaben der eltern sowie von arbeitskollegen befand sich der ... in einer seelischen depression wegen seiner verbindung zur abt. k des vpka ... und der nichteinhaltung der abgegebenen schweigeverpflichtung.*<sup>95</sup>

95 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3335, Bd. 3, Bl. 45.

---

Am Abend des 13. Januar 1983 besuchte der Pfarrer des Ortes die Eltern von Stefan. Es wurde ein langer Abend – über sechs Stunden blieb der Pfarrer bei der Familie. Stefans Vater berichtete, das Verhalten seines Sohnes sei in letzter Zeit verändert gewesen. Stefan hätte keine Lust mehr zum Arbeiten gehabt und wäre kaum noch auf die Straße gegangen. Offenbar schlug sich der Sohn mit einem Problem herum, mit dem er nicht fertig wurde. Deshalb sei es am 11. Januar, dem Tag vor dem Selbstmord, zu einer Aussprache der Eltern mit ihrem Sohn gekommen. Dabei offenbarte Stefan, dass er vom MfS angesprochen worden war, Informationen über einen Pfarrer, einen Jugendwart und den Leiter der Jungen Gemeinde zu sammeln. Zudem hätte er ein Dokument unterschreiben müssen, das ihn zur Zusammenarbeit und zum Stillschweigen verpflichtete.<sup>96</sup>

Stefan hätte auch den Namen eines Arbeitskollegen genannt, der den Kontakt vermittelt hatte. Daraufhin sei der Vater noch am selben Tag in den Betrieb gegangen und hätte den Betreffenden zur Rede gestellt. Dieser hätte jedoch alles abgestritten: Man sollte Stefans Verhalten nicht so ernst nehmen, riet er, Stefan sollte einfach wieder normal arbeiten. Daraufhin hätte der Vater am Abend des 11. Januar versucht, seinem Sohn die Bedenken auszureden. Was am Folgetag im Betrieb passierte, darüber könnte er, sagte der Vater, nur Vermutungen anstellen. Möglicherweise wurde Stefan von dem Kollegen und mutmaßlichen Kontaktmann zum MfS derart *in die Enge getrieben*, dass er sich das Leben nahm.

Nach seinem Gespräch mit den Eltern des Verstorbenen war auch der Pfarrer überzeugt, dass der junge Mann *von der Staatssicherheit in den Tod getrieben wurde*. Da ihn Stefans Eltern baten, den Fall kirchenoffiziell zu machen, informierte er gleich am nächsten Tag das Landeskirchenamt in Dresden. Der zuständige Gebietsdezernent beorderte ihn daraufhin zu einer Besprechung nach Dresden. Die Verantwortlichen zeigten sich erschüttert über diesen tragischen Tod: Zwar wäre *eine Reihe solcher Fälle bekannt, aber mit so dramatischem Ausgang noch nicht*. Das Landeskirchenamt beschloss, sofort aktiv zu werden. Als Erstes sprachen die Kirchenverantwortlichen gemeinsam mit dem Pfarrer die Beerdigung durch. Die Predigt wurde wortgenau vorbereitet. Man einigte sich beispielsweise darauf, keinen Mordvorwurf gegenüber dem MfS zu erheben (da dieser nicht nachzuweisen wäre), und statt dessen zu sagen, Stefan *sei in eine Situation hineingetrieben worden, aus der er keinen Ausweg wußte*.<sup>97</sup> Um im Fall späterer Unterstellungen einen Beweis zu haben, sollte die Grab-

96 Ebd., Bl. 56.

97 Ebd., Bl. 81.

---

rede von Seiten der Gemeinde (und zwar zur Sicherheit mit zwei Recordern, falls einer ausfällt) aufgezeichnet werden.

Alle diese Dinge, sowohl die Aussagen der Eltern Stefans als auch die Festlegungen der Beratung in Dresden, wurden dem MfS umgehend bekannt, weil der Pfarrer des Ortes gleichzeitig als Inoffizieller Mitarbeiter der MfS-Hauptabteilung XX tätig war. Als IMB „Friedhelm“ stand er seit 1969 in ständigem Kontakt mit dem Leiter der Abteilung XX des Bezirkes. Für diese IM-Tätigkeit gezahlte außergewöhnlich hohe Geldprämien in Höhe von 1.500 bis 3.000 Mark deuten darauf hin, dass es sich bei „Friedhelm“ um einen hochrangigen IM handelte.

Nichtsdestotrotz gestaltete sich das Verhalten des IM zwiespältig. Zwar informierte er das MfS, übte aber gleichzeitig harte Kritik; so sprach er gegenüber seinem Führungsoffizier von *Machenschaften des MfS*. Wenige Tage nach dem Tod von Stefan, am 18. Januar, schilderte der Pfarrer Stefans Konfliktsituation auch im Konfirmandenunterricht. Der junge Mann *hätte sich von der Staatssicherheit anwerben lassen und mußte in diesem Zusammenhang ein Dokument unterschreiben. Später hätte es Konflikte gegeben, die ihn in den Tod getrieben hätten*. Alle Konfirmanden sollten dem Pfarrer sofort melden, wenn sie von der Staatssicherheit in ähnlicher Weise angesprochen würden. Das MfS, so der Pfarrer, arbeite mit gewaltsamen Methoden. *So würde man Christen, die nicht bereit wären, mit der Staatssicherheit zusammenzuarbeiten, stundenlang mit Lampen mit einer Beleuchtungsstärke bis zu 5000 Lux anstrahlen oder mehrere Stunden bis zum Kopf in kaltes Wasser stecken*.<sup>98</sup>

Im übrigen wurde der Pfarrer in der Überzeugung, der junge Mann sei durch das MfS in den Tod getrieben worden, durch das MfS selbst bestärkt. Zwei Mitarbeiter besuchten ihn am 17. Januar und beteuerten, nichts mit dem Selbstmord zu tun zu haben. Mit mehreren Vorladungen und Drohungen versuchte das MfS, die Diskussionen über den Tod von Stefan zu unterdrücken.

Nichtsdestotrotz war Stefans Schicksal inzwischen zahlreichen Einwohnern der Kleinstadt bekannt geworden. Die Reaktionen reichten von Erschütterung über Angst bis hin zu einem gewissen Respekt. Der Sekretär des CDU-Kreisverbandes *äußerte dazu sinngemäß, daß man, wenn man einmal in den Fängen der Staatssicherheit ist, schwer wieder herauskommt. Auf der Grundlage dessen, was er bisher über [Stefan] gehört*

98 Ebd., Bl. 58. – Diese, für die 1980er-Jahre eher unwahrscheinlichen Details kursierten als Gerücht im Landeskirchenamt in Dresden.

---

*hätte, könnte man nur den „Hut“ ziehen. Mit seinem Freitot hätte er viel Mut bewiesen*.<sup>99</sup>

Auf der Kirchenvorstandssitzung am 28. Januar schilderte der Pfarrer (wie der zweite Pfarrer, IMB „Richter“, dem MfS berichtete) – *sehr ausführlich und ausschweifend* den Todesfall. Die Vorstandsmitglieder waren erschüttert, ein Kirchenvorsteher sagte, *das wären ja Zustände wie im dritten Reich*.

Aber auch das MfS zeigte sich schockiert, und zwar *über die aggressive Art und Weise des Auftretens* des IMB „Friedhelm“, der sich – so der Leiter der zuständigen MfS-Kreisdienststelle in einem Schreiben an die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt vom 1. Februar 1983 – *zum Inspirator und Wortführer der gegen das MfS gerichteten Gerüchte* gemacht und damit *eine regelrechte Psychose gegen das MfS inszeniert hat und weiter schürt*.

Am 4. März verfügte die Bezirksverwaltung: *Geeignete op. Maßnahmen durchsetzen, die den IM der Abt. XX zu „sauberem“ Verhalten veranlassen*.<sup>100</sup>

Welche Konsequenzen das für den Pfarrer hatte, geht aus den im Rahmen dieser Recherche zugänglichen Akten nicht hervor.

Der Tod Stefans wurde unterdessen in kirchlichen Kreisen zu einer mündlich tradierten Legende. Noch mehrfach, so dokumentieren es die MfS-Akten, wurde im Verlauf der folgenden Jahre sein Schicksal in verschiedenen Variationen weiter erzählt. So während einer Rüstzeit im August 1984; ein Kirchenangestellter berichtete dort, dass ein 20-jähriger Jugendlicher vom MfS zur Mitarbeit erpresst wurde. Das wäre möglich gewesen, da er eine Straftat begangen hätte. Für die Aushorchfähigkeit hätte ihm das MfS Straffreiheit zugesichert. *Schließlich sei er aber dazu dann doch nicht aus Gewissensgründen fähig gewesen. Aus diesem Grunde habe er dann Selbstmord begangen*.<sup>101</sup>

Was ist nun tatsächlich geschehen? Die Monate vor Stefans Tod sind in den MfS-Akten umfangreich, aber auch vielschichtig und teilweise widersprüchlich dokumentiert. Das liegt vor allem daran, dass Stefan, ohne es zu wissen und ohne selbst im Mittelpunkt des Interesses zu stehen, von Inoffiziellen Mitarbeitern regelrecht umstellt war. Anhand der Akten soll im

99 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, XIV 1668/77, Bd. II/2, Bl. 372.

100 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3335, Bd. 3, Bl. 55.

101 Ebd., Bl. 50.

---

folgenden die Konfliktsituation, in der sich Stefan befand, etwas genauer dargestellt werden.

Stefan stammte aus einem streng christlichen Elternhaus. Wie seine Eltern war er Mitglied der CDU. Seine Eltern arbeiteten noch immer in dem Betrieb, der ihnen einst gehörte, nur war er inzwischen enteignet und VEB geworden.

Stefan hatte nach der Lehre zunächst in einem privaten Kfz-Reparaturbetrieb angefangen, dort aber gekündigt. Seit Mai 1982 war er in einem volkseigenen Betrieb als Tankwart angestellt. Der Grund für diesen Wechsel der Arbeitsstelle bestand darin (so hat er es einem Bekannten erzählt), dass *er sich nicht strafbar machen wollte*. Der Betriebsleiter würde Rechnungen manipulieren und dadurch Steuern hinterziehen. Von zehn Rechnungen würden nur drei in den Büchern erscheinen, wodurch viel weniger Steuern zu zahlen wären. Im Verlauf des Gespräches mit dem Bekannten deutete Stefan weiterhin an, dass auch in seinem neuen Betrieb nicht alles mit rechten Dingen zugehe. Dort würde zum Beispiel Kraftstoff verschoben.

Sein Gesprächspartner ist in den Akten des MfS als IMK „Uwe“ geführt. „Uwe“ traf sich am 25. Juni 1982 mit seinem Führungsoffizier und berichtete bei dem konspirativen Treffen (in einer Garage), was er von Stefan erfahren hatte.

Der IM-Bericht bewirkte, dass Stefan für den 9. Juli ins Volkspolizei-Kreisamt (VPKA) vorgeladen wurde. Dass dieses Gespräch unter Federführung des Dezernats K I stattfand, das eng mit dem MfS zusammen arbeitete, wusste Stefan nicht. Befragt nach seinen Vermutungen über kriminelle Manipulationen zeigte er sich *aufgeschlossen und kontaktfreudig*. Stefan berichtete, dass er Zeuge wurde, wie vor einer Steuerprüfung aus einem Terminbuch einige Seiten herausgerissen wurden; auch hätte er im Betrieb eine Lichtmaschine gekauft, ohne dass dafür eine Rechnung gestellt wurde. Mit der Bemerkung, er solle sich wieder melden, wenn er weitere Beispiele oder Hinweise hätte, schickten ihn die Polizisten wieder nach Hause. Stefan bot im Gegenzug von sich aus seine „Mithilfe“ an, ließ seine Telefonnummer da und bat gleichzeitig die Polizei um Verschwiegenheit gegenüber der ehemaligen Firma.

In den nächsten Tagen beschlichen ihn Zweifel, ob die Polizei diese Bitte erfüllen würde. Erneut rief er im VPKA an, sprach noch am selben Tag vor. Er wäre am letzten Sonntagabend, berichtete er, von einem Kleintransporter seiner ehemaligen Firma verfolgt worden. Deshalb wollte er wissen, ob die Kriminalisten bereits mit Personen der Firma gesprochen hätten; diese verneinten das.

---

Eine Verwandte von Stefan, in den Akten als IM „Maria“ geführt, schilderte dem MfS (nach dem Suizid), dass Stefan *ein ausgesprochen ängstlicher Typ* gewesen sei, *der selbst in seinem Elternhaus Angst hatte*. Aber in jenem Sommer hätte sich Stefans Angst derart gesteigert, dass er nicht nur glaubte, unter ständiger Beobachtung zu stehen, sondern sogar fürchtete, *daß man ihn bestimmt umbringen wollte*.

Zwei Monate nach dem Vorfall mit dem Kleintransporter, am 28. September 1982, kam Stefan wieder ins VPKA, diesmal unangemeldet. Einem Bekannten, erzählte er, sei von seinem ehemaligen Betrieb eine aus Einzelteilen zusammengebaute Lichtmaschine zum Neupreis verkauft worden. Nun wollte er wissen, ob das zulässig sei. Die Mitarbeiter der K I konnten ihm hierzu keine Auskunft geben, lenkten die Unterhaltung aber bald auf andere Themen. Sie fragten Stefan nach seinen Freizeitbeschäftigungen. Freimütig antwortete Stefan, er wäre christlich erzogen, streng gläubig und CDU-Mitglied. Er besuche regelmäßig die Junge Gemeinde. Zum Wehrdienst befragt, bekannte er, dass er eigentlich vorhatte, wegen seiner religiösen Einstellung keinen Wehrdienst abzuleisten. Nun hätte er sich aber für den Dienst als Bausoldat entschieden. Schließlich erzählte er noch, dass die Baumaßnahmen der Kirche durch die bundesdeutsche Partnergemeinde unterstützt wurden, und äußerte seine Meinung zu einigen kirchlichen Mitarbeitern.

Während Stefan noch glaubte, aus eigener Initiative zu handeln, verfolgten seine Gesprächspartner längst das Ziel, ihn *evtl. für eine Zusammenarbeit im Rahmen seiner jetzigen Tätigkeit im VEB ... zu gewinnen*. Seine Redseligkeit kam ihnen dabei sehr entgegen. Der Leiter des Dezernats K I reichte bei der MfS-Kreisdienststelle Unterlagen zur Registrierung von Stefan als IM-Vorlauf ein.

Als der Leiter der Kreisdienststelle von der kirchlichen Einbindung Stefans erfuhr, intervenierte er jedoch und veranlasste, dass der junge Christ kein IM der K I (zur Aufklärung krimineller Straftaten) wurde. In den Akten ist es nicht so benannt, aber dahinter stand sehr wahrscheinlich das Interesse, einen neuen IM im kirchlichen Bereich zu installieren.

Auf dem Gesprächs-Bericht der K I vom 9. November 1982 wurde vom MfS handschriftlich das weitere Vorgehen skizziert:

1. Keine weiteren Maßnahmen durch K [Kriminalpolizei, U. G.]
2. Sofort Inform. an mich, wenn [Stefan] bei K. anruft
3. Wir sprechen mit [Stefan] als K – nur über krim. Seite – um uns ein Bild zu machen.
4. Dann Entscheidung wie weiter.<sup>102</sup>

102 Ebd., Bl. 86–88.

---

Am 13. Dezember bestellten die Mitarbeiter der K I Stefan *mit dem Ziel des persönlichen Kennenlernens und des Prüfens seiner operativen Einsatzmöglichkeiten* zu einem Gespräch. Nach dem MfS-Bericht fand die Unterhaltung in einem Zimmer im Rathaus statt (möglicherweise in einer benachbarten Stadt, denn aus anderen Protokollen geht hervor, dass der Stefan schon bekannte Polizist der K I den IM-Kandidaten mit dem Auto mitnahm).

Auf diese Weise sollte der direkte Kontakt Stefans mit dem MfS eingefädelt werden; gleichzeitig sollte Stefan vorgegaukelt werden, dass er es lediglich mit der Kriminalpolizei zu tun hat. Mit der Lüge, dass die kriminellen Handlungen seines ehemaligen Betriebsleiters so bedeutend seien, dass sie im Bezirksmaßstab untersucht werden müssten, wurde Stefan ein MfS-Offizier als Kriminalist der Bezirksbehörde der VP vorgestellt. Auf die Frage, ob er in Zukunft mit diesem zusammenarbeiten wolle, gab Stefan eine überraschende Antwort. Er wolle schon, könne aber keine langfristigen Termine vereinbaren, *da er unter strenger Kontrolle seiner Eltern stehen würde. Z. B. hätte ihn kürzlich sein Vater im Betrieb aufgesucht, da er nach Schichtschluß nicht gleich nach Hause gekommen wäre. Seine Eltern würden von ihm Rechenschaft über die Personen, mit denen er verkehrt, fordern und möchten ständig wissen, wie er seine Freizeit verbringt.*<sup>103</sup>

Im Gegensatz zu seiner *offenen und aufgeschlossenen Haltung*, die der MfS-Offizier als Zeichen eines gewissen Vertrauens gegenüber den Schutzorganen wertete, erschien ihm das Verhalten Stefans bei der Frage, wie man ohne Wissen der Eltern in Kontakt bleiben könnte, *unbeweglich und problemhaft*. Da die Zeit begrenzt war – Stefan musste um 20 Uhr zu Hause sein – konnte das Problem an jenem Abend nicht gelöst werden. *Am Ende der Aussprache wurde von dem ... eine schriftliche Schweigeverpflichtung abverlangt, die er bereitwillig abgab.*<sup>104</sup> Die Gesprächspartner vereinbarten einen nächsten Treff für den 12. Januar 1983 um 18 Uhr am gleichen Ort.

Zu diesem Treff kam es nicht mehr, da sich Stefan genau eine Stunde vorher das Leben nahm. Bereits Tage vor seinem Tod zeigte er Verhaltensweisen, die auf eine schwere Depression hindeuteten. IM „Maria“ berichtete, dass Stefan seit dem Jahreswechsel *kaum noch gearbeitet und damit seine Arbeitsaufgaben sträflich vernachlässigt* hatte. Seit dem 9. Januar hätte er so gut wie nichts mehr gegessen. *Seit dem 10. 1. 1983*

103 Ebd., Bl. 125.

104 Ebd., Bl. 126.

---

*stand er fast ständig unter Tränenausbrüchen.* Mehrfach sprach er Arbeitskollegen an: *„Ich muß mal mit Dir reden!“ Auf die Frage, welche Probleme er habe, antwortete[er] er: „Das kann ich Dir nicht sagen.“*

Die Bedrängnis, in der sich Stefan befand, wurde noch verstärkt dadurch, dass man ihn bearbeitete, weil er keinen Wehrdienst mit der Waffe, sondern höchstens als Bausoldat leisten wollte. Dazu hatte ihn nicht nur seine christliche Grundhaltung motiviert, sondern, wie er gegenüber seinen Eltern anführte (die auch einem Wehrdienst mit der Waffe zugestimmt hätten), seine *sportliche Unfähigkeit*.<sup>105</sup> Wegen seiner Weigerung, Soldat zu werden, war es zu Auseinandersetzungen mit dem Wehrkreiskommando gekommen. Daraufhin war Stefan in die CDU eingetreten, *um entsprechende Unterstützung zu erhalten.*

Am Morgen des 12. Januar wies ein Arbeitskollege Stefan *zum wiederholten Male energisch* auf sein *mangelhaftes Arbeitsverhalten* hin. Gegen 11.15 Uhr forderte ihn ein anderer Kollege auf, endlich die Abrechnung fertig zu stellen. Seit diesem Zeitpunkt wurde Stefan nicht mehr lebend gesehen.

In einem Bericht der MfS-Kreisdienststelle an die Bezirksverwaltung vom 13. Januar 1983 wird behauptet, der IM-Gewinnungsprozess sei auf Grund der charakterlichen Besonderheiten sowie zweier Hinweise, dass Stefan sich nicht an seine Schweigeverpflichtung hielt, bereits vor dessen Tod abgebrochen worden. Ein Bericht von IM „Maria“ scheint diese Behauptung zu stützen. Am 3. Januar sei Stefan *freudig erregt* in ihr Büro gekommen und hätte erzählt: *„Die“ sind nach einer telefonischen Vereinbarung am 31. 12. 1982 mit mir nach X [eine Stadt im Nachbarkreis; U. G.] gefahren und haben mich über einen dort wohnhaften Parteifreund und Antragsteller befragt. Danach sagten „die“, daß sich die Angelegenheit erledigt hätte und keinerlei weitere Zusammenkünfte mehr stattfinden würden. Darüber bin ich sehr froh.*<sup>106</sup> Andererseits schätzte IM „Maria“ die Erzählung von Stefan als unglaubwürdig ein. Und in den Akten des MfS finden sich keine Notizen über einen geplanten oder statt gefundenen Treff. Die Akte enthält auch keine anderen Dokumente, die vor dem Suizid entstanden sind und belegen, dass das MfS den Kontakt abgebrochen hatte. Gegen die Behauptung des MfS spricht schließlich auch, dass sich Stefan ziemlich genau zu dem Zeitpunkt erhängte, als er mit den MfS-Mitarbeitern erneut verabredet war.

105 Ebd., Bl. 96.

106 Ebd., Bl. 91.



Nach dem Tod Stefans beginnt zwischen Kriminalpolizei, MfS, mehreren Inoffiziellen Mitarbeitern, dem Pfarrer des Ortes und den Eltern ein widersprüchlicher, in weiten Teilen unwürdiger und peinlicher Verteilungskampf um Schuldzuweisungen. Inwiefern sie im Einzelnen zutreffen, kann nicht mehr überprüft werden. Nichtsdestotrotz sollen sie im Folgenden beschrieben werden, da sie insgesamt die Vielschichtigkeit der Konfliktsituation andeuten, in der sich Stefan befand.

Die Polizisten der K I waren von Anfang an bemüht, die eigene Rolle herunter spielen. Während eines Gesprächs mit Stefans Eltern am Vormittag des 13. Januar 1983 verleugnete der Mitarbeiter der K I (es war jener, der mehrfach mit Stefan gesprochen hatte) seinen Termin mit Stefan am Vortag. Der Offizier versuchte statt dessen gegenüber Stefans Eltern, den Verdacht auf IM „Maria“ zu lenken. Diese hätte Stefan angeblich nach der Betriebsweihnachtsfeier am 8. Dezember detailliert ausgefragt und ihm Angst gemacht. Wenngleich die Eltern dieser Möglichkeit nicht widersprachen, gelang es dem Polizisten doch nicht, den Verdacht gegen das MfS auszuräumen. Dass der Sohn bei der Polizei Angaben zu kriminellen Manipulationen gemacht hatte, war den Eltern bekannt; sie hatten das auch ausdrücklich gebilligt. Insofern konnte die Tatsache, dass ihr Sohn die Polizei informiert hatte, nicht der Grund für die Verzweiflungstat gewesen sein, zumal er das, wie die Eltern noch einmal versicherten, gern getan hatte. Deshalb gab Stefans Mutter dem Besucher bei der Verabschiedung nochmals zu verstehen, *daß sie den Eindruck nicht los wird, daß es doch mit der Staatssicherheit etwas gegeben haben muß*.<sup>107</sup>

Das erzählte Stefans Mutter auch in der Öffentlichkeit, weshalb Stefans Eltern einige Tage danach von Männern in Zivil abgeholt und ins VPKA gebracht wurden. *Dort hätte man ihnen erklärt, daß die Staatssicherheit mit dem Tod ihres Sohnes nichts zu tun hätte. Weiterhin sollten sie das Wort Staatssicherheit nicht wieder in den Mund nehmen*.<sup>108</sup> „Getroffene Hunde bellen“ – hatte der Pfarrer (IMB „Friedhelm“) diese Reaktion des MfS kommentiert, und so muss die Drohung wohl auch bei den Eltern angekommen sein: Als indirektes Schuldeingeständnis.

Dennoch: Die bei dem Hausbesuch von den Polizisten der K I vorgebrachte Schuldzuweisung gegen IM „Maria“, die einerseits ein Ablenkungsmanöver darstellte, war andererseits auch nicht völlig gegenstandslos. Zwischen Stefan und IM „Maria“ hatte am Abend des 8. Dezember ein wichtiges Gespräch stattgefunden. „Maria“ selbst beschrieb das, was sich in diesen sechs Stunden abspielte, wie folgt:

107 Ebd.

108 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, XIV 1668/77, Bd. II/2, Bl. 305.

*Nach der Betriebsweihnachtsfeier am 8. 12. 1982 suchte er mich gegen 20.00 Uhr zu Hause auf. Er war bereits schon um 19.00 Uhr einmal dagewesen und erklärte meiner Mutter, daß er unbedingt mit mir reden müsse. Ich war zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu Hause.*

*[Stefan] hielt sich dann von ca. 20.00 Uhr bis gegen 2.00 Uhr in meiner Wohnung auf und erklärte mir ständig, er müsse mit mir reden. Auf meine Fragen antwortete er grundsätzlich nur: „Das kann ich Dir nicht sagen.“ Weiterhin fragte er mich laufend, was der ... gegen ihn habe. Zu diesem Zeitpunkt stand er unter starkem Alkoholgenuß*.<sup>109</sup>

Demgegenüber gab Stefans Mutter an, dass IM „Maria“ den Sohn nach der Feier *regelrecht mit in ihre Wohnung geschleppt habe und ausgefragt habe*. Diese Darstellung könnte ein Versuch des Sohnes gewesen sein, seine eigene aktive Rolle herunter zu spielen. Was Stefan seiner Mutter darüber hinaus noch erzählt hat, lässt erahnen, worüber er mit „Maria“ am 8. 12. tatsächlich gesprochen hat: *Die ... habe ihn ausgefragt über Verwandte in der BRD und ihre Einreisen, mit wem und wo er mit Angehörigen der K gesprochen habe, ob bei dem Gespräch die Tür zugeschlossen worden sei. Nachdem er das bejaht hätte, sei von ihr die Äußerung gemacht worden, dann warst Du bei der Staatssicherheit, sieh dich vor wenn Du mit denen arbeitest, dann dürfen deine Verwandten nicht mehr kommen*.<sup>110</sup> Die Neugier der MfS-Informantin dürfte dadurch motiviert gewesen sein, dass ihr Stefan zuvor gesagt hatte, dass er von der 'K' den Auftrag erhalten hätte, sie zu überwachen.

Es steht zu vermuten, dass Stefan zeitweise in „Maria“ eine Vertraute gesehen hat. Ein am 13. Januar 1983 verfasster IM-Bericht von „Maria“ schildert jedoch, welche Abgründe sich kurz darauf für Stefan eröffneten: *In der Zeit vom 16.–29. 12. 1982 kam [Stefan] in mein Büro und erklärte mir ohne Umschweife, daß er telefonisch zum VPKA-2 bestellt wurde. Dort sei er in einen Trabant eingestiegen und sei nach ... in eine Wohnung gefahren. Ein Genosse hätte sich als Angehöriger der BdVP Karl-Marx-Stadt ausgewiesen und mit „Müller“ vorgestellt. Nach dem Betreten der Wohnung hätte man diese abgeschlossen. Über das Gespräch wurden keine Angaben gemacht.*

*Auf meine Frage: „Na, darfst denn Du überhaupt darüber sprechen?“ – erklärte er: „Eigentlich nicht.“ Anschließend sagte er mir: „Na Du arbeitest auch für die am Bahnübergang.“ Ich antwortete: „Wie kommst Du denn darauf?“ Er entgegnete: „Ich habe Dich in das blaue Auto einsteigen se-*

109 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 3335, Bd. 3, Bl. 89f.

110 Ebd., Bl. 95.



---

hen.“ Termin nannte er keinen. Ich sagte: „Du spinnst, Du gehörst zum Arzt!“ Darauf sagte er nichts mehr, blieb in meinem Büro sitzen, rauchte ca. 5 Zigaretten und blickte streng geradeaus. (mindestens 1 Stunde).

Dass Stefan nicht „gesponnen“ und vielmehr die Praktiken des MfS durchschaut hat, legt ein handschriftlicher Vermerk auf dem Bericht nahe: *Gen. Müller hat IM „Maria“ vor dem Haus des [Stefan] aufgenommen.* Die Gewissheit, dass „Maria“ für das MfS arbeitete, und gleichzeitig die Erfahrung, dass sie dies ihm gegenüber abstritt und ihn für verrückt erklärte, dürfte Stefans „Verfolgungswahn“ und seine Verzweiflung verschärft haben.

Hinzu kam ein Weiteres: Auch der IM mit dem Decknamen „Uwe“ hat Stefans Angst geschürt. Irgendwann offenbarte sich Stefan nämlich jenem Bekannten, mit dessen Bericht die unheilvolle Verstrickung begonnen hatte. Darauf entgegnete „Uwe“, dass Stefan über solche Gespräche nicht mit anderen Personen reden dürfe und drohte, das könne ihm zwei Jahre Gefängnis einbringen. Wie Stefans Eltern berichteten, hatte sich ihr Sohn diese Drohung sehr zu Herzen genommen: *Er gab mehrmals an, daß er bald eingesperrt würde und mindestens zwei Jahre bekommen könne. Er habe auch davon gesprochen, daß er sich das Leben nehme, daß er dies nicht überstehen würde.*

Damit nicht genug: IM „Maria“ deutete dem MfS gegenüber ein weiteres mögliches Motiv an. Stefan hätte *Probleme auf sexuellem Gebiet* gehabt. Wegen bestimmter Details wie *unruhiger Blick, konnte niemandem in die Augen sehen, [Stefans] Gang, Gesten (mädchenhaftes Benehmen), schmeichelhaftes Berühren, Ohr flüstern usw.* hätten Arbeitskollegen behauptet, dass Stefan passiv homosexuell sei. Während das nur Vermutungen waren, berichtete der als IMB „Richter“ in den Akten geführte Pfarrerkollege von „Friedhelm“ dem MfS, dass „Friedhelm“ nach einer Veranstaltung der „Jungen Gemeinde“ versucht hätte, sich Stefan *unsittlich zu nähern*. Stefan hätte sich aber nicht darauf eingelassen, und sich später IMB „Richter“ anvertraut.

Diese Hinweis wirft ein Schlaglicht auf die Rolle des Pfarrers, IMB „Friedhelm“: Wieso trat er in diesem Fall so vehement gegen das MfS auf, wenn er doch gleichzeitig hohe Prämien für seine Spitzelberichte an die MfS-Abteilung XX kassierte? Ein drohendes Strafverfahren wegen sexuellen Missbrauchs stellte bereits das Druckmittel dar, dessen sich das MfS bediente, um „Friedhelm“ Ende der 1960er-Jahre zur Spitzeltätigkeit zu bewegen. War die Schuldzuweisung des Pfarrers an das MfS also auch eine Flucht nach vorn, um eigene Schuldgefühle zu bewältigen?

Die Verlassenheit, die sich durch die enttäuschenden, sicher auch schockierenden Erlebnisse mit dem Pfarrer (IMB „Friedhelm“), der Bekannten

(IM „Maria“), den vermeintlichen Polizisten und anderen eingestellt hatte, muss in Stefan die Sehnsucht nach Erlösung bestärkt haben. Bei einer der letzten Veranstaltungen der „Jungen Gemeinde“ zum Thema „Widerstandskämpfer“ fiel dem Pfarrer („Friedhelm“) auf, dass sich Stefan besonders für den Abschiedsbrief der Geschwister Scholl interessierte. Er hätte diesen Brief lesen wollen. Dabei hätte er gesagt, daß er aller Sorgen los wäre, wenn er schon im Himmel wäre und brauchte nicht Dinge zu tun, die er gar nicht machen möchte.<sup>111</sup>

Nach Stefans Tod erzählte der vom MfS als IM „Richter“ geführte Pfarrer, der junge Mann hätte *in den letzten Tagen vor seinem Selbstmord in einer geistigen Umnachtung gelebt*. Auch IM „Maria“ behauptete, Stefan sei ein Fall für den Psychiater gewesen, und begründete das damit, dass Stefan bei Gesprächen in ihrem Büro flüsterte bzw. von Radio und Telefon abrückte aus Angst, abgehört zu werden. Die Informantin, mit der Familie Stefans entfernt verwandt, bekam daraufhin vom MfS den Auftrag, während ihres Kondolenzbesuches bei den Eltern am 13. Januar herauszufinden, ob es bei Stefan Anzeichen einer Geisteskrankheit gegeben hatte. Dieser Versuch des MfS, den heiklen Fall über eine Psychopathologisierung zu entschärfen, hatte zunächst keinen Erfolg.

Langfristig aber bewirkte IM „Richter“, dass die Kirche die bereits vorbereitete Beschwerde an den Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR, Klaus Gysi, nicht einreichte. IM „Richter“ versicherte einige Monate nach Stefans Tod gegenüber dem Superintendenten, Stefan habe seines Wissens nach mit der Polizei und nicht mit dem MfS zu tun gehabt. Inwiefern der IM hier die Legende des MfS glaubte oder aber bewusst zum Einsatz brachte, muss offen bleiben; letztlich aber verfehlte die Legende des MfS ihre Wirkung auf die Verantwortlichen der Kirche, insbesondere auf den Superintendenten, nicht: Dieser reagierte *sichtlich erfreut und zugleich erregt*. Es wäre *verantwortungslos*, wenn die Kirche die Geschichte von Stefan *hochspielen würde, wo man gar nicht genau weiß, ob [Stefan] in seinen Schilderungen gegenüber den Eltern die Abteilung K mit der Staatssicherheit verwechselt hat*. Angesichts der *geistigen Umnachtung* konnte Stefan, so der Superintendent, *vielleicht sonst etwas erzählt* haben. Nun wollte er sich dafür einsetzen, dass die Beschwerde nicht an Gysi geschickt werde, zumal er daran interessiert sei, *zu den staatlichen Stellen ein gutes Verhältnis zu haben*.<sup>112</sup>

IM „Maria“, die selbst unter Rechtfertigungsdruck stand, äußerte neben der Behauptung, Stefan habe unter Verfolgungswahn gelitten, gegenüber dem

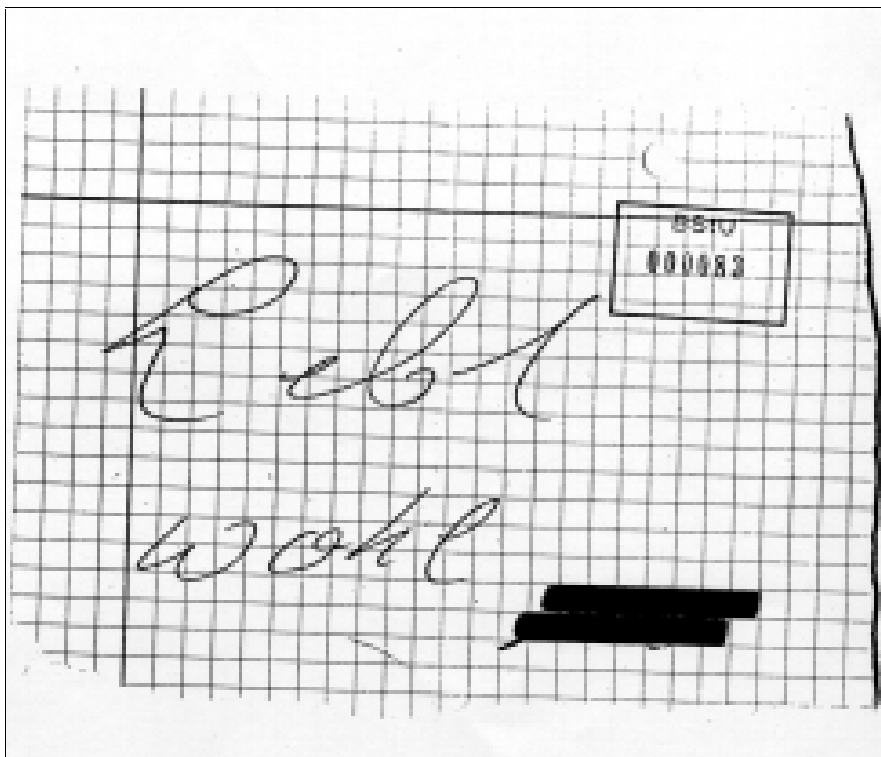
---

111 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, XIV 1668/77, Bd. II/2, Bl. 352.

112 Ebd., Bl. 418.

MfS noch eine weitere Schuldzuweisung, und zwar gegen Stefans Eltern. Sie hätten ihren 20-jährigen Sohn wie ein Kind behandelt. Auch dieser Vorwurf war nicht ganz aus der Luft gegriffen: Stefan litt unter dem strengen Regime seiner Eltern; das erzählte er auch den Mitarbeitern der K.I. Andererseits waren seine Eltern seine letzten Vertrauten, denen er selbst das erzählte, was ihn am meisten bedrückte: Seine Kontaktaufnahme zum MfS.

In äußerster Bedrängnis jedoch glaubte Stefan, dass ihm auch die Eltern nicht mehr helfen könnten. Als ihm der Vater nach der Aussprache am 11. Januar vorschlug, zum Arzt zu gehen und sich für 14 Tage krank schreiben zu lassen, antwortete Stefan: „Was soll's, „die“ kommen in 14 Tagen oder 3 Wochen sowieso wieder.“<sup>113</sup>



Dokument 11: Abschiedsgruß eines 26-jährigen Mannes, der sich 1987 während seines Wehrdienstes das Leben nehmen wollte. Er überlebte den Suizidversuch (Quelle: BStU, MfS, HA VII, Nr. 3470, Bl. 83)

<sup>113</sup> BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 3335, Bd. 3, Bl. 79.

## Impressum

Udo Grashoff:

Selbsttötungen in der DDR und das Wirken des Ministeriums für  
Staatssicherheit

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 35)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-  
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt  
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, November 2004

Layout: Nowotzin

Druck: Harz Druckerei Wernigerode GmbH